Kommunistische Partei Dahomeys

## Wer sind die Feinde der Völker Afrikas? Seite 11

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

# ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 27, 7. Juli 1978 | 12. Jahrgang | 50 Pfennig

### Bonn begünstigt Verbrecher in weißen Kragen

## Riesen-Steuerbetrug der Kapitalisten

**Jeder Arbeiter muß zahlen. Die Steuer wird vom Lohn abgehalten, ob man nun will oder nicht. Und dazu steigt diese Lohnsteuer ständig an. So sieht das bei den Werktätigen aus. Und bei den Kapitalisten? Die Herren Kapitalisten zahlen kaum etwas: Steuererleichterungen, Abschreibungen und so weiter. Ja, der Präsident des „Bundesverbandes der Deutschen Industrie" (BDI) Fasolt führte uns gerade vor, daß sich diese Herren keineswegs scheuen, die geringen Steuern auch noch zu hinterziehen! Der Industriellen-Chef erhielt einen Strafbefehl durch den Staatsanwalt!**

Bei diesem Steuerbetrug haben nicht nur Fasolt, sondern auch Firmen wie Daimler-Benz, Mannesmann, Karstadt, Volkswagen mitgemacht. Zum Schein stellte eine Tarnfirma in Lichtenstein eine Rechnung über „Beratungen" oder „Betriebsprüfungen" aus, Fasolt oder Daimler-Benz zahlten. Und das Geld landete über die Tarnfirma in der Parteikasse der CDU! Das Resultat: Der BDI-Chef Fasolt konnte seine Parteispende in Höhe von 40.000 Mark vor dem Finanzamt in betrügerischer Weise als Betriebsausgabe hinstellen und 18.000 Mark Steuerrabatt einstecken!

Ist der Herr Fasolt nun ein Krimineller? Für die Bonner Politiker, für die bürgerliche Presse, für die Gerichte: Nein! „Steuerbetrug" ist ja nur ein „Kavaliersdelikt". Etwas anderes ist es natürlich, wenn ein Werktätiger in der Straßenbahn „schwarzfährt". In Düsseldorf wurde in der letzten Woche ein „Schwarzfahrer" zu neun Monaten Gefängnis verurteilt!

Denn Steuerbetrug ist schließlich das „Privileg" der Reichen. Ein Werktätiger kann keine „Tricks" machen. Im Gegenteil, Jahr für Jahr zieht das Finanzamt zu hohe Lohnsteuern ein, die man erst durch den Jahresausgleich zurückholen kann. Die Kapitalisten dagegen liegen regelmäßig mit ihren Steuern im Rückstand. 10,9 Milliarden Mark haben diese Herren allein im Jahre 1977 Steuerschulden. Darunter übrigens 850 Millionen Mark Lohnsteuer, die einige Unternehmen den Arbeitern zwar vom Lohn abgehalten, aber nicht ans Finanzamt weitergeleitet haben. Diebstahl? Wer wird denn das so kleinkariert sehen? Die Kapitalisten haben nur das Geld zurückbehalten, das über den Staatshaushalt sowieso wieder in ihre Taschen zurückgeflossen wäre!

### Giftgas im Hamburger Hafen

## 34 Arbeiter verätzt

**Sonnabend morgen im Hamburger Hafen: auf dem Kamerunkai ist die erste Schicht dabei, den DDR-Frachter „Rhön" zu löschen. Er hat unter anderem auch 48 schwere stählerne Flaschen an Bord. In den Papieren sind sie als „leer" deklariert. Da, kurz nach 9 Uhr, passiert es: ein Stapler nimmt eine Flasche auf, der Fahrer läßt sie am Boden abrollen. Und plötzlich entweicht eine dicke gelbliche Wolke.**

An Bord des Frachters steht in diesem Augenblick ein Kollege, der Erfahrung hat mit den Giften, die im Hafen umgeschlagen werden. Sofort erkennt die Gefahr. „Raus aus den Luken", schreit er, „runter vom Kai! Gift!" Die Schauerleute laufen buchstäblich um ihr Leben. Denn die gelbe Wolke, die aus dem angeblich leeren Behälter entwich, bestand aus hochgiftigem Chlorgas. Einige können sich nicht mehr retten, werden vom Gift eingeholt, fallen um wie die Fliegen. Das Ergebnis: 34 Kollegen müssen mit Hubschrauber und Krankenwagen abtransportiert werden. Sie haben schwere Verätzungen erlitten. Zwei von ihnen lagen noch bei Redaktionsschluß in der Intensiv-Station des Altonaer Krankenhauses.



Beim Löschen eines DDR-Frachters im Hamburger Hafen strömte giftiges Chlorgas aus Behältern aus, die als „leer" deklariert waren. 34 Arbeiter wurden verätzt.

Die Hafenarbeiter sind empört. Nicht nur darüber, daß hier ein Gifttransport vertuscht wurde, indem man die Flaschen als leer deklarierte; Flaschen, die zudem offenbar so sehr durchgerottet waren, daß sie beim geringsten Stoß schon rissen. Auch was auf den Unfall folgte, war ein Skandal. Denn — so berichteten uns Genossen der Hafenzelle der Partei — die Rettungsmannschaften begnügten sich damit, die Schwerverletzten zu bergen und abzutransportieren. Dann ließen sie einen Teil ihres Geräts zurück und fuhren wieder ab. Die Arbeiter mußten den Rest der Giftflaschen weiter verladen, ohne daß auch nur die geringsten Anstrengungen unternommen wurden, um die anderen Flaschen zu untersuchen. Ja, es standen nicht einmal Mannschaften bereit, um bei einem erneuten Unfall wenigsten sofort eingreifen zu können.

Empörung herrscht auch über den Kapitän der „Rhön". Denn auch mehrere Besatzungsmitglieder waren mit dem Gift in Berührung gekommen. Sie durften jedoch nicht von Bord gebracht werden, sondern wurden auf dem Schiff „behandelt". Der bittere Kommentar eines Schauermanns: „Die haben wohl Angst, daß die Leute abhauen!"

Der schwere Unfall im Hamburger Hafen steht nicht alleine da. Auch in den bremischen Häfen zum Beispiel häufen sich die Gift-Unfälle. Und immer wieder zeigt sich: den Reederei-Bossen und Hafenkapitalisten ist ein Arbeiterleben keinen Pfifferling wert. Gegen die Gefährdung von Leben und Gesundheit durch die Profitgier der Bosse werden sich die Kollegen noch enger im Kampf zusammenschließen.

### *Wußten Sie schon ...?*

...daß nach jetzt veröffentlichten amtlichen Angaben die diesjährigen Tarifabschlüsse über Löhne und Gehälter ein Rekordergebnis gebracht haben? Allerdings ein negatives! Die Abschlüsse von 1978 lagen noch um 1,4 Prozent unter denen des Vorjahres.

...daß es im vergangenen Jahr fast anderthalb Millionen Arbeitsunfälle in der Bundesrepublik gegeben hat? Die genaue Zahl: 1.456.301. Und nicht weniger als 3.138 Werktätige wurden dabei getötet. Sie mußten sterben für die Profite der Kapitalisten.

...daß die Rationalisierung nach wie vor das Investitionsziel Nr. 1 der Kapitalisten ist? Nach einem Bericht des Münchner Ifo-Instituts über eine Umfrage bei Unternehmern gaben 39 Prozent der Befragten an, daß die Rationalisierung, also die Vernichtung von Arbeitsplätzen, das Hauptziel ihrer Investitionspläne sei. (Wobei man natürlich noch diejenigen dazurechnen muß, die bewußt falsche Angaben über ihre Pläne gemacht haben.)

### Bonner Geheimprotokoll

## Auf dem Weg zum Polizeistaat




Großfahndung: Ein Bild wie wir es bald täglich erleben.

**Ein großer Wirbel wurde am letzten Wochenende in Bonn um ein Protokoll des Innenausschusses des Bundestages gemacht, das an die Öffentlichkeit gelangt war. Dabei wurde ausdrücklich erklärt, daß dieses Protokoll nur durch eine „technische Panne" überhaupt in die Hände aller Bundestagsabgeordneten gelangte. Diese Tatsache wirft ein bezeichnendes Licht auf die wirklichen Verhältnisse in Bonn und macht deutlich, daß die angebliche Kontrolle der Regierung durch den Bundestag nur ein Hohn ist.**

Was den Inhalt dieses Protokolls betrifft, so zeigen die darin enthaltenen Vorträge von Maihofer und BKA-Chef Herold wieder in aller Deutlichkeit, daß Bonn Kurs auf ein neues 33 nimmt. Da entwirft etwa Herold das Bild einer totalen Bespitzelung — der sogenannten BEFA — aller derjenigen, die als sogenannte Kontaktpersonen zu Terroristen im BKA-Computer gespeichert sind. Da wird deutlich, daß es darüber hinaus ein noch weiteres Netz der Bespitzelung gibt, das z. B. die systematischen „Befragungen von Hausmeistern" einschließt, daß alle Zollbeamten an den Grenzen zu teilen der Polizeimaschinerie geworden und mit Fahndungsaufgaben betraut sind, daß bis 1980 über die schon bestehenden Computersysteme hinaus ein neuer gigantischer Zentralcomputer — DISPOL — entwickelt werden soll usw. usf. Angesprochen auf der Sitzung des Innenausschusses wurde schließlich auch die Tatsache, daß das BKA Bespitzelung und Menschenjagd auch im Ausland betreibt.

**Schließen wir uns gegen den Bonner Polizeistaat-Kurs zusammen in einer Front gegen Reaktion und Faschismus!**

# Berufsverbote entschärft?

Bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit verkündet der SPD-Vorsitzende Brandt seit einiger Zeit seine angebliche Sorge um den sogenannten „Radikalenerlaß“, den ja bekanntlich die SPD selbst eingeführt hat. Aber Brandts Sorge gilt eben nicht den Berufsverboten, sondern der berechtigten Kritik im In- und Ausland an ihnen. Um dieser Kritik den Wind aus den Segeln zu nehmen, wurde eine Kommission des SPD-Vorstands eingesetzt mit der angeblichen Aufgabe, Pläne über eine „Abmilderung des Radikalenerlasses“ auszuarbeiten. Aber was ist dabei herausgekommen?

Zunächst einmal konnte die Kommission folgende Zahl präsentieren: sage und schreibe 500.000 Überprüfungen wurden in den letzten 16 Monaten im öffentlichen Dienst vorgenommen. Und dabei soll es — nach den Vorstellungen der SPD — auch bleiben. Nach wie vor soll **jeder** Beschäftigte vor seiner endgültigen Übernahme in den öffentlichen Dienst (Verbeamtung) automatisch überprüft werden. Ja, der Erlaß soll sogar noch verschärft werden. Denn die Herren drängen auf eine Regelung, die „die **unverzügliche** Entlassung“ ermöglicht. Also keine langen Verfahren mehr, sondern Rausschmiß — sofort.

Viel Wind machte die SPD-Kommission um ihre Empfehlung, künftig die „aktive Betätigung“ und nicht die „reine Mitgliedschaft“ in sogenannten extremistischen Organisationen mit Berufsverbot zu belegen. Ein Entschärfung? Nein, nur die Weiterführung von dem, was heute schon in SPD-regierten Ländern praktiziert wird. Man denke nur an die Verfahren gegen fortschrittliche Lehrer wegen angeblicher Anwesenheit auf Veranstaltungen der KPD/ML, angeblicher Beteiligung an Demonstrationen usw. Und wenn die Spitzel des Verfassungsschutzes eine solche „aktive Betätigung“ erschnüffelt haben wollen, dann soll auch künftig ein Berufsverbot verhängt werden.

# Genscher in Israel

Für mehrere Tage ist in der letzten Woche Außenminister Genscher nach Israel gereist. Er war das erste Bonner Kabinettsmitglied, das mit dem israelischen Regierungschef Begin zusammentraf. Unmittelbar vor dieser Reise hatten die israelischen Zionisten einigen Theaterdonner gerührt, von einer Verstimmung in den Beziehungen zu Bonn gesprochen usw. Der Anlaß: Bei einem Treffen zwischen Schmidt und dem saudiarabischen Kronprinzen Fahd hatte der Bundeskanzler von einem Recht der Palästinenser gesprochen, sich „staatlich zu organisieren“. Aber hatte damit Bonn — wie es jetzt in Tel Aviv behauptet wurde — gegen die israelischen Zionisten Stellung bezogen ?

Genscher konnte die Herren beruhigen: Es gebe keinerlei Änderungen in der Bonner Nahost-Politik. Und in der Tat. Die Äußerung Schmidts sollte nur den Eindruck erwecken, als seien die westdeutschen Imperialisten im Nahost-Konflikt „neutral“, als seien sie an einem gerechten Frieden in dieser Region interessiert. In Wirklichkeit haben sie seit eh und je mit Milliarden-Schenkungen und Waffenlieferungen den zionistischen Gangsterstaat und seine Militärmaschine aufgepäppelt und unterstützt.

So erklärte Genscher denn auch ausdrücklich in Jerusalem, daß Bonn sich in der EG — wo es seit dem 1. Juli den Vorsitz im Rat einnimmt — massiv für die israelischen Zionisten einsetzen will. Kein Wunder also, daß beim Abschluß seines Besuchs von Verstimmungen nicht mehr die Rede war und der berüchtigte Kriegsverbrecher Dayan den Bonner Außenminister seinen Freund nannte.

# BGS in Aktion

Saarbrücken, Grenzübergang Goldene Bremm. Eine Studentin, die nach Frankreich reisen will, wird vom Bundesgrenzschutz kontrolliert. Ihre Personalien werden festgestellt, mehrere Zeitungen und Broschüren, die sie bei sich hat, werden beschlagnahmt. Der Grund: es handele sich um „zwölf Schriften kommunistischer Herkunft“ — so die Bescheinigung des Grenzschutzamtes. Und das war für die BGSler Anlaß genug, um zuzuschlagen. Dieser unglaubliche Vorfall löst Empörung aus. Und sofort versucht das Bonner Innenministerium abzuwiegeln. Minister Baum spricht von „Übereifer“ bei den Beamten an der Grenze, vor allem aber — so erklärt er mit Nachdruck — gebe es überhaupt keinen Zusammenhang mit den BGS-Schnüffellisten, die erst kürzlich bekannt wurden.

Tatsache jedoch ist, die beschlagnahmten Schriften — Zeitschriften eines Hamburger Zirkels und verschiedener Initiativen — sind auf genau diesen Listen aufgeführt. Mag sein, daß die betreffenden Beamten einen besonderen Diensteifer an den Tag legten. Das kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Schnüffelaktionen an den Grenzübergängen von Bonn selbst angeordnet wurden. Und daß auch diese Aktionen nur ein kleiner Teil der umfassenden Bespitzelung der Werktätigen sind, wie sie in größerem Rahmen vom Staatsapparat betrieben werden.

## Parteienfinanzierung

# Ein Sumpf aus Schmiergeldern

**Die Strafanzeige wegen Steuerbetrug gegen den BDI-Präsidenten Fasolt hat, das fürchten die Bonner Politiker, ein zu grelles Licht auf die schmutzigen Finanzierungskanäle der Bonner Parteien geworfen. Darum beeilen sie sich, ein neues Gesetz zur Parteienfinanzierung durch den Bundestag zu jagen, das vorsieht, alle bisher illegalen Schmiergelder an FDP, CDU/CSU und SPD nachträglich von der Strafverfolgung auszuschließen. CDU-Sprecher Henrich erklärte dazu treffend, nicht Fasolt habe „rechtswidrig“ gehandelt, das Parteiengesetz sei eben falsch! Und so wird man eben zum „Schutz“ der Schmiergeldspender das Gesetz ändern.**

Denn das zwielichtige Spiel mit der Tarnfirma in Liechtenstein (Verwaltungsrat: Prinz Emanuel von und zu Liechtenstein) machten nicht nur der Fliesenfabrikant Fasolt, sondern mehr als hundert große Monopole mit. Daimler Benz (50.000 DM), Heinrich Bauer Verlag (30.000 DM), Blendax (70.000 DM), Kugelfischer (40.000 DM), Melitta (25.000 DM), Karmann (20.000 DM), BAT-Cigaretten-Fabrik (30.000 DM), Kaufhof (16.000 DM) usw. Diese Firmen setzten ihre Schmiergelder steuermindernd als Betriebsausgaben für wertlose „Gutachten“ ab und umgingen damit zugleich den Paragraphen 25 des Parteiengesetzes, nach dem Parteispenden von jährlich 20.000 DM und mehr mit Namen des „Stifters“ veröffentlicht werden müssen. 1,4 Millionen Mark kamen so allein im Jahre 1972 über die Liechtensteiner Tarnfirma in die Hände der CDU, ohne daß sie in den Kassenbüchern der CDU auftauchten. Und erst recht nicht als Parteispende in den Firmenbüchern.

Mit diesen Betrügereien versuchen die Industrie-Kapitalisten nicht nur Steuern zu hinterziehen, sondern auch zu vertuschen, daß sie es sind, die die bürgerlichen Parteien finanzieren, daß sie mit diesen Schmiergeld-Summen für eine Politik im Interesse des Monopolkapitals sorgen. Der Umweg über die Tarnfirma im Ausland ist dabei nur eine besondere Variante der Finanzierung. Üblich ist heute die „Spende“ durch einen sogenannten „gemeinnützigen Verband“. So tauchten im Rechenschaftsbericht der CSU für das Jahr 1974 Spenden der „Bayrischen staatsbürgerlichen Vereinigung e. V.“ in Höhe von 3,4 Millionen Mark und einer „Gesellschaft zur Förderung der sozialen Marktwirtschaft e. V.“ von 105.000 Mark auf. Im gleichen Jahr erhielt die CDU Spenden von einer „Staatsbürgerlichen Vereinigung Niedersachsens e. V.“, von einem Verein mit gleichem Namen aus Bremen, mit gleichem Namen aus Schleswig-Holstein. Die FDP nannte ihren Schmiergeld-Verein sinnigerweise „Gemeinschaft zur Erschließung unterentwickelter Märkte e. V.“. „Mitgliedsbeitrag“ pro Firma über 100.000 Mark jährlich — er landet in der Kasse der FDP.

Das „Handelsblatt“, die Zeitung des Industriekapitals, erläuterte im Zusammenhang mit dem „Fall Fasolt“: „Es ist bekannt, daß sich alle politischen Parteien (die bürgerlichen, versteht sich) in der grauen Zone der Steuerlegalität refinanzieren müssen... Welchen absatzpolitischen Wert verspricht sich zum Beispiel ein Unternehmer von einem Inserat in einer parteieigenen Zeitschrift? Wobei solcher Werbeaufwand selbstverständlich auch steuerlich abzugsfähig ist. Und was ist mit den Gehältern, die Unternehmen ehemaligen oder noch agierenden Politikern für Scheinbeschäftigungen als angeblich leitenden Angestellten zahlen, obwohl ihr Schreibtisch im Firmenbüro eine dicke Staubschicht hat?“ Diese Zeitung muß es ja wissen.

Alle diese direkten und indirekten Finanzierungsmittel setzt das Monopolkapital ein, damit ihre Parteien die Staatsgeschäfte in ihrem Interesse treiben. Damit Gesetze geschaffen werden, die den Unternehmern die Taschen füllen und die Macht des Kapitals aufrechterhalten. Daß einzelne Kapitalisten durch Schmiergelder an Parteien auch versuchen, Aufträge aus dem Staatshaushalt zu erschleichen, ist nur allzu bekannt. Erst kürzlich wurde die lange Liste von Lockheed-Schmiergeldern an deutsche Parteien bekannt. Oder die „Spende“ des Bankiers Rosenbaum für die hessische SPD.

Dieser stinkende Sumpf aus Schmiergeldern, Bestechungen und Beziehungen ist das „Fundament“ der Parteien des Monopolkapitals. Korruption, persönliche Bereicherung, die Aussicht, etwas „abzusahnen“ treibt diese bürgerlichen Politiker an. Die eigentlichen Fäden in der Hand aber hält das Monopolkapital. Über die Schmiergelder, über seine Männer in den Ministerien und Ausschüssen, über die aus den Konzernetagen abkommandierten Bundestagsabgeordneten und Staatssekretäre, über die Abgeordneten, die mit Aufsichtsratsposten und lukrativen Beraterverträgen belohnt werden. Das Netz, das das Monopolkapital mit seinem Geld über die Parteien des Bundestages spannt, ist eng und fest.

„Geld regiert eben die Welt“ — so drücken es zahlreiche Werktätige aus. Es wird aufhören zu regieren, wenn wir in der sozialistischen Revolution mit dem Monopolkapital auch seine Parteien aus dem Weg räumen!

# Kurz berichtet

### Münster

Die Rote Garde Münster führte am 27. 6. 78 eine Veranstaltung mit Norbert Bömer, RGO-Betriebsrat bei Hoesch/Union in Dortmund, durch. Zu dieser Veranstaltung kamen etwa 70 Freunde und Genossen. Norbert Bömer schilderte sehr konkret und anschaulich, wie die RGO den Kampf in seinem Betrieb gegen die Hoesch-Kapitalisten und den reaktionären IGM-Apparat organisiert.

### Düsseldorf

Am 18. 6. trafen sich in Düsseldorf-Flingern acht Genossen und Freunde der Partei zu einem Stammtisch. Es wurde über das Thema „Reaktion und Faschismus“ diskutiert. Am Ende wurde von allen ein Solidaritätsbrief an die neun zur Zeit in Hamburg vor Gericht stehenden Antifaschisten unterschrieben und zur Unterstützung ihres Kampfes eine Spende von 26,70 DM gesammelt.

### Leverkusen

„Frischer Wind“, die Zeitung der Roten Garde für die „Leverkusener Bayer-Giftküche“ ruft zur Jugendvertreterwahl auf. Unter der Parole: „Wählt kämpfe-




rische und unbestechliche Jugendvertreter!“ untersucht sie drei Gruppen der zur Wahl stehenden Kandidaten. „Frischer Wind“ unterstützt nur die Kandidaten des Aktionsprogramms, weil diese nicht die Unterstützung der Betriebsleitung genießen, sondern, im Gegenteil, ständigen Einschüchterungsversuchen und Drohungen seitens der Firma, des Betriebsrats und der Gewerkschaftsbonzen ausgesetzt gewesen sind. Trotz dieser Schikanen steht jetzt die Gruppe, es sind sogar zwei „Neue“ dazugekommen. Mit einem Aktionsprogramm, das die wichtigsten Forderungen der Lehrlinge und Jungarbeiter enthält und für das die Gruppe, zusammen mit allen Kollegen, den Kampf führen will, stellt sie sich jetzt zur Wahl.

### Dortmund

Die jüngste der zahlreichen Fahrpreiserhöhungen bei Bussen und Bahnen in Dortmund nimmt die Stadtteilzelle Dorstfeld der KPD/ML zum Anlaß, zum Kampf gegen den ständigen Preiswucher bei den Verkehrsmitteln aufzurufen. In

Nachrichten aus Dorstfeld
IM KLARTEXT
Herausgegeben von der Stadtteilzelle Dorstfeld der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten

der Extra-Ausgabe ihres neuen Nachrichtenblattes „Im Klartext“ werden die Schuldigen genannt: die Banken, die Bosse von U-Bahn- und Straßenbahnbau, die Hoesch-Kapitalisten und die Dortmunder Stadträte. Sie alle profitieren von den Erhöhungen. Um den Kampf dagegen zu führen, ruft „Im Klartext“ zum Aufbau eines „Komitees gegen die geplanten Fahrpreiserhöhungen“ auf.

„Sollen die Reichen bezahlen — nicht wir!“ ist ihre Forderung.

# Offen gesagt ... Bonner Agenten

BND — das ist die Abkürzung für Bundesnachrichtendienst, die Spionageorganisation des Bonner Staates. Und naturgemäß entfaltet dieser BND seine Tätigkeit im Dunkel, scheut er das Licht der Öffentlichkeit. In der letzten Woche jedoch geriet er in die Schlagzeilen. Da konnte man aus den berühmten gutunterrichteten Kreisen erfahren, daß in der BND-Zentrale in Pullach gleich 500 Planstellen abgebaut werden sollen.

Massenarbeitslosigkeit unter den Agenten und Spionen? Beileibe nicht — die Herren aus Pullach werden nur umgesetzt. Denn der neue Kriegsminister auf der Bonner Hardthöhe, Apel, hat sich unter anderem dadurch in sein Amt eingeführt, daß er noch einen weiteren Spionagedienst aus der Taufe gehoben hat: das sogenannte „Amt für Nachrichtenwesen“. Hinter der Umsetzung der Pullacher Agenten steckte also nichts anderes als eine Umorganisierung der Bonner Geheimdienste.

Mit dem BND — so ließen die Herren durchblicken — waren sie in der letzten Zeit nicht voll und ganz zufrieden. Ein Sprecher aus dem Kriegsministerium drückte es drastisch so aus: „Wir wollen vom BND echte, selbst beschaffte Meldungen und keine ausgewerteten Zeitungsberichte.“

Jetzt soll sich also das „Amt für Nachrichtenwesen“ mit der Auswertung, mit der Analyse von „Erkenntnissen“ befassen. Und der BND selbst soll gestrafft werden und noch konsequenter seiner eigentlichen Aufgabe nachgehen, nämlich „echte, selbst beschaffte Meldungen“ zu bringen. Was heißt das? Die reine Spionagetätigkeit des BND, vor allem im Ausland, wird erheblich zunehmen. Heute ist es ja schon so, daß beinahe täglich Operationen bekannt werden, die das BKA und andere Bonner Geheimdienste im Ausland durchführen. Jetzt werden also auch die BND-Agenten noch stärker als zuvor bei solchen Operationen mitmischen. Und dabei bleibt es dann nicht beim bloßen „Beschaffen von Meldungen“. Auch in der Vergangenheit war der BND schon aktiv, wenn es darum ging, konterrevolutionäre Verschwörungen gegen die Völker zu organisieren. So beteiligte er sich zum Beispiel gemeinsam mit dem CIA aktiv an der Vorbereitung des faschistischen Putsches in Indonesien.

Und nach diesem Muster sollen die Bonner Agenten jetzt noch effektiver überall dort ihr schmutziges Handwerk betreiben, wo es um die Raubinteressen der westdeutschen Imperialisten geht.

# Aus dem Inhalt


**Arbeitsplatzkiller Mahlein** ...... 4
**„Kostensenkungsprogramm“ der Klöckner-Bosse** ...... 4
**Kündigungsschutzklage: RGO-Kandidat gegen Hoesch AG** ...... 5
**Betriebsratswahl Elac: Liste „Kollegengruppe“ steht** ...... 5
**Reinshagen/Westberlin: Revolutionärer Betriebsrat entlassen** ... 5
**Für eine Revolutionäre Landvolkbewegung** ...... 6
**Erzeugerpreise für Schlachtschweine** ...... 6
**Verteidiger-Rechte: Interview mit einem Rechtsanwalt** ...... 7
**Kampf gegen Stellenstreichungen in Kreuzberger Kindertagesstätten** ...... 8
**Aktion gegen Berliner Internationale Kulturtage** ...... 8
**Chemische Werke Hüls: Werkschutz durchsucht Arbeiterwohnungen** ...... 9
**Chinesische Revisionisten bezeichnen Tito als „Marxisten-Leninisten“** ...... 10



**Herausgeber: ZK der KPD/ML**

Verlag ROTER MORGEN GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr.: 321000290 (Verlag Roter Morgen) Telefon: (0231/433691 und 433692 .Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund, Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gefündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

## Konfliktkommissionen in der DDR:

# Rechtsprechung — in wessen Interesse?

**Es stand in der „Neuen Berliner Illustrierten": Die Hälfte einer Baubrigade nutzte die Abwesenheit des Brigadiers und des Meisters aus, um auf Spätschicht die Hochzeit eines Kollegen und die Verabschiedung eines anderen zur Armee zu feiern. Damit ihre Feier nicht auffiel, legten sie zweimal durch Kurzschluß den Kran still. Als der — abwesende — Meister später für diesen Vorfall einenVerweis bekommt, bringt er die Sache vor die Konflikt-Kommission. Diese rollt die Ereignisse auf und bringt die betreffenden Kollegen vor ein staatliches Gericht. Sechs Monate Gefängnis mit Bewährung für den Kranfahrer, vier Monate für einen anderen Kollegen und für jeden Beteiligten eine Geldstrafe von 400 Mark (2/3 eines Monatslohns!) — so lautet das Urteil!**

Ein Fall von vielen aus der Praxis der Konfliktkommissionen der DDR. Offen zeigt sich hier, was ihr Zweck ist: Die Arbeiter sollen diszipliniert werden, durch „materielle Verantwortlichkeit", Entzug der Jahresendprämie etc., im Namen der „sozialistischen Gesetzlichkeit", zum Nutzen der Profite der neuen Bourgeoisie.

Im Jahre 1953, als die „Konfliktkommissionen" eingeführt wurden, da war die DDR noch sozialistisch. Da sollten die Konfliktkommissionen als gesellschaftliche Gerichte in den verstaatlichten Betrieben der sozialistischen Gerechtigkeit dienen. Damals noch waren vorwiegend Arbeiter Mitglieder dieser Kommissionen, die der Kontrolle der Betriebe durch die Arbeiterklasse dienten. Vorladungen von höheren Leitern, Ingenieuren, die sich zu Förderern ungesunder, kapitalistischer Tendenzen gemacht hatten, waren damals keine Seltenheit. Und heute?

Zur Zeit gibt es in der DDR über 25.000 Konfliktkommissionen. „Tribüne", Organ des Bundesvorstandes des FDGB, stellt einige der heutigen Mitglieder dieser Kommissionen vor: Werbeleiter O. M. im VEB Studiotechnik Berlin, Diplom-Ingenieur-Ökonom G. G. im VEB Aluminium-Folie Merseburg, Abteilungsleiter oder Arbeitskräfteplaner. Es sind also die Vorgesetzten im Betrieb, die über die Arbeit zu Gericht sitzen. In den meisten ihrer „Rechtsfälle" werden Arbeiter und Arbeiterinnen zur Verantwortung gezogen und verurteilt, weil sie — zu spät zur Arbeit kommen, zu oft und unbegründet krankfeiern, Maschinen beschädigen etc. Heute sind die Konfliktkommissionen Klassenorgane der neuen Bourgeoisie.

### Das Gesetzbuch der Arbeit

Die Konfliktkommissionen bearbeiten alle Streitfälle, die den Inhalt des neuen Arbeitsgesetzbuches ausmachen. So haben die Kommissionen das Recht, gegen die Arbeiter Disziplinarmaßnahmen auszusprechen, wenn der Arbeiter mit seinen Vorgesetzten in Konflikt kommt, wenn er nicht bereit ist, sich ihren Schikanen zu beugen. Besonders empörend ist die sogenannte „materielle Verantwortlichkeit der Werktätigen", mit der die neue Bourgeoisie die Arbeiterklasse erheblich unter Druck setzt. Wenn z. B. beim Arbeiten ein Werkzeug oder eine Maschine beschädigt wird oder kaputtgeht, kann der Arbeiter zum Schadenersatz verpflichtet werden. § 261 des Arbeitsgesetzbuches (AGB) besagt: Bei fahrlässig verursachtem Schaden kann der Werktätige bis zur dreifachen Höhe seines Monatslohns und bei vorsätzlich verursachtem Schaden bis in voller Höhe des Schadens materiell verantwortlich gemacht werden, also den Schaden ersetzen. Besonders, was „fahrlässiges Verhalten" betrifft, wird sie sehr breit aufgefaßt.

Laut „Tribüne" bedeutet „mangelnde Sorgfalt" schon „fahrlässiges Verhalten". Und wem kann nicht „mangelnde Sorgfalt" sofort nachgewiesen werden, besonders dann, wenn die Normen immer höher steigen, oder wenn man wegen der von FDGB-Funktionären initiierten Samstags- und Sonntagsschichten am Montag müde ist und sich nicht mehr voll konzentrieren kann?

Der Entzug der Jahresendprämie ist ein weiteres beliebtes Druckmittel der Konfliktkommissionen, um unzufriedene Arbeiter bei der Stange zu halten. § 117 des AGB räumt die Möglichkeit ein, bei schwerwiegender Verletzung der „sozialistischen" Arbeitsdisziplin oder der staatsbürgerlichen Pflichten die Jahresendprämie zu kürzen. „Tribüne" gibt in einer Rechtserklärung selbst ein Beispiel dafür, wie willkürlich solche Paragraphen gegen die Arbeiter eingesetzt werden können. „Wohl ist es möglich..., auch negative Verhaltensweisen eines Werktätigen, insbesondere Verletzung der Arbeitsdisziplin, bei der Differenzierung zu berücksichtigen, selbst wenn sie für das Ergebnis des Kollektivs oder des Betriebes nicht meßbar ins Gewicht gefallen sind." Jegliche objektiven Kriterien werden hier aufgegeben, nur um die Werktätigen den Schikanen der Vorgesetzten auszuliefern und so die Ausbeutung der Arbeiterklasse möglichst reibungslos zu sichern. Denn „negative Verhaltensweisen", die nicht einmal „meßbar ins Gewicht" zu fallen brauchen — da ist man der Willkür der Vorgesetzten völlig ausgeliefert.


Die „Konfliktkommission", ein Unterdrückungsinstrument der neuen Ausbeuterklasse in der DDR zur Niederhaltung jedes Protestes der Arbeiter, zur Aufrechterhaltung ihrer Ausbeutung.

Aber nicht nur Arbeiter, auch Lehrlinge werden materiell zur Verantwortung gezogen. Ein Lehrling, der beinahe jeden Tag an seinem Arbeitsplatz mit Neuigkeiten konfrontiert ist und oft genug genauso schuften muß wie andere Arbeiter, macht doch naturgemäß eher Fehler. Wie soll er noch normal arbeiten können, wenn ihm dann noch das bißchen Geld bei einem Schadenersatz flöten geht?

Ruhe, Ordnung und Disziplin zu sichern — dies sind die am häufigsten sich wiederholenden Aufgaben der Kommissionen. Das kommt nicht von ungefähr. Die Unruhe und Unzufriedenheit in den Betrieben wächst an. Streiks und andere Kampfaktionen, über die die DDR-Presse schweigt, sind keine Seltenheit mehr. Die steigenden Normen, die vom FDGB aufgezwungenen Überschichten — Initiativschichten genannt — der Rationalisierungsterror in den Betrieben sind deutliche Zeichen der steigenden Ausbeutung der Werktätigen, und dagegen richten sich die Proteste der Arbeiter. Die Arbeiter haben schon lange kein Interesse mehr, die Ruhe und Ordnung des DDR-Staates zu wahren, denn es ist nicht mehr ihre Ordnung. Das weiß die neue Bourgeoisie selber am besten, deswegen auch ihr lautes Geschrei über die Einhaltung der „staatsbürgerlichen Pflichten" etc. Deswegen auch setzt der SED- und FDGB-Apparat alles daran, auch durch die Konfliktkommissionen die Arbeiterklasse unter Druck zu setzen.

### Staatsanwaltschaft kontrolliert die Kommissionen

Nach dem Willen der Gesetzgeber von 1953 waren die Konfliktkommissionen als gesellschaftliche Gerichte unabhängig von den staatlichen Gerichten wie auch von der Staatsanwaltschaft. Das ist jetzt anders geworden. Um den Druck des Staatsapparats gegen die Werktätigen zu erhöhen, beschloß letztes Jahr der Ministerrat die Änderung der Staatsanwaltschaftsgesetze, nach der dann im § 24 die „Unterstützung der Konfliktkommissionen" als wichtige Aufgabe der Staatsanwälte angegeben wird. Die Konfliktkommissionen sind ihrerseits verpflichtet, von jedem ihrer Beschlüsse innerhalb einer Woche eine Durchschrift dem zuständigen Staatsanwalt des Kreises zu übersenden. Der Staatsanwalt hat dann das Recht, gegen den Beschluß der Konfliktkommissionen beim Kreisgericht Einspruch zu erheben. Und die Staatsanwälte machen natürlich von ihrem Recht Gebrauch.

Der Ostberliner Staatsanwalt H. Möhlmann z. B. beschwert sich bei „Tribüne": „Bei Entscheidungen über die materielle Verantwortung der Werktätigen wird oft noch ungerechtfertigt zu niedrig differenziert." Weiterhin soll der Staatsanwalt eingreifen, „wenn es die gesellschaftspolitische Bedeutung des Rechtsstreits erfordert, in Arbeitsrechtssachen also vornehmlich die Festigung der Arbeitsdisziplin, der Schutz des sozialistischen Eigentums".

Mit der Unterordnung der gesellschaftlichen Gerichte unter die staatlichen Gerichte hat die Honecker-Clique ihren faschistischen Staatsapparat weiter vervollkommnet. Mag die SED-Propaganda immer lauter den „sozialistischen" Charakter ihres Staates und dessen Organe preisen — der sozialistische Schein verschwindet und ihr wahres faschistisches Wesen tritt immer brutaler hervor.

## Terrorurteil in der DDR

# Acht Jahre für Bahro

**Es hatte nicht den geringsten Hinweis auf einen Prozeß gegen den seit Monaten inhaftierten „Regime-Kritiker" gegeben. Aber in der letzten Woche meldeten die Nachrichtenagenturen der DDR: Bahro sei zu acht Jahren Gefängnis verurteilt worden. Breite Empörung löste dieses Urteil aus, zeigt es doch wieder einmal, daß das Honecker-Regime seine Herrschaft auf nackte reaktionäre Gewalt und faschistischen Terror stützt.**

Gewiß, Bahro gehört nicht zu denjenigen, die an den Grundlagen dieses Regimes rütteln. Er selbst kommt aus dem SED-Apparat. Als Abteilungsleiter für Rationalisierung, Arbeitsgestaltung und Normerfüllung gehörte er zu den verhaßten Antreibern der Werktätigen. Und auch als „Regime-Kritiker" hat er nicht etwa diese Antreiberei der Werktätigen kritisiert, sondern im Gegenteil dem Regime vorgeworfen, es betreibe die Ausbeutung nicht effektiv genug. Bahro sieht den Ausweg aus der Krise, in der das Honecker-Regime steckt, in der mehr oder weniger offenen Verbrüderung mit den westlichen Imperialisten. Das ist auch der Grund dafür, daß der gesamte Bonner Propaganda-Apparat für die Verbreitung der Theorien des Herrn Bahro eingesetzt wurde.

Das drastische Gefängnisurteil gegen den Ex-SED-Funktionär ist ein Schuß vor den Bug der sogenannten „Regime-Kritiker", die ähnlich wie Bahro die faulen Theorien der Sozialdemokratie, des Eurokommunismus usw. verbreiten. Sie sollen davor gewarnt werden, sich allzusehr mit den westlichen Imperialisten einzulassen. Aber das Urteil hat auch noch eine andere Seite: es dient der Einschüchterung der Werktätigen in der DDR, soll unter ihnen ein Klima der Angst verbreiten. Denn was die Honecker-Clique in Ostberlin und die Oberherren in Moskau wirklich fürchten, das sind nicht die „Regime-Kritiker" und Dissidenten, das ist der anwachsende Kampf der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen.

Die Streiks in mehreren Betrieben, militante Kämpfe der Jugendlichen wie in Erfurt und auf dem Berliner Alexanderplatz, die breite Empörung über das Intershop-System — all das sind Alarmzeichen für das Regime. Und mit dem Bahro-Urteil wollen sie ihre Macht demonstrieren, ihre Absicht, den Widerstand der Werktätigen nicht nur mit dem Polizeiknüppel, sondern auch mit dem brutalen Justiz-Terror niederzuschlagen.

Aber es wird ihnen nicht gelingen, die Kämpfe der Werktätigen zu ersticken. In der DDR wächst weiter die Sektion der KPD/ML, die in diese Kämpfe den Gedanken von der Notwendigkeit der proletarischen Revolution hineinträgt, die den Kampf aufgenommen hat für ein vereintes, unabhängiges und sozialistisches Deutschland.

## RGW-Tagung in Bukarest:

# Moskau versucht, den Griff zu verstärken

**Am 29. 6. ging die 32. Tagung der Mitgliederstaaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) zu Ende. Auf dieser „Beratung" trug der sowjetische Vertreter neue Pläne vor, die die weitere Vervollkommnung der neokolonialistischen Beziehungen des Kreml zu seinen Vasallen-Staaten bedeuten.**

Schon heute preßt der sowjetische Sozialimperialismus über die wirtschaftlichen Beziehungen der „Spezialisierung" und „Kooperation" die anderen Mitgliedstaaten des RGW derart aus, daß diese Länder auf Gedeih und Verderb den Kreml-Zaren ausgeliefert sind. Das sieht man schon daran, daß Länder wie die DDR, die Tschechoslowakei und Polen ein Drittel all ihrer Exporte in die Sowjetunion schicken müssen. Auf der anderen Seite sind diese Länder durch ihre Importe aus der Sowjetunion völlig von der Gunst des Kreml abhängig. So bezieht die CSSR 92 Prozent ihres Erdöls, 100 Prozent ihres Erdgases und 53,5 Prozent des Eisens aus der Sowjetunion. Ähnlich steht es mit den anderen Ländern des RGW, in denen auf der Grundlage der Restauration des Kapitalismus die Volksmassen ständig mehr ausgebeutet werden, um den Hunger Moskaus zu stillen.

Um diese Ausbeutung der Vasallenländer auf eine noch höhere Stufe zu heben und um den Zersetzungstendenzen im RGW entgegenzuwirken, wartete Moskau mit neuen Plänen auf, um seine Vorherrschaft noch mehr abzusichern. Durch eine Statutenänderung wollte es erreichen, daß für Beschlüsse des RGW in Zukunft nicht mehr Einstimmigkeit aller Mitglieder nötig sei, sondern nur Mehrheitsverhältnisse. Damit sollte die für Moskau gefährliche Situation vermieden werden, daß allein ein oppositionelles Mitglied durch sein „Nein" Beschlüsse verhindern könnte. Mit diesem Antrag ist der Kreml am Widerstand der rumänischen Vertreter gescheitert.

Ein weiterer „Vorschlag" Moskaus war die Bildung von „Multinationalen Gesellschaften". Über sie sollen die anderen RGW-Länder an der Erschließung der in der Sowjetunion liegenden Rohstoffvorkommen beteiligt und zur Kasse gebeten werden. Moskaus Pläne gingen dahin, daß auch in diesen „Multis" Mehrheitsentscheidungen eingeführt werden sollten, wobei das Stimmrecht an die tatsächlich von jedem Land eingezahlten Kapitalanteile gebunden sein sollte. Nach der alten kapitalistischen Aktionärsregel — schon mit 33 Prozent Aktienanteilen beherrscht man das Unternehmen — würde der sowjetische Sozialimperialismus mit weniger als der Hälfte Eigenkapital die Oberherrschaft über diese Monopole behalten.

Wieweit diese Absichten unter den Mitgliedern des RGW, die natürlich auch ihre eigenen Profitinteressen in ihren Ländern stärken wollen, durchgesetzt werden konnten, läßt sich allein am Kommuniqué der Tagung nicht ablesen. Sicher ist aber, daß sich die Vasallen-Länder mit langfristigen Plänen der „Zusammenarbeit" bis 1990 auf den Gebieten Energie, Rohstoffe, Landwirtschaft und Maschinenbau bereiterklären mußten. Allein diese Abmachungen bedeuten eine weitere Unterordnung unter die Herrschaft des sowjetischen Sozialimperialismus. Und damit auch keines der Vasallenländer in den Wirtschaftsbeziehungen zu sehr mit dem Westen liebäugeln kann, sollen jetzt direkte Verhandlungen zwischen EG und RGW aufgenommen werden, damit die Beziehungen zu den Weststaaten nicht der Kontrolle Moskaus entgleiten.

# AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

### Demonstration vor dem Landtag

Mehrere hundert Beschäftigte des Braunschweiger Olympia-Werkes demonstrierten — teilweise unter roten Fahnen — am vergangenen Mittwoch vor dem niedersächsischen Landtag in Hannover. Ihr Protest richtet sich gegen die geplante Stillegung des Werkes. Nach den Plänen der Olympia-Bosse soll bis zum 31. März 1979 die Produktion vollständig eingestellt werden. Von den gegenwärtig 1.200 Arbeitern und Angestellten sollen noch in diesem Jahr 550 auf die Straße gesetzt werden.

Die Olympia-Bosse wollen die Fertigung von Rechenmaschinen ganz nach Südostasien verlegen — aus Kostengründen, wie sie sagen. Denn dort finden sie Arbeiter, die für einen Stundenlohn von 50 Pfennig in ihren Werken schuften müssen. Dort finden sie faschistische Regierungen, die mit brutalem Terror die Arbeiterklasse unterdrücken. Olympia ist in der Braunschweiger Region kein Einzelfall. Auch der Foto-Konzern Rollei hat seine Produktion schon in die Billiglohnländer Südostasiens verlagert. 1.200 Kollegen aus dem Braunschweiger Werk wurden entlassen. Durch weitere Massenentlassungen und Stillegungen wie bei Vogtländer, Büssing usw. ist die Arbeitslosenquote in Braunschweig schon auf 4,6 Prozent gestiegen.

Um gegen den Abbau weiterer Arbeitsplätze zu kämpfen, haben sich Kollegen verschiedener Werke aus Braunschweig mit den Olympia-Kollegen zusammengeschlossen und gemeinsam mit ihnen in Hannover demonstriert. Bezeichnend für die große Kampfbereitschaft der Olympia-Arbeiter ist die Tatsache, daß sie an der Kampfaktion vor dem Landtag festhielten, obwohl die Bosse jedem Teilnehmer daran mit fristloser Kündigung bedroht hatten.

### Warnstreik im Saarland

Die hundert Arbeiter der Fischbach KG ~~im saarländischen~~ Neunkirchen traten am vergangenen Dienstag in einen Proteststreik. Der Grund: 19 Kollegen hatten eine Änderungskündigung bekommen, die ihnen durch Streichung von Erschwerniszulagen einen Lohnabbau von bis zu 55 Pfennig pro Stunde brachte.

### Neue Heimat: Der Trick mit dem Baby-Jahr

Die Neue Heimat — ein Unternehmen aus dem wirtschaftlichen Imperium des DGB — gab sich ganz sozial: Man habe, so verkündete die Hamburger Konzernleitung, seit Anfang dieses Jahres „die gewerkschaftliche Forderung nach Einführung eines sogenannten Baby-Jahres berücksichtigt". (Das Baby-Jahr soll Müttern bis zu einem Jahr nach Ablauf der Mutterschutzfrist die Rückkehr an ihren bisherigen Arbeitsplatz sichern.)

Nun sollte es ja eigentlich selbstverständlich sein, daß ein gewerkschaftseigenes Unternehmen gewerkschaftliche Forderungen erfüllt. Schließlich haben die DGB-Bonzen ihre Konzerne mit unseren Beitragsgeldern aufgebaut. Aber trotzdem: Die Sache hat einen Haken — und zwar einen ganz dicken. Denn die betroffenen Mütter haben lediglich „das Recht auf Wiedereinstellung auf einen **freien** Arbeitsplatz, der ihren beruflichen Kenntnissen und Fähigkeiten entspricht".

Also: Ist kein Arbeitsplatz frei, dann muß die junge Mutter ihren Anspruch auf das Baby-Jahr in den Wind schreiben. Und wo gibt es heutzutage schon noch freie Arbeitsplätze? Ein ganz hinterhältiger, betrügerischer Trick der Bonzen also. Und da will der DGB-Apparat Millionen Werktätigen weismachen, er würde sich mit Nachdruck in allen Branchen für das Baby-Jahr einsetzen!

### Kampf gegen SEL-Stillegung geht weiter

In Rastatt kämpfen die Kollegen von Standard Elektrik Lorenz (SEL) gegen die geplante Stillegung des Werkes, das dem amerikanischen Multi ITT gehört. Drei Viertel der 900 Beschäftigten sind Frauen. Für sie würde der Verlust ihres Arbeitsplatzes Dauerarbeitslosigkeit bedeuten, weil sie kaum eine andere Stelle finden würden. Am vorletzten Sonnabend führten die Kollegen eine Pro-




testversammlung durch. Am vergangenen Freitag fuhren Hunderte von ihnen nach Stuttgart und demonstrierten vor einem Gebäude, in dem gerade eine Aktionärsversammlung von SEL stattfand (unser Foto). Wie am Wochenende bekannt wurde, ist das Rastatter Werk von SEL endgültig an die Becker Autoradiowerk GmbH verkauft worden. Wie es dazu in einer Konzernmitteilung heißt, ist die „Übernahme der 900 Beschäftigten völlig offen". Auf deutsch: Becker denkt gar nicht daran, die Kollegen zu übernehmen. Der Kampf gegen die Entlassungen geht weiter.

### Konzertierte Aktion

Seit Monaten schon machen die DGB-Bonzen einen gewaltigen Propaganda-Rummel darum, daß sie angeblich nicht mehr an der Konzertierten Aktion teilnehmen. Aber die Tatsachen sprechen eine andere Sprache. Am Wochenende gab es wieder ein Spitzengespräch zwischen dem DGB-Apparat und den Kapitalistenverbänden. Daran nahmen unter anderem teil: der Steuerbetrüger Fasolt und für den DGB die Herren Vetter, Loderer, Pfeiffer und Hauenschild. Und an diesem Dienstag wurden die Gespräche unter Teilnahme von Bundeskanzler Schmidt und „prominenten Unternehmern" fortgesetzt. Diese trauten Gespräche, bei denen darüber geredet wird, wie am besten die Lasten der Krise auf die Werktätigen abgewälzt werden können, das ist nichts anderes als die Fortsetzung der berüchtigten und bei den Arbeitern verhaßten Konzertierten Aktion, wenn auch unter anderem Namen.

### Krebsgefährdung am Arbeitsplatz wächst

In einem Bericht, den die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) jetzt vorlegte, heißt es, daß in westdeutschen Betrieben mit 46 Arbeitsstoffen gearbeitet würde, die als krebserzeugend erkannt sind (1958 waren es erst drei). Weitere 26 neue Stoffe stehen im Verdacht, krebsfördernd zu sein. Aus dem Bericht geht auch deutlich hervor, daß es für die Werktätigen in diesem Land keinen hinreichenden Schutz vor der Gefährdung durch solche Stoffe gibt. Denn die in den Berichten der DFG veröffentlichten Listen der krebserzeugenden Arbeitsstoffe werden zwar den Gewerbeaufsichtsämtern überstellt. Es gibt jedoch keine gesetzliche Pflicht für die Kapitalisten, die Verwendung solcher Stoffe in Betrieben zu melden. In dem betreffenden Schreiben an die Betriebe heißt es lediglich: „Hersteller und Anwender von Industriechemikalien ... werden **gebeten**, der Kommission weitere, bisher noch nicht erfaßte Arbeitsstoffe mit erwiesenem oder vermutetem krebserzeugenden Potential mitzuteilen."

Aber bitten kann man die Kapitalisten lange. Wenn es um ihre Profite geht, ist es ihnen egal, ob sich die Arbeiter in ihren Betrieben systematisch vergiften.

## Empörung im Druckhaus Deutz in Köln

# Arbeitsplatzkiller Mahlein

**Die Empörung der Belegschaft war groß. Schon wurde von Streik und einem Marsch nach Bonn gesprochen. Denn 100 Kollegen von der 233 Beschäftigte zählenden Belegschaft sollen auf die Straße geworfen werden. Praktisch bedeutet das: die ganze Hochdruck-Abteilung des Druckereibetriebes wird stillgelegt.**

Und dem nicht genug, bot die Geschäftsleitung einen sogenannten „Sozialplan" an, der als nackter Hohn bezeichnet werden muß: Nur die Kollegen über 45 sollten überhaupt eine Abfindung erhalten und noch dazu eine unverschämt geringe.

Es ist keine neue Erfahrung: Die Kapitalisten kennen keine Skrupel, wenn es darum geht, die Lasten der Krise auf die Arbeiter abzuwälzen. In diesem Fall allerdings hat die Sache doch einen besonderen Aspekt: Der Aufsichtsratsvorsitzende der Firma — es handelt sich um das Kölner Druckhaus Deutz — heißt Leonhard Mahlein, seines Zeichens Vorsitzender der IG Druck und Papier. Und die Firma gehört der SPD. Bekanntlich eine Partei, die vorgibt, ganz besonders die Belange der Arbeiterschaft zu vertreten.

Gedruckt wird in diesem Betrieb neben dem SPD-Organ „Vorwärts" auch die DGB-Wochenzeitung „Welt der Arbeit".

Wahrhaftig ein Skandal! Die IG-Druck-Bonzen allerdings sahen sich erst in dem Moment bemüßigt, sich empört zu geben, als es auf einer jüngst abgehaltenen Betriebsversammlung stark nach Streik zu riechen begann. Da mußten sie sich denn doch etwas einfallen lassen, „um die Lage zu befrieden". Nicht nur, weil ein Streik Mahlein und Co. selbst in ein ausgesprochenes Zwielicht gebracht hätte. Wäre der Streik erst ausgebrochen, so hätte die Sache „gefährlich" werden können. Erfahrungsgemäß stellen die Arbeiter in solch einer Situation selbst ihre Forderungen auf. Und die hätten dann möglicherweise nicht nur gelautet: eine angemessene Abfindung, sondern: „Rücknahme der Massenentlassung, keine Stillegung der Hochdruck-Abteilung!"

Also wurde der IG-Druck-Landesbezirksvorsitzende Gent beauftragt, sich einzuschalten. Er veröffentlichte einen, wie es heißt, „empörten" Artikel. Und wo? Selbstverständlich in „Welt der Arbeit". Gent forderte beschwörend, daß an die Belegschaft endlich Zugeständnisse zu machen seien, sonst könne für nichts mehr garantiert werden. Er bezichtigte die Geschäftsleitung der „Unnachgiebigkeit" und äußerte „volles Verständnis" für die Empörung der Druckereiarbeiter. Nur eines vergaß er zu erwähnen: daß „Kollege Mahlein" selbst Aufsichtsratsvorsitzender des Unternehmens ist und daß auch er, Gent, Mitglied dieses Gremiums ist...

Sein Appell verhallte nicht ungehört. Wie das „Handelsblatt" berichtet, wurde inzwischen „ein für die Betroffenen akzeptabler Kompromiß" gefunden. Im Klartext: eine etwas bessere Abfindung, mit der die Kollegen abgespeist werden sollen, denen man den Arbeitsplatz raubt. An der brutalen Vernichtung von rund 100 Arbeitsplätzen ändert das nichts.

Wie soll man die Herren Mahlein, Gent und Konsorten anders nennen als Arbeitsplatzkiller? Und sie haben im Druckhaus Deutz keineswegs allein diese 100 Arbeitsplätze auf dem Gewissen. Seit 1974 wurde die Belegschaft durch Rationalisierung und Massenentlassungen von 560 auf 233 Beschäftigte heruntergeschraubt! Treffend kommentierte dazu der SPD-Schatzmeister Halstenberg: „Die bei uns eingeführte paritätische Mitbestimmung hat sich auch in der Krise bewährt."

Empörung über die SPD- und DGB-Bonzen herrscht im Druckhaus Deutz also nicht zum ersten Mal. Und auch nicht nur, weil hier die Krise genauso rücksichtslos auf dem Rücken der Arbeiter ausgetragen wird wie in jedem anderen kapitalistischen Unternehmen. Empörung herrschte z. B. auch während des letzten Streiks der Druckereiarbeiter im April. Damals hatten die Kollegen bei Deutz aus Solidarität mit den Streikenden einen Überstundenboykott organisiert. Was aber tat die Geschäftsleitung? Sie telefonierte mit Mahlein in der Stuttgarter „Streik"-Leitung. Und sofort sorgte dieser saubere Gewerkschaftsboß dafür, daß der Betriebsrat bei Deutz den Boykott abwürgte.

## „Kostensenkungsprogramm" der Klöckner-Bosse

# Es geht um Profit

**In seiner Juni-Ausgabe enthüllt „Angriff", die Betriebszeitung der KPD/ML bei Klöckner in Bremen, Einzelheiten über das sogenannte „Kostensenkungsprogramm" der Klöckner-Bosse. Der einschneidendste Punkt dieses Programms: 1.600 Arbeitsplätze will der Klöckner-Konzern in der nächsten Zeit vernichten!**

**Hier einige Einzelheiten aus dem Rationalisierungsprogramm:**

- Arbeitsplätze von Kollegen, die gekündigt haben oder vorzeitig in Rente gehen, werden nicht wieder besetzt. Beispiel aus der Abteilung HO IV: Ein Gabelstablerfahrer hat gekündigt. Nach drei Monaten fällt der Arbeitsplatz weg. Schmelzer und Kranführer machen die Arbeit mit.
- 70 Angestellte wurden bereits entlassen. Jetzt kommen noch 97 weitere dazu.
- Bademeister, Sanitäter und ganze Sanitätsstellen werden eingespart.
- Die Zahl der Reserveleute (Springer) soll um 1,5 Prozent gesenkt werden. Beispiel aus dem WW II und dem LD: Gab es vorher für beide Bereiche drei Reserveleute, so gibt es jetzt nur noch zwei. Bildschirmterminals sollen eingeführt werden. Von elf Stoffwärtern pro Schicht sollen je zwei eingespart werden.
- Ein großer Teil der ausgebildeten Lehrlinge wird nicht übernommen — besonders kaufmännische und Elektriker usw.

**Aber Klöckner rationalisiert nicht nur Arbeitsplätze weg. Das „Kostensenkungsprogramm" bedeutet einen umfassenden Angriff gegen die Arbeiter. Weitere Maßnahmen sind:**

- Erhöhung der Kantinenpreise. Erhöhung der Busfahrpreise. Mieterhöhung im Wohnheim.
- An heißen Tagen nur noch eine Flasche Wasser pro Mann und Schicht.
- Keine kostenlose Milchabgabe mehr für Schweißer, Zementwerker u. a.

Die Parteizelle bei Klöckner ruft zum Kampf gegen dieses Rationalisierungsprogramm auf. **Eine wichtige Forderung in diesem Kampf heißt: „Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!"** Auch




im Lager der IGM-Bonzen ist diese Forderung in letzter Zeit verschiedentlich laut geworden. Aber auf den IGM-Apparat können sich die Stahlarbeiter nicht verlassen. „Angriff" schreibt: „Die IGM-Bonzen werden diesen Kampf sabotieren. Einen Verrat hat die IGM-Führung schon beschlossen: Sie will erneut auf die Kündigung der stahltypischen Zuschläge verzichten. Deshalb müssen wir uns rüsten, muß die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition (RGO) gestärkt werden, damit der Verrat der Bonzen durchkreuzt werden kann."

# BBC-Arbeiter demonstrieren gegen Stillegung




**Der BBC-Konzern will seine Kabel- und Drahtwerke in Ginsheim-Gustavsburg stillegen. Die Produktion soll nach Mannheim in ein anderes Werk des Konzerns verlegt werden. Für Hunderte von Kollegen würde das die Entlassung bedeuten. Die Belegschaft von Gustavsburg protestierte gegen diese Pläne der Bosse mit einer Demonstration. Die Arbeiter wiesen darauf hin, daß in ihrem Werk binnen zweier Jahre schon 200 Kollegen entlassen worden sind.**

### Kündigungsschutzklage: RGO-Kandidat gegen Hoesch-AG

# Wer „Arbeitshetze" sagt, stört den „Betriebsfrieden"

**Was die Hoesch-Bosse und IGM-Bonzen aus „Union" nicht schafften, war ihnen auf der Phönix-Hütte gelungen: die RGO-Liste bei der Betriebsratswahl auszuschalten. Aber mit welchen Methoden! Der Listenführer Peter Schnittfeld wurde fristlos entlassen. Letzte Woche sollte nun eigentlich der Verhandlung vor dem Arbeitsgericht stattfinden. Das Gericht ließ jedoch den Termin platzen und zwar auf Antrag von Hoesch.**

Als neuer Termin wurde der 26. 7. angesetzt. Durch die Verschiebung hatten die Hoesch-Bosse Gelegenheit, einen Schriftsatz mit einer neuen Begründung für die fristlose Entlassung nachzuschieben. Während sie anfangs die Entlassung mit dem fadenscheinigen Vorwand „Bedrohung eines Belegschaftsmitgliedes" abzustützen versuchten (Anlaß war ein Wortwechsel zwischen einem IGM-Kandidaten und Peter Schnittfeld), wird in dem neuen Schriftsatz als Hauptgrund für die Entlassung unverhohlen das Programm der RGO-Listen für die Betriebsratswahl angeführt. Das ist ein unverschämter Angriff der Hoesch-Kapitalisten auf die Meinungsfreiheit und Organisationsfreiheit der Arbeiter, ein Versuch, die Knebelung der Arbeiterklasse in den Betrieben mit Hilfe des reaktionären Betriebsverfassungsgesetzes (BVG) und der Arbeitsgerichte noch erheblich zu verschärfen.

Wie die Hoesch-Bosse die Paragraphen des BVG künftig durch die Gerichte angewendet sehen wollen, macht ihr erwähnter Schriftsatz sehr deutlich. Wir zitieren:

*„Anläßlich dieses Gesprächs ließ der Kläger* (gemeint ist Peter Schnittfeld — RM) *ohne Aufforderung einige Programme der RGO mit der Bemerkung zurück: ‚Lest euch das durch und laßt es dann verschwinden.' Letzteres wird verständlich, wenn man einige Formulierungen des Programms näher betrachtet: Bezogen auf IGM-Betriebsratsmitglieder heißt es, ‚daß es ihnen nur um ihre Aufsichtsratsposten geht, unsere Interessen bleiben dabei auf der Strekke. Gesichert wird allein der Profit der Bosse.' Dem Arbeitgeber wird Arbeitshetze vorgeworfen, wobei ein Zusammenhang zwischen Unfallhäufigkeit und steigender Arbeitshetze behauptet wird. Es wird behauptet, daß die IGM-Betriebsräte mit dem Arbeitgeber zusammen an der Gesundheit der Arbeitnehmer sparen. Belegt wird das dadurch, daß die Anzahl der Krankenwagen beim Werk Union reduziert worden ist."*

Es soll also nach dem Willen der Hoesch-Bosse verboten sein, Mißstände im Betrieb anzuprangern. Es soll verboten sein, von Arbeitshetze zu sprechen und davon, daß die Unternehmer nur der Profit interessiert. Und es soll verboten sein, den Verrat der IGM-Bonzen an den Interessen der Kollegen zu entlarven. In dem erwähnten Schriftsatz der Hoesch-Bosse heißt es abschließend: *„Diese Äußerung der RGO und damit auch ihrer Repräsentanten sind nicht mehr durch das Recht auf freie Meinungsäußerung gedeckt."*

Äußerungen wie *„Arbeitshetze, Unfälle aufgrund von Arbeitshetze, Mauschelei mit dem Betriebsrat"* seien — so der Unternehmerschriftsatz — *„ehrverletzend"*. Dabei betonen die Hoesch-Bosse ausdrücklich, daß nicht nur ihre, sondern auch die Ehre der IGM-Betriebsräte durch die RGO-Äußerungen beleidigt werde. Es ist, nebenbei gesagt, bemerkenswert, wie sehr die Hoesch-Kapitalisten sich hier auch für die IGM-Betriebsratsclique ins Zeug legen.

Es ist wohl kein Zufall, daß die Hoesch AG gerade jetzt, nach dem Abschluß der Betriebsratswahl auf Union, der ihnen drei RGO-Betriebsräte beschert hat, diesen Vorstoß unternehmen. Erkennen die Arbeitsgerichte die Hoesch-Argumentation an, so wären damit juristisch die Weichen dafür gestellt, daß ein Betriebsrat oder ein Arbeiter fristlos entlassen werden kann, wenn er einen klassenkämpferischen Standpunkt vertritt oder wenn man ihn als zur RGO zugehörig denunzieren kann. Das ist ein Angriff, der nicht nur gegen den weiteren Aufbau der RGO zielt, sondern der schlechthin auf die brutale Unterdrückung der Kämpfe der Arbeiter für ihre Forderungen und Interessen im Betrieb abgestellt ist. Deshalb muß dagegen ein entschiedener Kampf geführt werden.

**Nieder mit dem reaktionären Betriebsverfassungsgesetz!**

**Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung im Betrieb!**

**Sofortige Wiedereinstellung des RGO-Kandidaten Peter Schnittfeld!**

### Kabelwerke Reinshagen/Westberlin

# Revolutionärer Betriebsrat fristlos entlassen

**Der kommunistische Betriebsrat Peter Vollmer von den Kabelwerken Reinshagen in Westberlin wurde am 22. Juni fristlos entlassen. Gleichzeitig wurde ihm ab sofort das Betreten des Betriebes verboten. Der Betriebsrat stimmte der Kündigung zu. Peter Vollmer war erst am 18. Mai dieses Jahres als Listenführer der Liste „Frischer Wind" zum Betriebsrat gewählt worden. Die Liste „Frischer Wind" hatte 40 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten.**

Diese Entlassung ist eine unglaubliche Provokation der Werksleitung sowie der reaktionären Betriebsratsmehrheit gegenüber der Belegschaft. Es interessiert die Bosse und ihre Handlanger einen Dreck, daß die Arbeiter bei der Wahl ihrem Willen Ausdruck gegeben haben. Es interessiert sie auch einen Dreck, daß für einen bedeutenden Teil der Belegschaft gerade Peter Vollmer der Mann ist, dem sie vertrauen und den sie als ihren Vertreter im Betriebsrat behalten wollen. Peter Vollmer war den Bossen und Bonzen zu unbequem, zu gefährlich, weil er ein konsequenter Verfechter der Arbeiterinteressen ist. Deshalb mußte er weg.

Der angeblich „wichtige Grund", mit dem die Kabelwerkbosse die außerordentliche Kündigung begründen, besteht in Wahrheit nur aus Lügen und an den Haaren herbeigezogenen Vorwänden. So werden unter anderem zwei Verwarnungen angeführt. Aber diese Verwarnungen waren selbst reine Willkürakte. Die Werksleitung konnte sie nur aussprechen, weil die reaktionäre Betriebsratsmehrheit zu allem Ja und Amen sagt, was gegen den revolutionären Arbeiter Peter Vollmer gerichtet ist.

So wurde die erste Verwarnung noch vor der Wahl wegen Unterschriftensammelns für die Kandidatenliste ausgesprochen. Dabei hat dazu der Listenführer laut Betriebsverfassungsgesetz das Recht. Mit der zweiten Verwarnung war es ähnlich. Sie wurde wegen angeblicher „Störung der betrieblichen Ordnung" ausgesprochen. In Wahrheit hatte Peter Vollmer lediglich seine Arbeit als Betriebsrat getan und sich für die Forderung von Kollegen eingesetzt, ihren Urlaub zusammenhängend im Sommer nehmen zu können.

Ein weiterer Punkt, der von der Geschäftsleitung angeführt wird: Im „Roten Morgen" erschienen Artikel, die über die Arbeitsbedingungen bzw. über die Betriebsratswahlen bei Reinshagen berichten. Die Geschäftsleitung unterstellt Peter Vollmer, er sei der Verfasser dieser Artikel.

Der entlassene Betriebsrat schreibt in seiner Stellungnahme unter anderem: „Ich bin sofort zum Rechtsanwalt gegangen und bereite mit dem eine Kündigungsschutzklage vor. Gegen eine normale Entlassung ist zwar ein Betriebsrat geschützt, nicht aber gegen eine fristlose Kündigung aus wichtigem Grund. Wie man sehen kann, ist also der Kündigungsschutz für einen Betriebsrat nach dem Gesetz nicht allzuviel wert. Der Gerichtsprozeß wird nun einige Zeit dauern. Und selbst wenn ich Recht kriegen sollte, kann die Geschäftsleitung in Berufung gehen und den Prozeß über Monate, wenn nicht sogar Jahre hinauszögern. Wir müssen deshalb mit möglichst vielen Kollegen zusammen überlegen, was jeder Kollege, was wir gemeinsam gegen die Kündigung unternehmen können."

### Betriebsratswahl Elac:

# Liste „Kollegengruppe" steht

**Im Mai hätte eigentlich bei Elac in Kiel (Plattenspieler und nautische Geräte) die Betriebsratswahl stattfinden sollen. In Opposition zur IGM-Liste stand auch eine Liste mit drei revolutionären Kollegen zur Wahl: die „Liste links". Einen Tag vor der Wahl jedoch ging Elac in Konkurs.**

Die Firma wurde geteilt, der nautische Bereich von dem US-amerikanischen Konzern Honeywell übernommen. Mindestens 250 Kollegen müssen um ihren Arbeitsplatz fürchten. Und die Betriebsratswahl war zunächst geplatz.

Nun finden in beiden Bereichen getrennte Betriebsratswahlen statt. Bei der Honey-Elac-Nautic GmbH steht jetzt erneut eine klassenkämpferische Liste zur Wahl, und zwar diesmal sogar mit fünf Kandidaten: die Liste „Kollegengruppe". Sie erhielt bei der Auslosung die Listennummer Eins.

Die Bonzen des IGM-Apparates hatten mit bemerkenswerten taktischen Winkelzügen versucht, die Kandidatur der klassenkämpferischen und revolutionären Kollegen zu verhindern. So haben sie zuerst große Propaganda für eine Persönlichkeitswahl gemacht mit dem Hintergedanken, die oppositionellen Bewerber von einer Kandidatur auf der „Einheitsliste" auszuschließen. Das wurde jedoch ein Fehlschlag, denn unter dem Druck der Arbeiter stimmten die Vertrauensleute mehrheitlich für eine offene Liste, auf denen auch die oppositionellen Bewerber kandidieren können.

Nun setzte die IGM-Verwaltungsstelle durch, daß der Vertrauensleutekörper diesen Beschluß rückgängig machte und der Aufstellung einer eigenen IGM-Liste zustimmte. Begründung: Es sei unzumutbar, mit Kandidaten auf einer Liste zu kandidieren, die „als Gewerkschaftsfeinde auftreten". Aber die oppositionellen Kollegen konterten, indem sie die Liste „Kollegengruppe" aufstellten. Die nötigen Unterschriften dafür waren schnell gesammelt.

Jetzt stehen vier Listen zur Wahl: Die des IGM-Apparats, Liste DAG, Liste eines einzelnen Kollegen und die Liste „Kollegengruppe". Die Klassenkämpferischen Kollegen sehen der Wahl zuversichtlich entgegen.




Adresse der Redaktion: 46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 300526

# Interview mit einem revolutionären Betriebsrat

**Das nachfolgende Interview mit einem Betriebsrat der Liste 1 bei Daimler-Benz in Westberlin entnahmen wir dem „Roten Stern", der Betriebszeitung unserer Partei bei Daimler.**

**Roter Stern:** 719 Stimmen, 6 Sitze — das ist eine ganze Menge. Hast Du mit diesem Ergebnis gerechnet?

**Betriebsrat:** Ich war doch überrascht, daß das Ergebnis so deutlich war. Wir hatten mit etwa 20-25% der Stimmen gerechnet — 30% haben wir bekommen. Das ist eine gute Grundlage. Vor allem, wenn man bedenkt, daß wir unsere Stimmen wohl ausschließlich von den Akkordarbeitern bekommen haben. Das sind etwa 1.500 Kollegen, wovon ca. 50% uns gewählt haben.

Der Rote Stern
Betriebszeitung der KPD/ML bei Daimler-Benz
Zelle 7 Jahrestag der Gründung der Partei
V.i.S.d.P. Th. Scheffer 1-65 Schererstraße Nr. 1/78

**Roter Stern:** Wie sieht jetzt Eure praktische Arbeit aus?

**Betriebsrat:** Nun, da ist erst mal die konkrete, praktische Hilfe für die Kollegen, die sich an uns wenden. Vor allem Probleme im Zusammenhang mit dem Akkord: Abrechnung, Zeiten, Punkte stimmen nicht und Ärger mit den Vorgesetzten. Da gibt es eine ganze Menge täglicher Probleme. Am Anfang war das für uns natürlich schwierig — weil wir ja neu im Amt waren. Und keine Erfahrung hatten. Wie läuft eine Zeitaufnahme? Wer ist für was zuständig? Usw. usf. Das alles mußten wir erst lernen. Aber ich würde sagen, wir haben uns jetzt sozusagen „freigeschwommen", und sind immer mehr in der Lage, unsere Arbeit selbständig durchzuführen. Das ist eine wichtige Erfahrung: Wir müssen tatsächlich **alles** selbst in die Hand nehmen und von Anfang bis Ende dranbleiben — auf die IGM-Fürsten kann man sich selbst in den einfachsten Dingen nicht verlassen. Es ging sogar soweit, daß zum Beispiel Genschow zu Kollegen, die sich mit einem Problem an ihn wandten, sagte: „Was wollt ihr denn von mir, geht doch zur Opposition."

**Roter Stern:** Welchen Unterschied gibt es in Eurer täglichen Arbeit zum alten Betriebsrat?

**Betriebsrat:** Ich glaube ein wichtiger Punkt ist, daß wir uns voll auf die Kollegen stützen. Das heißt: Wir wenden uns in jedem Fall zu allererst an die betroffenen Kollegen und besprechen mit ihnen, was man machen kann. Die alten Betriebsratsleute dagegen, haben meist eine schlechte Meinung von den Kollegen. So sagte Lassmann z. B. wörtlich: „Die Masse ist doch dumm!" Das drückt seine ganze Verachtung gegenüber den Arbeitern aus.

**Roter Stern:** Wie sieht jetzt die Arbeit direkt im Betriebsrat aus, wie verhält sich die alte IGM-Clique?

**Betriebsrat:** Zuerst muß man wohl sagen, daß es sich erneut beweist, daß es im Endeffekt nur eine Clique von ein paar Leuten ist, die bei der IGM-Liste bestimmt, was passiert. Krause, Genschow, Lassmann, dazu kommen noch Klampfer, Frömmelt und ähnliche Figuren. Die meisten haben offensichtlich überhaupt keine eigene Meinung, bzw trauen sich nicht sie offen zu vertreten. In der letzten Zeit nun haben sich die Fronten immer klarer gezeigt, die es zwischen Liste 1 und 2 gibt. Z. B. fühlte sich Krause auf der Betriebsrats-Sitzung am 7.6. bei der Diskussion über Nachtschichtarbeit und Hitzeregelung so in die Enge gedrängt, daß er die Sitzung einfach abbrach, obwohl noch Wortmeldungen vorlagen.

**Roter Stern:** Was für Erfahrungen hast Du mit dem Betriebsverfassungsgesetz (BVG) gemacht.

**Betriebsrat:** Erst einmal ist zu sagen, daß die Betriebsratsarbeit durch das BVG geregelt wird. Dort wird z. B. ausdrücklich gesagt, daß der Betriebrat **nicht** als „Stoßtrupp der Belegschaft" verstanden werden dürfe, sondern daß er „zum Wohle des Betriebes" mit der Geschäftsleitung „vertrauensvoll zusammenarbeiten" **muß**! So ist es dem Betriebsrat ausdrücklich verboten, zu Streiks aufzurufen oder sonstwie den „Betriebsfrieden" zu stören oder auch nur „den Arbeitsablauf zu beeinträchtigen"! Der verblichene Herr Schleyer hat einmal gesagt, der Hauptgedanke des BVG's wäre, es als „Konfliktbewältigungs-Mechanismus" zu benutzen. Und durch die „Mitbestimmung" solle „Verantwortungsbewußtsein" geschaffen werden. Im Klartext heißt das, durch das BVG und die Mitbestimmung sollen die Betriebsräte zu treuen Bütteln der Kapitalisten erzogen werden, um den Kampf der Arbeiter zu unterdrücken. Das BVG ist, wie man deutlich sieht, ein durch und durch arbeiterfeindliches Gesetz. Ich fühle mich allerdings einzig und allein den Kollegen und ihren berechtigten Forderungen und Interessen verpflichtet. Darum muß ich das BVG grundsätzlich ablehnen und bekämpfen.

(Anmerkung des Roten Sterns: Allein diese Äußerung reicht aus, um den Kollegen aus dem Betriebsrat zu schmeißen. Darum ist es klar, daß wir bei dem Interview keine Namen nennen.)

**Roter Stern:** Heißt das, dem Betriebsrat sind die Hände gebunden, wie man so oft von IGM-Betriebsräten zu hören bekommt?

**Betriebsrat:** Ganz bestimmt nicht. Auf der einen Seite muß man als revolutionärer Betriebsrat alle Möglichkeiten der Gesetze, Bestimmungen und Verordnungen ausnutzen, um den Kollegen möglichst viel konkret zu helfen. Die Hauptsache, meiner Meinung nach, ist aber, die Kollegen im konkreten Kampf zusammenzuschließen. Denn im Endeffekt gibt es für die Arbeiter keinen anderen Weg, als den kompromißlosen Kampf. Das wird auch die Zukunft noch deutlich zeigen.

**Roter Stern:** Wie, meinst Du, muß der Kampf weitergehen?

**Betriebsrat:** Meiner Meinung nach ist das Wichtigste der weitere Aufbau der RGO — der organisierte Zusammenschluß der Arbeiter gegen Bosse und Bonzen. Bei Daimler ist der Anfang gemacht. Es gibt auch bereits Verbindungen zu Betrieben in Berlin und Westdeutschland!

**Roter Stern:** Am 27.6. ist Betriebsversammlung. Werdet Ihr da sprechen?

**Betriebsrat:** Ja, bestimmt!

**Roter Stern:** Wir danken Dir für dieses Gespräch.

# Mensch oder Tier?

Vor kurzem wurde bei Opel in Bochum ein Kollege entlassen, weil er angeblich den Betriebsfrieden gestört habe. Was hatte der Kollege gemacht? Er hatte an seinem Arbeitsplatz eine selbstangefertigte Karrikatur von seinem Meister aufgehängt, auf der zu lesen war, daß man den Meister einmal untersuchen müsse, ob er Mensch oder Tier sei. Der Kollege wird schon seine Gründe dafür gehabt haben, die Antreiberei durch die Opel-Meister ist ja bekannt. Aber deshalb einen Arbeiter zu kündigen,wirft ein bezeichnendes Licht auf die Opel-Bosse, die jeden Protest und Widerstand unterdrücken wollen.

Der Kollege hat sich gegen die Kündigung gewehrt und beim Arbeitsgericht geklagt. In der letzten Woche war die Verhandlung. Das Gericht mußte gegen die Kündigung, gegen die Opel-Bosse entscheiden.

**Rot Front, ein Genosse aus Bochum**

# Für eine revolutionäre Landvolkbewegung

**Aus Anlaß des Kampfes der Bevölkerung von Ermershausen gegen die Eingemeindung (siehe RM 21/78) gab die Revolutionäre Landvolkbewegung (RL) das erste Extrablatt ihrer neuen Zeitung „Freies Landvolk" heraus. Warum Revolutionäre Landvolkbewegung? Seit dem Ende des 2. Weltkrieges findet ein großangelegtes Bauernlegen statt, durch das 800.000 landwirtschaftliche Existenzen vernichtet wurden (seit 1949), während Großagrarier und Agrarkapitalisten sich unermeßlich bereicherten und die Konzentration in der Landwirtschaft zunahm. Mit diesem Bauernlegen geht eine Verarmung des ganzen Landlebens einher, die auch die Arbeiter auf dem Lande, die Landfrauen und die Landjugend trifft.**

Aber immer wieder auch flammen die Kämpfe der Bauern auf gegen die Zinsknechtschaft der Banken, den räuberischen Zwischenhandel, die Ausplünderung durch Betriebsmittel- und Landmaschinenindustrie und gegen die Preispolitik von Bonn und Brüssel. Diese Kämpfe, die sich objektiv gegen den Kapitalismus richten, zu organisieren und das ganze Landvolk unter einem revolutionären Programm auf breiter Grundlage zusammenzuschließen, hat sich die Revolutionäre Landvolkbewegung zur Aufgabe gestellt. „Freies Landvolk" schreibt in seiner Extraausgabe:

„Die RL fängt gerade erst in einzelnen Regionen der Bundesrepublik mit der Arbeit an, und das ‚Freie Landvolk' will zum weiteren Aufbau der RL beitragen, indem die Zeitung die Ziele und das Programm breiter bekannt macht und über die Arbeit der bestehenden Gruppen berichtet.

Ab Oktober erscheint ‚Freies Landvolk' mit 16 Seiten zunächst vierteljährlich. Heute schon möchten wir unsere Leser auffordern, uns mit Anregungen, Informationen, Artikeln oder auch Kritiken zu unterstützen, damit das ‚Freie Landvolk' lebendig den Kampf der Landbevölkerung wiedergeben kann. Gleichzeitig im Oktober wird die Revolutionäre Landvolkbewegung auch einen Programmentwurf veröffentlichen, damit jeder zur Verbesserung dieses Entwurfs beitragen kann."

Wir unterstützen diesen Aufruf des „Freien Landvolk" und drucken im folgenden einen Artikel aus seinem Extrablatt ab. Wer weitere Informationen über den Aufbau der Revolutionären Landvolkbewegung haben möchte, kann sich an Bäuerin Gertrud Becker, Mittelweg 82 a, 2890 Nordenham, wenden.

**Freies Landvolk**
**Zeitung der Revolutionären Landvolkbewegung**
Extrablatt — Mai 1978

**Die Gebietsreform wird von der Polizei durchgeknüppelt**
**400 Polizisten überfallen ein Dorf in Unterfranken**

**Die Bevölkerung des unterfränkischen Dorfes Ermershausen wurde am Freitag, den 19. Mai gegen 3,45 Uhr morgens von 400 Polizisten überfallen. Sie riegelten hermetisch das Rathaus ab und versuchten die aufgestellten Wachen an der Alarmierung der Dorfbevölkerung zu hindern. Mit der Hilfe einer Autohupe konnte dies dennoch geschafft werden, und in kurzer Zeit waren alle der fast 1.000 Einwohner des Dorfes Ermershausen auf den Beinen. Mit Gummiknüppeln ging die Polizei mehrmals brutal gegen einzelne Einwohner vor, und selbst vor einer 80jährigen Frau machte ihr Terror nicht halt.**

## Steuerschraube erdrosselt die bäuerliche Landwirtschaft

„Fahnder des Bundesfinanzministeriums entdeckten in der letzten Zeit ein neues Steuerparadies. Wer aber glaubt, sie seien vielleicht bei Familie Flick fündig geworden, die beim Verkauf ihrer Daimler-Aktien vom Bonner Staat per Sondergenehmigung 1,5 Milliarden Mark Steuern geschenkt bekam, der irrt sich. Nein, das Steuerparadies soll in der Landwirtschaft liegen, genauer gesagt bei den kleinen Bauern, aus denen gut und gerne nach Ansicht der Fahnder zwei Milliarden Mark Steuern mehr rausgepreßt werden könnten.

Eine schöne „Steuergerechtigkeit", die da der Bonner Staat im Auge hat. Obwohl die Großbauern, Großgrundbesitzer und Agrarkapitalisten schon fast 50 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche bewirtschaften, zahlen sie nur 500 Millionen Mark Steuern. Die anderen 50 Prozent werden von den Mittel-, Klein-, Zuerwerbs- und Nebenerwerbsbauern bewirtschaftet, und aus denen sollen jetzt noch zusätzlich zwei Milliarden herausgepreßt werden.

Werden diese Steuerpläne Wirklichkeit, dann bedeutet das für viele Bauern den endgültigen Ruin. Über 25 Prozent des bäuerlichen Vermögens befindet sich durch Zinsknechtschaft schon jetzt in den Händen der Banken und wird hier die Steuerschraube angesetzt, dann ist in wenigen Jahren die Masse der Bauern vom Kapital und seinem Bonner Staat enteignet worden.

Vom deutschen Bauernverband kam zu diesen bauernfeindlichen Plänen nur ein lahmer Protest, gibt doch in diesem Verband die Großbauernschaft den Ton an. Sie sind im Grunde froh darüber, daß die kleinen Bauern, ihre lästigen Konkurrenten, verschwinden. Der Bauernverbandsvorsitzende Heereman z. B. ist Besitzer großer landwirtschaftlicher Ackerflächen und kann riesige Wälder sein Eigen nennen. Er sitzt u. a. auch im Aufsichtsrat der Bayer AG, Leverkusen, einem Konzern, der bei der Ausplünderung der Landwirtschaft durch seine überhöhten Stickstoffdüngerpreise führend mit beteiligt ist. Es ist klar, daß ein solcher Mensch wie Heereman niemals das Interesse der kleinen Bauern im Auge hat.

Im Kampf gegen das Bauernlegen durch das Kapital, den Bonner Staat und die EG wird vielen Bauern auch klar, daß sie eine revolutionäre Opposition zu den Großbauern, Großgrundbesitzern und Agrarkapitalisten à la Heereman bilden müssen, damit der Bauernverband auch tatsächlich die Interessen der großen Masse der Kleinbauernschaft vertritt und nicht die Minderheit des großen Geldes. Auch diese Aufgaben will die Revolutionäre Landvolkbewegung in Zukunft anpacken.

## Kieler Woche '78

# „Alle Jahre wieder..."

**Seit Kaiser Wilhelms Zeiten ist die Ostsee-Stadt Kiel eine Marine-Basis und ein Zentrum der Kriegsproduktion. Und seit Kaisers Zeiten wird alljährlich in dieser Stadt die Kieler Woche gefeiert. Dieses Jahr unter dem Motto: „Europa nimmt Gestalt an." Was für ein Europa da Gestalt annimmt, davon zeugte der Aufmarsch von Kriegsschiffen aus verschiedenen NATO-Ländern, die in der vergangenen Woche an der Tirpitz-Mole festmachten. Immer noch ist die Kieler Woche — trotz allen Beiwerks wie Segelregatten und Platzkonzerten — eine Schau der Seestreitkräfte der deutschen Imperialisten und ihrer Verbündeten.**

Aber es gibt auch noch eine andere Seite: Für die Herren in den Chefetagen der Betriebe und in den Verwaltungen der Ostsee-Stadt ist die Kieler Woche ein willkommener Anlaß, um die wirklichen Probleme und Sorgen der Werktätigen mit Festival-Trubel zu verdecken. Im folgenden einige Auszüge aus einem Artikel der Kieler Stadtteilzeitung „Befreiung" zur Kieler Woche:

„Alle Jahre wieder..." — und das schon seit Kaiser Wilhelms Zeiten — wird die Kieler Woche mit Pomp und Gloria gefeiert. Früher, im kaiserlichen Deutschland, trafen sich die „oberen Zehntausend", um sich bei diesem gesellschaftlichen Ereignis zur Schau zu stellen, sich feiern zu lassen und für die Großmachtpolitik des deutschen Reiches zu werben.

Im Rahmen der Vorbereitungen des Kapitals und des Adels auf die kommenden Auseinandersetzungen um die Vormachtstellung in Europa und in den Kolonien Afrikas und Asiens hatte Kiel eine besondere Stellung als erster Reichskriegshafen erlangt. Wie diese Entwicklung endete, wissen wir: 35 Millionen Tote im ersten Weltkrieg und unsagbares Elend für das deutsche Volk und die Völker Europas.

Damals standen festliche Bälle und die abschließende Flottenparade, die Wilhelm II. persönlich abnahm, im Mittelpunkt des Kieler-Woche-Geschehens. Die Kieler Bevölkerung, die durch den profitablen Kriegsschiffbau in die Höhe schnellte — wovon wachsende Zahlen von Werftarbeitern auf der Germania-Werft (heute HDW-Salzgitter) und Matrosen zeugten — mußte diesen Profit mit starken Einschränkungen, mit engen und teuren Wohnungen auf dem Ostufer, mit steigender Arbeitshetze in den Fabriken, mit politischer Unterdrückung der damals revolutionären Sozialdemokratie und mit sklavischem Gehorsam auf den Kriegsschiffen teuer bezahlen. Während der Kieler-Woche-Tage, die durch ihre Reden und Flottenparaden ganz offensichtlich eine Selbstdarstellung deutscher Großmachtpolitik und Militarisierung waren, durfte die Kieler Bevölkerung eine Statistenrolle spielen, durfte den Hintergrund abgeben, vor dem sich die „Herrschaften" hochnäsig präsentierten.

### Und heute?

Heute ist das natürlich alles ganz anders: demokratischer. Offiziell leben wir in einer freiheitlichen Demokratie und haben also laut „Kieler Nachrichten" eine „fröhliche Kieler Woche '78" zu erleben, ein „europäisches Fest der Musik" mit Kinderfesten, Flohmärkten, Platzkonzerten, Open-air-Festivals, Folklore, Volkstanz, Sportveranstaltungen und zahlreichen Stadtteilfesten, wie hier in Elmschenhagen auf dem Andreas-Hofer-Platz. Wenn man den Stadt„vätern" glauben soll, dann nimmt dabei Europa „Gestalt an". Das ist, kurz zusammengefaßt, das Bild, das uns Bantzer und Co. vom heutige Leben in Kiel vorgaukeln: ein fröhliches Kiel.

Aber gibt es eigentlich für uns, die Werktätigen, Anlaß zum Jubeln, zum fröhlichen Feiern? Keineswegs! Die Lebensbedingungen der Bevölkerung werden in Kiel, wie auch in anderen Regionen der BRD, immer stärker eingeschränkt, und zwar durch verschiedene Faktoren.

### Arbeitslosigkeit

Da ist zum einen die **steigende Arbeitslosigkeit.** Gerade in den letzten Wochen ging **Elac** in den Konkurs und — stößt sich dabei gesund: 200 Kollegen wurden von einem Tag auf den anderen entlassen. Mindestens 200 weitere Kollegen werden demnächst gezwungen, den gleichen Weg zu gehen. **Danfoss** wird im Laufe des Jahres sein Werk Gaarden dichtmachen: 110 arbeitslose Frauen, häufig alleinstehende Mütter ohne weitere Beschäftigungschancen stehen plötzlich auf der Straße — Profitmüll. Oder nehmen wir **HDW**, einen der größten Arbeitgeber in Kiel. Eigentlich müßte man „Arbeitnehmer" sagen, denn dort wurden seit 1972 in jedem Jahr ca. 1.000 Arbeitsplatze weggenommen, und in diesem Jahr, 1978, stehen noch 1.200 Entlassungen auf dem Programm. Das sind nur drei von vielen Beispielen aus Kiel.

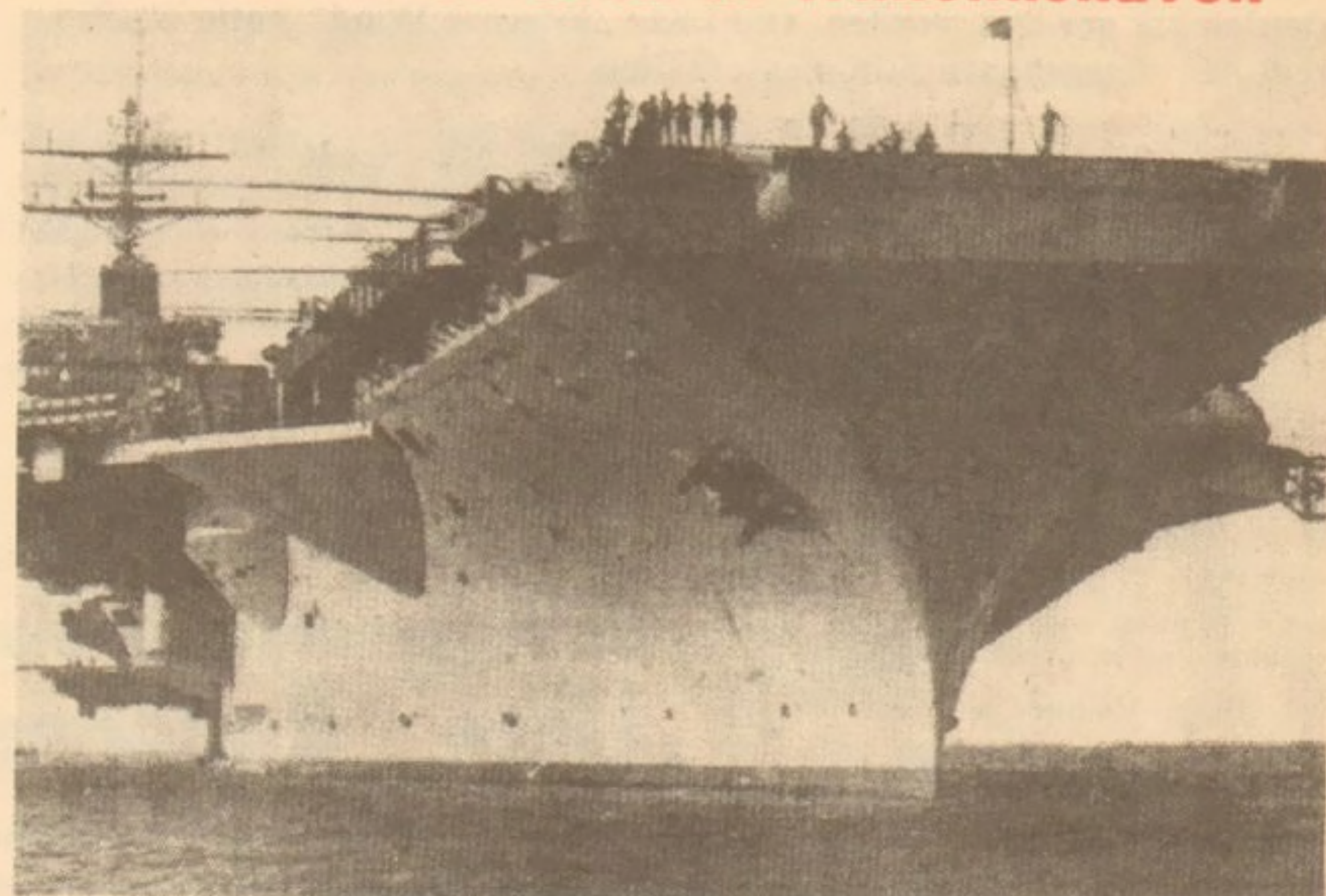
Zum anderen gibt es für die Kieler **Jugend** alles andere als einen Grund zum Feiern. Nach einer Erhebung des Kieler Stadtschulamtes (1977) hatten 600 von 2.824 Schulabgängern — d. h. jeder fünfte oder 21,2 Prozent — keine Aussicht auf eine Berufsausbildung. Das sind 140 Jugendliche mehr als 1976 — ganz zu schweigen von denen, die über Jugendaufbauwerk, Arbeitserprobung und andere Maßnahmen „aufgefangen" wurden und in keiner Statistik auftauchen.

Wie gesagt: ein fröhliches Kiel, das zur „Lösung" dieser Probleme im einen Fall das Arbeits- und Sozialamt bereithält, im anderen Fall den Gummiknüppel oder Heimeinweisung — oder eben auch die Kieler Woche, auf der man mal so richtig gründlich seinen Alltag vergessen und mal Dampf ablassen soll — natürlich gegen sauer verdientes Geld.

### Wessen Fest?

Die Antwort ist nicht schwer zu finden. Spätestens wird sie klar, wenn man nach „volksnaher" Eröffnung der Kieler Woche auf dem Rathausplatz die inoffizielle Eröffnung im entfernten Drathenhof betrachtet. Zwischen 400 und 500 geladene Gäste mit Vollpension im „Kieler Kaufmann" und anderen Nobelherbergen sowie DM 50,— Taschengeld pro Tag, darunter stadtbekannte Wirtschaftsbosse und Gewerkschaftsbonzen, bundesdeutsche und ausländische Politiker, Offiziere und andere Schmarotzer — sie feiern mit Hummer und Champagner usw. im Werte von einigen 10.000 Mark aus Steuergeldern **ihre** Kieler Woche.

## Militarismus auch in Wilhelmshaven



**Der größte Flugzeugträger des US-Imperialismus, „Nimitz", ging in Wilhelmshaven vor Anker, um mit seiner Streitmacht die deutschen Werktätigen einzuschüchtern. Alle 20 Sekunden kann jeweils eines der 80 Flugzeuge starten, um — seine verderbenbringende Last über den Wohnstätten der Werktätigen Deutschlands oder irgendeines anderen Landes abzuladen. Amis, raus aus Wilhelmshaven!**

## Erzeugerpreise für Schlachtschweine

# Niedriger als vor 24 Jahren

**Daß die Bauern schuld sind an den hohen Lebensmittelpreisen, ist eine der beliebtesten und auch niederträchtigsten Lügen der bürgerlichen Propaganda. Und wer kennt nicht die Geschichten von den kleinen Bauern, die mit dem dicken Mercedes aufs Feld fahren — mit subventioniertem Benzin, versteht sich. Solche Geschichten werden uns aufgetischt, um Zwietracht zu säen, um die notwendige Einheit der Werktätigen in Stadt und Land zu sabotieren.**

In der letzten Woche veröffentlichte die „Süddeutsche Zeitung" einige Zahlen über Preise auf dem Münchner Markt, die ein bezeichnendes Licht auf die bürgerlichen Propagandalügen werfen. Danach sind zwar die Preise von Schweinefleisch im Juni — verglichen mit denen des Vorjahrs — um mehrere Prozentpunkte angestiegen. Für Bauchfleisch etwa muß die Hausfrau 17,6 Prozent mehr bezahlen als im Juni '77. Aber liegt das etwa daran, daß die bäuerlichen Erzeugerpreise in neue Höhen gestiegen wären? Im Gegenteil: Der Bauer bekam pro Kilo Lebendgewicht in diesem Juni ganze 2,58 DM, das sind 14,2 Prozent **weniger** als im Vorjahr. Aber nicht nur im Vergleich zu 1977 sind die Erzeugerpreise gefallen. Sie liegen bei Schweinefleisch niedriger als vor 24 Jahren.

Diese Zahlen zeigen eindeutig, daß es der räuberische Zwischenhandel ist, der die Lebensmittelpreise hochtreibt, der sich dumm und dämlich auf Kosten der werktätigen Verbraucher verdient. Sie zeigen aber auch eine Ursache für die fortschreitende Ruinierung immer breiterer Schichten der werktätigen Bauern. Denn auf der einen Seite stagnieren oder sinken ihre Erzeugerpreise. Auf der anderen Seite aber erhöhen sich ständig die Betriebskosten für die Bauern. Denn die Düngemittelhersteller, Landmaschinenkonzerne usw. schlagen Jahr für Jahr kräftig drauf. Für die kleinen Bauern bleibt da oft nur die Aufgabe des Hofes oder eine zunehmende Verschuldung, durch die ihre wirtschaftlichen Probleme aber nur noch verschärft werden.

# – GEGEN REAKTION UND FASCHISMUS! –

Verteidiger-Rechte

## Interview mit einem Rechtsanwalt

**RM: Im Juni sind neue Gesetze vom Bundestag beraten worden, die die Rechte der Angeklagten in einem politischen Prozeß noch weiter einschränken...**

**Anwalt:** Das wichtigste ist folgendes: Es war schon bisher so, daß gerade in politischen Prozessen die meisten Beweisanträge abgelehnt wurden, mit der Begründung, daß sie nicht zu Sache gehören. In diesen Fällen hatte dann der Angeklagte bzw. sein Verteidiger die Möglichkeit, unabhängig vom Willen des Gerichts Zeugen oder Sachverständige über den Gerichtsvollzieher selbst zu laden. Das kann er jetzt nach der Änderung des Gesetzes zwar weiter tun. Aber — wenn dieser Zeuge oder Sachverständige im Gerichtssaal erscheint, dann muß ein förmlicher Beweisantrag gestellt werden. Und diesen Beweisantrag kann dann das Gericht genauso ablehnen wie alle anderen Beweisanträge, so daß im Ergebnis dieses Recht auf Selbstladung eines Zeugen oder Sachverständigen nicht mehr durchgesetzt werden kann.

**RM: Diese Einschränkung der Rechte der Verteidiger steht in einem Zusammenhang mit einer langen Reihe von Gesetzesmaßnahmen in den letzten drei Jahren...**

**Anwalt:** Man muß feststellen, daß in diesen drei Jahren seit 1975 eine Flut von Gesetzesänderungen, die das Strafverfahren betreffen, durch den Bundestag gegangen sind, wie das beispiellos in der Geschichte der Strafprozeßordnung ist, wenn man absieht von der Zeit des Nazifaschismus. Seit dem 1. 1. 1975 gab es vier große Gesetzesänderungen. Die erste Änderung brachte gleich eine Flut von Einschränkungen. Zum Beispiel die Möglichkeit des Verteidigerausschlusses. Eine weitere Änderung vom 1.1.75 ist, daß nun eine Hauptverhandlung ohne den Angeklagten durchgeführt werden kann. Das ist einmalig in der Geschichte des Strafprozesses, abgesehen von der Zeit des Nazifaschismus.

Eine weitere Änderung ist das sogenannte Anti-Terror-Gesetz, das am 20. 9. 1976 gültig geworden ist. Danach kann der schriftliche Verteidigerverkehr überwacht werden in Verfahren, die mit § 129 a zusammenhängen.

Am 2.10.1977 trat das Kontaktsperregesetz in Kraft. Ebenfalls für § 129a-Verfahren. Hiernach ist es möglich eine völlige Isolation über den Gefangenen zu verhängen, die sich sogar auf den Kontakt mit dem Verteidiger erstreckt.

Das Änderungsgesetz vom 14. 4. 1978, das sogenannte Razziengesetz, hat auch Auswirkungen auf die Verteidigung Die „Verdachtsschwelle" wurde herabgesetzt. Zusätzlich wurde in §-129-a-Verfahren die Trennscheibe obligatorisch.

**RM: Welches Ziel verfolgt der Staat mit diesen Gesetzen gegen die Verteidigung?**

**Anwalt:** Dieses ganze Bündel von einschränkenden und einschneidenden Gesetzesänderungen kann man vielleicht so zusammenfassen. Es ist für den Staat nun leichter, jemanden wegen eines bestimmten Strafvorwurfes zu verhaften. Es ist erleichtert, den Betreffenden in Haft zu halten — unter Bedingungen, die bis hin zur totalen Isolation gehen können. Und wenn dann unter diesen Bedingungen überhaupt noch die Vorbereitung einer Verteidigung möglich gewesen sein sollte, was fraglich ist, dann gibt es das ganze Paket von einschränkenden Gesetzen, die die Durchsetzung der Restposten von Verteidigerrechten in der Hauptverhandlung weiterhin erschweren, so daß man sich in solchen Prozessen die Frage stellen muß, ob das überhaupt noch Verteidigung genannt werden kann.

**RM: Wie wünscht sich der Staat die Anwälte?**

**Anwalt:** Ich möchte dies am Beispiel des Prozesses gegen den Kollegen Groenewold aufzeigen. Die Bundesanwaltschaft hat ihre Anklage wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung in einem besonders schweren Falle u. a. so begründet, daß die Art und Weise, in der RA Groenewold die Verteidigung seiner Mandanten mittels Information und Kommunikation geführt habe, als Unterstützung einer kriminellen Vereinigung angesehen werden müsse, „weil das politische Selbstverständnis seiner Mandanten ungebrochen geblieben sei". Ein besonders schwerer Fall deshalb, weil der Verteidiger bei seiner Verteidigung sich „in einem ungewöhnlichen Maße persönlich und organisatorisch eingesetzt habe". Wenn man das umkehrt, dann wird der Wunsch sichtbar, daß eine Verteidigung dazu führen soll, daß „das politische Selbstverständnis der Mandanten gebrochen wird".

**RM: Die juristische Rolle des Rechtsanwalts wird oft mit dem Begriff „Organ der Rechtspflege" beschrieben. Welche Auswirkungen hat eine solche Interpretation des Rechtsanwalts und seiner Aufgabe?**

**Anwalt:** Dieser Begriff ist seit 1893 immer als Fessel benutzt worden, um den RA an den Staat zu binden. Das Bemerkenswerte an dieser Sache ist, daß es Anwälte selbst gewesen sind, die ihren Kollegen diese Fessel anlegten. So hat ein Münchner Ehrengericht hierzu folgendes ausgeführt: „Als unabhängiges Organ der Rechtspflege bildet der Rechtsanwalt zusammen mit Gericht und Staatsanwalt die rechtsprechende Gewalt. Ihm sind Funktionen und Sonderrechte zugewiesen, die ihn vielfach in die Nähe eines öffentlichen Amtes rücken. Als Organ der Rechtspflege ist der RA Werkzeug und Diener zugleich." Die nationalsozialistischen Rechtsideologen haben dies so formuliert: „Richter, Staatsanwalt und Verteidiger sollen Kameraden einer Rechtsfront, sollen gemeinsame Kämpfer um die Erhaltung des Rechts sein." Es wird also versucht, mit Hilfe der Ehrengerichtsbarkeit oder sogar der Strafgerichtsbarkeit die Rechtsanwälte in eine beamtenähnliche Situation zu zwingen.

Ein noch weiter führender Schritt ist der jüngst gemachte Vorschlag, in bestimmten Fällen sogar Richter und Staatsanwälte als sogenannte Pflichtverteidiger fungieren zu lassen. Dann wären wir ungefähr bei dem Zustand angelangt, der bis 1878 geherrscht hat, als Justizbeamte Angeklagte verteidigten.

**RM: In welchem Maße werden fortschrittliche Rechtsanwälte, die sich gegen diese Unterdrückungsmaßnahmen wehren, heute verfolgt?**

**Anwalt:** Man kann heute praktisch sagen, daß es kaum noch Verteidiger in politischen Strafsachen gibt, die nicht entweder ein strafgerichtliches oder ehrengerichtliches Verfahren haben im Zusammenhang mit ihrer Verteidigertätigkeit. Da wird zum Beispiel die Stellung eines Beweisantrags als Beleidigung verfolgt. Ausführungen im Plädoyer werden als Vergehen gegen das Standesrecht ehrengerichtlich verfolgt. Eine besondere Variante ist der Versuch, den RA Gildemeier aus der Anwaltschaft überhaupt auszuschließen wegen seiner politischen Tätigkeit außerhalb seines Anwaltsberufes.

Das alles führt dazu, daß die Kollegen, die bereit sind, politische Prozesse zu übernehmen, diese Verfahren nicht mehr übernehmen können und daß manche Kollegen wegen des Drucks und der Disziplinierungsmaßnahmen sich entschließen, nicht mehr in politischen Verfahren zu verteidigen. Die Konsequenz kann man sich so vorstellen: Wenn der Angeklagte noch nicht einmal einen Verteidiger hat, der das, was an Verteidigerrechten verblieben ist, durchzusetzen hilft, dann ist der Prozeß letztlich nur eine Farce.

**RM: Gibt es unter den Rechtsanwälten Widerstand gegen diese Entwicklung?**

**Anwalt:** Die Rechtsanwaltskammern und die offiziöse Vertretung der Anwälte, der Deutsche Anwaltsverein, haben nicht nur nichts getan, sondern haben in allen Fällen mehr oder weniger unterstützt und mitgeholfen, daß diese Gesetze verabschiedet werden konnten. Deshalb brauchte es eine gewisse Zeit, bis die betroffenen Kollegen merkten, daß sie selbst Initiativen ergreifen mußten, um gegen diese Maßnahmen vorzugehen, sich zu wehren. Diese Initiativen gibt es inzwischen in der Bundesrepublik und in Westberlin. Es hat inzwischen auch schon verschiedene Treffen mit Kollegen gegeben. Einigkeit herrscht darüber, daß man sich dagegen wehrt, den Beruf eines Strafverteidigers in die Nähe eines Beamten zu rücken. Ein Verteidiger auch in politischen Prozessen muß in erster Linie Interessenvertreter seines Mandanten sein.

**RM: Welche Forderungen werden von dieser Gruppe von Anwälten erhoben?**

**Anwalt:** Wir wenden uns gegen die Methoden, den Verteidiger in einer politischen Strafsache wegen seiner Verteidigung auf die Anklagebank zu setzen. Wir wenden uns gegen Bestrebungen, die Isolierung von politischen Gefangenen noch weiter zu perfektionieren und damit die Vorbereitung einer Verteidigung unmöglich zu machen. Wir wenden uns gegen eine Entwicklung, in der durch Überwachungs-, Ausschluß- und Strafverfolgungsmaßnahmen schließlich ein Zustand entstehen kann, in dem ein Angeklagter in einem politischen Strafverfahren einen Verteidiger seines Vertrauens nicht mehr wählen kann. Wir wenden uns gegen die Praxis der staatlichen Organe, insbesondere der Anklagebehörden, Inhalt und Gestaltung einer Verteidigung in politischen Strafverfahren mit den Mitteln der Ehrengerichtsbarkeit und der Strafverfolgung zu kontrollieren und damit inhaltlich zu bestimmen.

Es muß in der Öffentlichkeit auch ein Bewußtsein dafür geschaffen werden, daß es hierbei um die Verteidigung von Rechten geht, die jeden betreffen können, der auf irgendeine Weise in die Mühlen der Justiz gerät, besonders wenn dies wegen politischer Aktivitäten oder der politischen Einstellung geschieht. Darum ergibt sich, daß es nicht in erster Linie die Rechtsanwälte sind, die gegen die Einschränkung von noch vorhandenen Rechtspositionen anzutreten haben. Es wird darauf ankommen, daß möglichst breite Kräfte in der Bevölkerung dieser Entwicklung entgegentreten und sich dem weiteren Abbau von noch vorhandenen Rechten widersetzen.

**RM: Das ist ein Anliegen, das wir gerne unterstützen wollen. Wir danken Ihnen für dieses Gespräch!**

## SEIT 6 JAHREN VON DER JUSTIZ VERFOLGT

ANKLAGE: besonders schwerer Landfriedensbruch
BEWEISE: keine
GRUND: angebliche Teilnahme an der Demonstration zum Roten Antikriegstag während der Olympiade in München 1972, bei der es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei kam.

Im Juli soll Volker zum 3.Mal in 3 Jahren der Prozeß gemacht werden.


Volker Nieber, 27 Jahre, Textilarbeiter und Genosse der KPD/ML

**Im Oktober '76 sprach die bürgerliche Klassenjustiz das erste Urteil gegen Volker Nieber aus: 16 Monate Gefängnis ohne Bewährung. Selbst die Staatsanwaltschaft mußte eingestehen, daß nicht einmal alle Beweise zusammen zur Verurteilung ausreichten. Entscheidend sei, daß Volker Kommunist sei und die Ziele der Demonstration gerechtfertigt habe. Die Berufung gegen das Urteil ergab im April '77: Freispruch! Wieder waren keine Beweise da. Aber: Volkers Kollegen hatten ihn zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt und unterstützten ihn voll. Aus dem ganzen Bundesgebiet kamen Protestbriefe an das Gericht. Um den Schein der Neutralität zu wahren, sprach das Gericht Genossen Nieber frei. Doch der Staatsanwalt legte Revision ein. Diesmal will die bürgerliche Justiz Volker endgültig verurteilen. Kämpfen wir dafür, daß die Rechnung des Gerichts nicht aufgeht! Schlagen wir den Angriff gemeinsam zurück! Freispruch für Volker! Der Prozeß findet statt am 11., 12. und 18. Juli, jeweils um 8.30 Uhr im Landgericht München 1, Justizgebäude Nymphenburgerstr. 16, 8 München 35. Der Vorsitzende Richter Schmidt hat die Telefonnummer (089) 5204/4580. Protestiert bei dem Richter gegen den Prozeß!**

### Freispruch in zweiter Instanz

**Bonn.** Das Bonner Jugendgericht hatte am 17. April in erster Instanz zwei Studenten zu je sechs Monaten Gefängnis für das Verteilen eines Flugblattes mit dem sogenannten „Buback-Nachruf" verurteilt. In zweiter Instanz hat die Große Bonner Jugendstrafkammer sie nun freigesprochen. Die Staatsanwaltschaft will allerdings in Berufung gehen.

### Prozeß gegen RA Newerla

**Stuttgart.** Seit Montag letzter Woche steht Rechtsanwalt Newerla in Stammheim vor Gericht. Ihm wird Beleidigung des Oberstaatsanwaltes Zeiss vorgeworfen, weil Rechtsanwalt Newerla ihn in einer Pressekonferenz als „Schreibtischmörder" bezeichnet hat. Dieser Oberstaatsanwalt Zeiss ist dafür verantwortlich, daß der im Hungerstreik befindliche Holger Meins damals nicht nach Stammheim abtransportiert wurde und so hätte gerettet werden können. Kampf der Kriminalisierung fortschrittlicher Anwälte!

### SS-Mitglieder Ratsherren in Bönen

**Unna/Bönen.** Die SS-Organisation HIAG in Unna-Bönen-Hamm ist mit 134 aktiven Mitgliedern die stärkste SS-Kreisgruppe in Nordrhein-Westfalen. Sie trifft sich regelmäßig in der Bönener Kneipe „Dellinghaus". Ihre Herbstfeier fand mit 300 Teilnehmern in dem NPD-Ausbildungszentrum in Kamen statt (In der Bredde 69), das als militärisches Ausbildungslager der Neonazis dient. Zwei der SS-Faschisten, Spring und Disselhoff, arbeiten als Ratsherren der FDP in der Gemeinde Bönen. Ein anderer SS-Faschist, Josef Salm, ist Mitglied der SPD. Er arbeitet im Durchgangslager Unna-Massen und wirbt dort unter den Aussiedlern aus Polen für die Mitgliedschaft in der SS-HIAG. Der Sprecher dieser SS-Truppe, Heinz Parbs, bewahrt, wie er örtlichen Journalisten bekannte, noch heute sein schwarzes SS-Uniformtuch mit dem Namenszug Adolf Hitlers auf. Er war Bataillonskommandeur der SS-Division „Hitlerjugend". Kämpfen wir gegen die Alt- und Neonazis! Tod dem Faschismus — Freiheit dem Volk!

### Neues von Filbinger

**Stuttgart.** Rechtsanwalt Heinz Funke, der den Stuttgarter Anwalt Armin Newerla verteidigt, erklärte letzte Woche während der Verhandlung, Filbinger habe während des zweiten Weltkrieges als Marinestabsrichter insgesamt 120 junge Matrosen zum Tode verurteilt. In Deutschland selbst habe er noch zwei Tage vor Einmarsch der Amerikaner drei junge Soldaten im Alter von 17 und 18 Jahren verurteilt und hinrichten lassen. Es gebe Bilder, die Filbinger lachend neben dem Exekutionskommando und vor den Beinen von Aufgehängten zeigen würden. Filbingers Anwalt erklärte sofort, die „Behauptungen seien so absurd, daß sich eine sachliche Erwiderung dazu erübrigt". Die Tatsachen, die bisher über Filbinger an die Öffentlichkeit gerieten, zeigen allerdings, daß diese Anschuldigungen keineswegs „absurd" sein müssen. Und auch „verschwundene" Akten werden nicht verhindern können, daß die Wahrheit über die gesamte Tätigkeit dieses „furchtbaren Juristen" aufgedeckt wird. Weg mit Filbinger!

### Landeskriminalamt erpreßt Rechtsanwalt

**Stuttgart.** Weil eine von zwei Landeskriminalamt-Fahndern beschattete junge Frau das Rechtsanwaltsbüro von Ulrich Cassel in Stuttgart aufsuchte, verlangte das Landeskriminalamt von dem Rechtsanwalt Namen und Anschrift seiner Mandantin. Rechtsanwalt Cassel weigerte sich mit dem Hinweis auf das Anwaltsgeheimnis und der wahrheitsgemäßen Aussage, seine Mandantin habe nichts mit der Schleyer-Entführung zu tun. Daraufhin erpreßte der LKA-Chefermittler den Anwalt, falls er nicht umgehend den Namen der Beschatteten bekannt gebe, werde er den Rechtsanwalt verhaften lassen. Der Haftbefehl sei beim Generalbundesanwalt leicht zu bekommen. Cassel gab unter Protest nach. Diese ungeheuerliche Erpressung zeigt, daß die Polizeibehörden systematisch alle demokratischen Rechte wie etwa die Verschwiegenheitspflicht des Rechtsanwalts, mit Füßen treten.

### Anonyme Denunziation

**Lahr.** Ein Brief an den Lahrer CDU-Landtagsabgeordneten Uhrig, zugleich Oberstudiendirektor und Vorsitzender des Kulturpolitischen Ausschusses im Landtag, reichte, um gegen die Lahrer Sonderschullehrerin Johanna Büchele ein Berufsverbotsverfahren anzuordnen. Uhrig warf diese üble Denunziation nicht in den Papierkorb, sondern leitete sie an das Oberschulamt Freiburg weiter. Die Anschuldigung: Frau Büchele sei Mitglied der DFU und habe Beziehungen zu einer Lehrerin, die als Sympathisantin des KBW gelte. Sie habe die ersatzlose Streichung des Paragrafen 218 gefordert. Nach dem Berufsverbotsverfahren, das „amtlich alle erhobenen Bedenken ausräumte", erklärte dieser Gesinnungsschnüffler Uhrig zynisch: „Frau Büchele ist im übrigen durch ihre höchst zwielichtigen Verhaltensweisen und Äußerungen selbst schuld an den Schwierigkeiten, in die sie geraten ist."

### Gesinnungs-TÜV

**Köln.** Der Technische Überwachungsverein Rheinland e. V. mit Sitz in Köln verlangt von allen 2.700 Beschäftigten eine schriftliche Einverständniserklärung zur „Durchleuchtung" durch den Verfassungsschutz und droht im Falle der Weigerung den Betroffenen mit Kündigung!

# Leserbriefe

Redaktion „Roter Morgen" Wellinghofer Str. 103 Postfach 30 05 26 46 Dortmund 30

## 11 Jahre Roter Morgen

**Werte Redaktion,**

zum 11-jährigen Bestehen (Roter Morgen) noch viele Fortschritte für ein vereintes, unabhängiges sozialistisches Deutschland. Das wünscht mit vielen Grüßen

Willi Kuckelkorn

Anbei: eine Spende von 15 DM ist mit diesem Brief eingezahlt worden.

*Für die Grüße und die Spende recht herzlichen Dank, Redaktion Roter Morgen.*

## Schweden und Deutsche — gemeinsam gegen Videla-Faschisten

Am 25. Juni wurde die Fußballweltmeisterschaft in Argentinien beendet. Auch die schwedische Mannschaft nahm dort teil, obwohl sich viele fortschrittliche Schweden gegen die Teilnahme ausgesprochen hatten.

Während des Besuchs in Argentinien sagte der Mannschaftskapitän Georg Erikson unter anderem folgendes: Wir sind mit der Veranstaltung vollkommen zufrieden. Argentinien ist ein ruhiges Land. Man soll dieses Land zu Hause in Schweden nicht tadeln. — Und der Hauptleiter der Mannschaft, Tore Brodd, widmete den Gastgebern einen Trinkspruch, den Personen also, die dem Mördergeneral Videla nahestehen. Solche Haltungen sind ein großer Propagandasieg für die einheimischen Faschisten!

Auch die Sportjournalisten der bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeitungen haben sich nicht für die Situation im Land interessiert, sondern nur Interesse für die Spiele und für das Schicksal der schwedischen Mannschaft gehabt.

Es war aber doch ein schwedischer Antifaschist und Fußballspieler in Buenos Aires. Er gehörte jedoch nicht zur Mannschaft. Mit Hilfe des Geldes, das von schwedischen Antifaschisten unter dem Motto „Sendet einen Antifaschisten nach Argentinien" gesammelt wurde, konnte er sich dort aufhalten und anschließend die finsteren Zustände schildern. Ich habe seinen Vortrag gehört.

Mit Interesse habe ich auch gelesen, was der „Rote Morgen" über die Weltmeisterschaft geschrieben hat. Sowohl in Deutschland als auch in Schweden müssen von der fortschrittlichen Bevölkerung die argentinischen Mördergenerale scharf verurteilt werden — und auch die ausländischen Herren, die den Videla-Faschisten in den letzten Wochen geholfen haben. Wir müssen auch die bürgerlichen und sozialdemokratischen Lügenjournalisten entlarven — in jeder Hinsicht.

**Ein Abonnent aus Göteborg**

## Woher stammen die Informationen?

**Liebe Genossen,**

ich schreibe Euch wegen des RM Nr. 22/78. Ich war richtig begeistert von dieser Ausgabe. Sie war nicht nur seitenmäßig stärker als die anderen Roten Morgen, sondern war auch durch die vielen verschiedenen Artikel aus den unterschiedlichsten Bereichen besonders vielseitig und ansprechend.

Nach dem Lob nun noch ein Hinweis: Ihr habt auf der Seite 11 einen Artikel unter der Überschrift „Internationaler Kindertag" geschrieben. Ich meine, daß die Informationen über Gründung, Anlaß und Initiative zu dem Tag nicht ausreichen. (*Anmerkung der Redaktion: Wir werden uns diesen Hinweis merken und ihn im nächsten Jahr, wenn sich der Internationale Kindertag — der Beschluß über seine Durchführung wurde von der Internationalen Demokratischen Frauenföderation im Jahre 1949 gefaßt — zum 30. Mal jährt, ausführlich darauf eingehen.*)

Dabei fällt mir noch ein anderer Artikel der letzten Zeit ein: Der Artikel über die Gründung des DGB war gut, besser wäre es aber in Zukunft, wenn Ihr auch angeben würdet, woher die Informationen stammen. (*Anmerkung der Redaktion: Wir holen das hiermit nach. Informationen über Geschichte und Gründung des DGB finden sich unter anderem in folgenden Büchern: „Zwischen Befreiung und Besatzung, Analysen des US-Geheimdienstes über Positionen und Strukturen deutscher Politik", Hrsg. von U. Boisdorf und L. Niethammer, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1977; E. Schmidt, „Die verhinderte Neuordnung — 1945-1952", Europäische Verlagsanstalt 1970; U. Schmidt/T. Fichter, „Der erzwungene Kapitalismus", Rotbuch 27, Wagenbach-Verlag 1972*].

Ich wünsche Euch allen weiterhin sehr viel Erfolg bei Eurer Arbeit und auch, daß der RM so gut und lebendig und interessant bleibt.

**Rotfront**

**Eine Lehrergenossin aus Hamburg**

***Damit möglichst viele Leser auf der Leserbriefspalte zu Wort kommen können, behält sich die Redaktion die Kürzung einzelner Zuschriften vor.***

## Veranstaltungen

**VERANSTALTUNG DER ROTEN GARDE**

**Westberlin:** Roter-Rebell-Pressefest am 15. Juli um 14 Uhr in den Räumen der Roten Garde, 1 Berlin 36 (Kreuzberg), Forsterstraße 3.

**„ROTES SPRACHROHR HAMBURG"**

Der Agit-Prop-Trupp stellt sein Programm für die dreiwöchige Gastspielreise durch die SVR Albanien vor. Am 8.7. um 19.00 Uhr, Gaststätte Jarresstadt, Jarresstr. 27.


**Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML**

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

Name: ....................

Straße: ....................

Plz/Ort: ....................

Datum: ............ Unterschrift: ....................

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.**


### Kampf gegen Stellenstreichungen in Kreuzberger Kindertagesstätten

# Eltern kämpfen für ihre Kinder

**Volkskorrespondenz aus Westberlin**

**Anfang des Jahres wurden im Westberliner Arbeiterbezirk Kreuzberg 17 Stellen für Erzieher in Kindertagesstätten (Kitas) gestrichen. Sieben Planstellen wurden gesperrt, weil am Stichtag im November letzten Jahres nicht alle Kitas 100-prozentig belegt waren. (Die 100-prozentige Belegung wird nicht daran gemessen, wieviel Kinder in einer Tagesstätte angemeldet sind, sondern wieviele am Stichtag anwesend sind!) Außerdem wurden die Mittel für Vertretungskräfte um 2/3 gesenkt.**

Die Auswirkungen dieser Maßnahmen bekamen die meisten Eltern, Erzieher und Kinder schon zu spüren. Infolge der Grippewelle im Februar/März dieses Jahres wurden viele Erzieher krank. Da es aber so gut wie keine Vertretungskräfte gab, hatten manche Erzieher plötzlich Gruppen von 30 und mehr Kindern zu betreuen. Die Erzieher waren abends mit den Nerven fertig und die Kinder nervös und unzufrieden. Schlimmer noch war, daß aufgrund der wenigen Vertretungskräfte manche Kreuzberger Kitas sogar kurz vor der Schließung standen, weil die Betreuung der Kinder nicht mehr gewährleistet war.

**Gegen diese Mißstände — man könnte noch viel mehr anführen — hatten Kreuzberger Eltern bereits im letzten Jahr einen Zahlungsboykott beschlossen. Bis Anfang des Jahres waren etwa 700 Unterschriften von ca. 2.000 Eltern zusammengekommen. Ab 1. April wurde der Zahlungsboykott durchgeführt. Ca. 180 Eltern beteiligten sich.** Das Bezirksamt, allen voran Stadtrat König, versuchte massiv, die Eltern unter Druck zu setzen und einzuschüchtern. Stadtrat König verschickte Rundbriefe an alle Eltern oder an die Elternvertreter, in denen er bei Beteiligung am Zahlungsboykott drohte, den Kitaplatz zu kündigen. Außerdem versuchte er, die gemeinsame Front von Eltern und Erziehern zu spalten, indem er den Erziehern und Kita-Leitungen verbot, Informationen zum Zahlungsboykott zu verteilen oder auf Elternabenden über den Zahlungsboykott zu sprechen. Außerdem verbot er den Elternvertretern, am Elternbrett Informationen über den Zahlungsboykott auszuhängen.

Anfang Juni beschloß dann der Bezirkselternausschuß — ohne die am Boykott beteiligten Eltern vorher zu fragen — mit knapper Mehrheit den Abbruch des Zahlungsboykotts. Die Partei verteilte anschließend vor fünf der 26 Kreuzberger Kindertagesstätten ein Flugblatt mit der Überschrift „Trotz Abbruch des Zahlungsboykotts — unser Kampf geht weiter!", das bei den Eltern viel Interesse fand. Wir werden uns weiter mit allen Kräften, zusammen mit allen aktiven Eltern und Erziehern, für die Interessen unserer Kinder einsetzen.

# Angriff auf Tagesmütter

Ich wohne in einem Westberliner Bezirk, in dem nicht genügend Kinderkrippenplätze vorhanden sind. Die Betreuung der Kinder berufstätiger Mütter übernehmen hier zum Teil sogenannte Tagespflegemütter. Diese erhalten vom Senat pro Tag und Kind 11,95 DM für einen Arbeitstag von bis zu 10 Stunden. Von diesem Geld müssen sie auch die Kinder verpflegen. Da bleibt natürlich nicht viel übrig. Aber damit nicht genug. Nun hat der Senat einen Angriff auf diese Tagesmütter geplant. Sie bekamen Bescheid, daß sie diesen lächerlichen Betrag auch noch rückwirkend von 1975 an versteuern müssen. Darüber sind die Tagesmütter natürlich empört. Ich sprach mit einer Tagesmutter, die bisher noch glaubte, in einem Gespräch mit der Jugendsenatorin von Westberlin ließe sich die Sache regeln. Sie hat inzwischen eingesehen, daß alle Tagesmütter den Kampf in die eigene Hand nehmen müssen. Dazu beigetragen hat die Aussage des Leiters der Tempelhofer Jugendstelle, der, angesprochen darauf, was der Senat zu tun gedenke, wenn alle Tagesmütter streiken würden, erklärte: Dann müßten eben die betroffenen berufstätigen Mütter ihre Arbeitsstelle aufgeben und zum Sozialamt gehen...

### Gegen die Berliner Internationalen Kulturtage

# Erfolgreiche Aktion in Kreuzberg

**Volkskorrespondenz aus Westberlin**

**Am Dienstag, den 20. Juni, hatten wir, der AP-Trupp „Roter Pfeffer" aus Westberlin, ein Treffen mit einem Verantwortlichen bei den Berliner Sommerfestspielen vereinbart. Er wollte sich uns ansehen, und zwar am Mariannenplatz (Bethanien-Krankenhaus). Um diese Zeit sollten gerade die BILT (Berliner Internationale Kulturtage) eröffnet werden. Und das ausgerechnet auf dem Mariannenplatz in Kreuzberg.**



Der Agitprop-Trupp „Roter Pfeffer" unterstützt den Kampf für den Erhalt der Mariannenwiese.

Um diesen Platz gab es in letzter Zeit heftige Auseinandersetzungen. Der Senat begann vor einiger Zeit mit dem „Umbau" der ehemals schönen, großen Grünfläche. Da, wo es früher die Kreuzberger noch die einzige Erholungsmöglichkeit hatten, sollen jetzt im Zuge der „Strategien für Kreuzberg" „moderne, zeitgemäße Anlagen" errichtet werden, es soll so etwas Ähnliches wie eine Reeperbahn werden.

Dagegen hat sich eine Bürgerinitiative gegründet. Der Bauzaun wurde mehrere Male eingerissen. Inzwischen wird er von bewaffneten Streifen bewacht. Zur Eröffnung der BILT wurde ein Zelt aufgestellt. Die Bürgerinitiative rief zum Boykott der Veranstaltung auf dem Mariannenplatz auf.

Der AP-Trupp „Roter Pfeffer" unterstützte die Forderungen der Bewohner und der Bürgerinitiative. Wir gingen zu dem Zelt — mit Masken und Trommel — wo sich einige hundert Leute versammelt hatten und forderten sie auf, auf die andere Straßenseite zu kommen, wo wir Theater spielen würden.

Ca. 100 Menschen folgten dem Aufruf und schauten sich den Auftritt des „Roten Pfeffer" an. Wir spielten das Rationalisierungsstück, die KOB-Pantomime, sowie das Geldsack-Lied. Zu den anstehenden KOB-Prozessen sammelte eine Genossin 12,50 Mark. Danach wurden die Leute von uns aufgefordert, zurück zum Zelt zu gehen, um die Veranstaltung zu verhindern. **Das Zelt wurde gestürmt und nach zwei Stunden mußte die Veranstaltung an einen anderen Ort verlegt werden.**

**Agitprop-Trupp „Roter Pfeffer"**

# Mietwucher — oder christliche Nächstenliebe?

**Volkskorrespondenz aus Heidenheim**

Ort der Handlung: Caritas-Altenheim in Heidenheim. „Bitte reg' di et so auf, du woischd doch, daß des dir et guat duat." Mein Onkel war den Tränen nahe. Immer wieder sagte er: „Stell dir vor, so viel Geld, mei ganza Rent'!" Stumm saß ich auf meinem Stuhl. 1.500 DM muß er im Monat an das Altersheim zahlen, erzählte er mir. 1.500 DM — eine Menge Geld! Und wofür? Ist es etwa ein so „feudaler Schuppen"? Nein. Das Altersheim gehört der Caritas und ist in einem ehemaligen Krankenhaus mitten in der Stadt untergebracht. Und mein Onkel bewohnt nicht ein Luxusappartement, sondern muß sich das Zimmer mit noch drei anderen teilen. Kommentar erübrigt sich, oder?

# Werkschutz durchsucht Arbeiterwohnungen

**Schichtwechsel bei den Chemischen Werken Hüls in Marl: Jeder, der das Werksgelände betritt oder verläßt, muß bei dem Werkschutz-Posten am Tor seinen Werksausweis vorzeigen. Stichprobenartig wird der Inhalt von Taschen kontrolliert. Das ist der Alltag für die 15.000 Beschäftigten der CWH.**

Eine Sendung des Fernsehmagazins „report“ vor einigen Wochen hat enthüllt, daß der CWH-Werkschutz noch zu ganz anderen Methoden der Bespitzelung und Unterdrückung greift: Er nimmt Hausdurchsuchungen vor. Die Sendung hat bei den CWH-Arbeitern eine Welle der Empörung ausgelöst. Wir haben daraufhin die Praktiken des Werkschutzes einmal näher unter die Lupe genommen.



Schichtwechsel bei den Chemischen Werkstätten in Marl

Ein Beispiel: Am 14. 9. 1977 ist ein Arbeiter in einer Werkshalle mit Aufräumarbeiten beschäftigt. Er lädt eine Plastiktüte auf seinen Gabelstapler, um sie zum Abfall zu bringen. Dabei wird er von einer Werkschutz-Streife beobachtet. Der Inhalt der Plastiktüte wird untersucht. Man findet ein Kupferkabel. Für den Werkschutz ist der Fall klar: Diebstahlversuch. Der Ermittlungsdienst des Werkschutzes vernimmt den Kollegen. Anschließend: Hausdurchsuchung in dessen Privatwohnung!

Es handelt sich beileibe nicht um einen Einzelfall. Eine Rate von zehn Hausdurchsuchungen pro Jahr gibt der Werkschutz selbst zu. Er stützt sich dabei auf eine Arbeitsordnung aus dem Jahre 1968. Diese Arbeitsordnung gibt dem Werkschutz das Recht auf Leibesvisitation und Hausdurchsuchungen bei jedem Werksangehörigen. Jeder Arbeiter und Angestellte muß sie bei seiner Einstellung anerkennen. Diese skandalöse Arbeitsordnung ist damals zwischen Werksleitung und dem IG-Chemie-Betriebsrat vereinbart worden. Noch heute rechtfertigt der Betriebsrat offen seinen unverschämten Verrat an den Interessen der Chemiearbeiter: „Ermittlungen des Werkschutzes... geschehen zu Recht nicht nur im Auftrag und Interesse des Arbeitgebers, sondern auch im Interesse der Mitarbeiter.“ So schreibt er in der Juni-Ausgabe der VWH-Werkszeitung.

Natürlich, für eine Hausdurchsuchung braucht der Werkschutz das Einverständnis des Betroffenen. Aber, so sagt uns ein CWH-Arbeiter, mit dem wir darüber sprachen: „Wenn die kommen und sagen, Sie werden beschuldigt, das und das gemacht zu haben, wir wollen das mal nachprüfen — dann sag' du mal nein. Dann heißt es automatisch, der hat Dreck am Stecken.“ In solchen Fällen wird der Arbeiter mit der Drohung erpresst, die Kripo einzuschalten.

Gegenüber den Arbeitern wird so getan, als ob die Tätigkeit des Werkschutzes hauptsächlich auf die Aufklärung von Diebstählen, Parkplatzbewachung und ähnliches gerichtet sei. Aber: Im ganzen Jahr 1977 hat der Werkschutz Diebesgut im Werte von 17.500 DM wiederbeschafft. Eine lächerliche Summe. Soviel legen die CWH-Bosse pro Schicht an Gehältern für ihre Werkschutztruppe hin.

Wozu ist der Werkschutz wirklich da? Gerd Baitz, der Leiter dieser Truppe, wird in einem Interview mit der „Marler Zeitung“ schon etwas deutlicher: Seine Hauptaufgabe sei die „Sicherung des Werksgeländes gegen Anschläge, Spionage und ähnliche Bedrohungen.“ Baitz kennt sich auf diesem Gebiet bestens aus. **Wir fanden heraus, daß dieser Herr Baitz in den fünfziger Jahren — also vor seiner Karriere bei CWH — in Westberlin ansässig war. Von dort aus befehligte er die „Operative Abteilung“ der sogenannten „Kampfgruppe gegen die Unmenschlichkeit“. Hinter diesem wohlklingenden Namen verbarg sich eine der berüchtigsten, vom CIA finanzierten und gesteuerten Terror- und Spionageorganisationen. Unter Baitz organisierte die „Operative Abteilung“ Terroranschläge, Spionage, erpresserische Abwerbung und andere Verbrechen gegen die damals noch sozialistische DDR. Für die CWH-Bosse war ein Mann mit solchen Erfahrungen im terroristischen Kampf gegen den Kommunismus natürlich genau der richtige Chef für ihren Werkschutz.**



In diesem Haus wohnt der Werkschutzchef Baitz

Heute befehligt Baitz eine Truppe von annähernd 200 Werkschützern. Das macht: ein Werkschutzmann auf 75 Beschäftigte! „Eine richtige kleine Armee“, so drückte das ein CWH-Arbeiter aus. Auf die Frage nach der Bewaffnung sagte er uns: „Als die Sache mit den Terroristen anfing, hat der Werkschutz einen Antrag auf Bewaffnung gestellt. Das wurde damals vom Betriebsrat abgelehnt. Was hintenrum gemacht worden ist, das weiß niemand.“

Es ist klar, daß sich der CWH-Werkschutz für die Niederhaltung offener Kämpfe der CWH-Arbeiter rüstet. Heute versucht er noch, jede revolutionäre Organisation im Betrieb im Keim zu ersticken. Oft genug sind in den letzten Jahren Autokennzeichen unserer Flugblattverteiler vom Werkschutz für dessen Schwarze Liste notiert worden. Selbst der Genosse, der vor 14 Tagen für diesen Bericht einige Fotos vom Werk schoß und anschließend mit dem Fahrrad nach Hause fuhr, wurde von einem Werkschutzwagen solange verfolgt, bis er ihn abhängte.

Die Angst der Chemiekapitalisten vor dem, was auf sie zukommt, ist berechtigt. Die Stillegung des Werkteils „Faserwerke Hüls“ Anfang des Jahres vernichtete einige Hundert Arbeitsplätze. Ein Teil der Kollegen wurde mit einer Abfindung abgespeist, ein Teil wurde übernommen, etliche jedoch mußten dabei Zurückstufungen in Kauf nehmen. Mit dieser Stillegung wurde begründet, daß ein Drittel der Lehrlinge dieses Lehrjahres nicht übernommen werden soll. Daraufhin traten die CWH-Lehrlinge in einen mutigen Kampf gegen ihre Nichtübernahme (siehe Roter Morgen Nr. 24). Wenn dieser Funke überspringt, dann werden Leibesvisitationen, Hausdurchsuchungen usw. bei den aktivsten Kämpfern den Kampf im Betrieb zwar behindern, aber nicht mehr aufhalten können.

Um die Erregung im Betrieb zu dämpfen, hat der CWH-Betriebsrat die Arbeitsordnung gekündigt. Seine Forderung: Bei jeder Hausdurchsuchung soll nun ein Vertreter des Betriebsrates hinzugezogen werden (!!). Der Betriebsrat will also bei der Bespitzelung und Unterdrückung der Kollegen nicht abseits stehen und dem Ganzen sogar noch ein demokratisches Mäntelchen umhängen. Die richtige Forderung dagegen muß heißen: **Weg mit dem Hausdurchsuchungsparagraphen!**




Trotz Unterdrückungsmaßnahmen der Kapitalisten und ihres Werkschutzes — der Kampf in den Chemischen Werken Hüls nimmt zu. 120 Lehrlinge demonstrierten am 11. Mai 1978 in der Mittagspause vor dem Verwaltungsgebäude für die Übernahme aller




Plakat der Lehrlinge von den Chemischen Werken Hüls

## Chemische Werke Hüls



## Früher: Leiter einer Terror-Organisation Heute: Werkschutzchef

Gerd Baitz, geboren am 18. 8. 1923 in Berlin, war während des Zweiten Weltkrieges in einer Fallschirmjäger-Einheit der faschistischen Wehrmacht. Nach seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft trat er sofort in den Berliner Polizeidienst ein und stieg nach der Spaltung der deutschen Hauptstadt in kurter Zeit zum Leiter der Kriminalpolizei im amerikanischen Sektor (German Criminal Investigation Service/GCIS) auf. Bedingt durch seine Dienststellung hatte er sehr enge Verbindungen zum amerikanischen Geheimdienst.



Gerd Baitz zur Zeit, als er Chef einer Terror-Organisation war.

1951 stieg er, vermutlich durch Weisung des amerikanischen Geheimdienstes, bei der Polizei aus und übernahm die Leitung der „Operativen Abteilung“ der „Kampfgruppe gegen die Unmenschlichkeit“ (KGU), einer Sabotage- und Terror-Organisation gegen die damals noch sozialistische DDR. Diese Organisation, die Mitte der fünfziger Jahre aus einem engeren Kreis von etwa 500 Mitglieder und einem etwa 1.000 Mann starken Agentenring bestand, wurde hauptsächlich von dem amerikanischen Geheimdienst CIC (später CIA) finanziert; zeitweise bekam sie auch finanzielle Unterstützung durch die Stadt Berlin und den Bundesinnenminister.

Die sogenannte „Operative Abteilung“, die Baitz leitete, organisierte Sabotage und Zersetzungstätigkeit. Zum Beispiel: Am 26. 2. 1952 Stillegung einer Hydraulikpresse durch Säure. Am 12. 6. 1951 wurde Milch durch Saccharin ungenießbar gemacht. Im Juni 1953 wurde ein ganzer Buttertransport ranzig, indem er auf ein Nebengleis umgelenkt wurde. Der KGU-Agent Burianek wurde in der DDR zum Tode verurteilt, weil er eine Eisenbahnbrücke in dem Augenblick sprengen wollte, als ein D-Zug darüberfuhr. Der ebenfalls zum Tode verurteilte KGU-Agent Benkowitz bereitete vor, die Saaletalsperre und die Sechsbogenbrücke bei Weimar zu sprengen. Unter der Leitung von Baitz wurden im „Chemisch-technischen Laboratorium“ der KGU Kontaktgifte entwickelt, mit denen Funktionäre in der DDR vergiftet werden sollten. Ob dieser Plan zur Ausführung gelangte, ist unbekannt.

Es ist bezeichnend, daß der organisatorische Leiter dieser Verbrecherbande nun als Leiter des Werkschutzes von CWH das Werksgelände „gegen Anschläge, Spionage und ähnliche Bedrohungen sichern“ soll. Für die Kapitalisten ist ein Mann mit dieser terroristischen Vergangenheit, mit diesem mörderischen Haß auf den Kommunismus anscheinend der richtige Mann für ihre Privatpolizei.

(Informationen aus: „Unmenschlichkeit als System“, Berlin 1957; Karl Heinz Roth, „Invasionsziel: DDR“, Hamburg 1971)

## Frankreich: Vier Streikende verletzt

In Frankreich gingen auch in der letzten Woche die Streikkämpfe und Fabrikbesetzungen weiter. So hielten auch die Arbeiter im Preßwerk von Renault/Flins die Besetzung des Werkes aufrecht. Wie berichtet wird, kam es dort in der vergangenen Woche zu schweren Auseinandersetzungen mit Streikbrechern. Dabei wurden vier Streikende so stark verletzt, daß sie ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Aber auch dieser Terrorakt konnte den Streik der Kollegen nicht brechen. Er führte nur dazu, daß danach im gesamten Produktionsbereich von Renault in Flins die Arbeit zum Erliegen kam.

## Frankreich: Textilarbeiter errichten Straßensperren

Zehntausende von Textilarbeitern in Ostfrankreich sind von der Arbeitslosigkeit bedroht. So steht etwa der Boussac-Konzern (11.000 Arbeiter) kurz vor der Pleite. In anderen Textilbetrieben sind schon Massenentlassungen vorgenommen worden oder angekündigt. Um sich dagegen zu wehren und ihre Arbeitsplätze zu verteidigen, haben die Arbeiter unter anderem auch Straßensperren in der Nähe ihrer Betriebe errichtet. So sperrten etwa die Boussac-Arbeiter für mehrere Tage die Nationalstraße 57. Die Führer der revisionistischen Gewerkschaft CGT sind ihnen dabei in den Rücken gefallen, indem sie die Kampfaktionen der Arbeiter als „abenteuerlich" beschimpften.



## Spanien: Wieder Polizeimorde

Um die anhaltenden Massenkämpfe im Baskenland zu unterdrücken, hat die Polizei des Madrider Regime die ganze Provinz mit einem Netz von Straßenkontrollen überzogen. Mit faschistischem Terror gehen schwerbewaffnete Einheiten gegen die Werktätigen vor. So wurden allein in der vergangenen Woche zwei Jugendliche an den Straßensperren erschossen, weil sie angeblich nicht sofort auf Anordnungen der Polizei reagierten.

## Australien: Eisenbahnerstreik bringt Schienenverkehr zum Erliegen

In der vergangenen Woche sind 11.000 Lokomotivführer in Australien in einen unbefristeten Streik getreten. Sie wehren sich mit dieser Kampfmaßnahme gegen eine Aushöhlung der Lohntarife. Der Streik brachte nahezu den gesamten Eisenbahnverkehr zum Erliegen.

## Nicaragua: Streiks und bewaffnete Aktionen

Nach amtlichen Berichten sind allein in der Stadt Masaya in der letzen Zeit über 100 Anschläge auf Einrichtungen der faschistischen Diktatur verübt worden. Die Beschäftigten der Krankenhäuser traten in einen Streik für höhere Löhne. Die Schulen im ganzen Land mußten geschlossen werden, weil die Schüler in einen Proteststreik gegen das faschistische Regime getreten sind. Auch die Studenten beteiligten sich an den Kampfmaßnahmen. Sie fordern unter anderem die Freilassung von politischen Gefangenen.

## Simbabwe (Rhodesien): Massaker der Rassisten

In allen Einzelheiten malte die Bonner Presse in der vergangenen Woche mehrere Überfälle auf Missionsstationen in Simbabwe aus, bei denen auch zwei westdeutsche Jesuiten ermordet wurden. Dabei hetzte die Lumpenpresse auf einer Wellenlänge mit den rhodesischen Rassisten gegen die bewaffneten Patrioten von Simbabwe und machte sie für die Massaker verantwortlich. Sprecher der Patrioten erklärten jedoch, daß schwarze Söldnertruppen des rassistischen Regimes selbst die Massaker begangen hätten, um Stimmung gegen den gerechten Befreiungskampf des Volkes von Simbabwe zu machen. Tatsächlich kündete der Rassisten-Chef Smith an, seine Truppen würden mit noch größerer Härte gegen die Patrioten vorgehen. Und der rhodesische Bischof Burrough schrie sogar nach einem Einsatz britischer Truppen.



Die schmutzigen Manöver des Smith-Regime, mit denen den Patrioten Mordtaten in die Schuhe geschoben werden sollen, sind nicht neu. Das Regime unterhält für die Durchführung solcher Manöver eine eigene Truppe, die berüchtigten „Selous Scouts", in der ausländische Söldner — darunter auch ehemalige Soldaten der Bundeswehr — und schwarze Verräter dienen. Im letzten Jahr enthüllte zum Beispiel die Lehrerin Brigit Parsones ein solches Verbrechen. Die „Selous Scouts" hatten Kinder einer Schulklasse massakriert und am Ort des Verbrechens die Leiche eines Patrioten zurückgelassen. Sogar die katholische Bischofskonferenz von Rhodesien beschuldigte im vergangenen Jahr in einem Bericht das Smith-Regime, „für den größten Teil der Morde verantwortlich zu sein, die Guerillas und Aufständischen zur Last gelegt werden."

## Mexiko: Elendsviertel dem Erdboden gleichgemacht

18.000 Menschen lebten in der Barakkenstadt am südlichen Stadtrand von Mexiko City: ruinierte Bauern, andere Werktätige ohne Beschäftigung, die auf der Suche nach Arbeit in die Hauptstadt gekommen waren. Jetzt ist von ihren armseligen Behausungen nichts mehr übrig geblieben. Um die Hauptstadt zu „verschönern", wie es in offiziellen Erklärungen zynisch hieß, waren Tausende von Polizisten aufgeboten worden, um das Elendviertel zu zerstören. Dabei wurden auch Hubschrauber eingesetzt, von denen aus die Baracken mit Flammenwerfern in Brand gesetzt wurden. Um das nackte Leben zu retten, mußten viele Einwohner ihre Habe in der Flammenhölle zurücklassen.

Rund 4.500 Studenten demonstrierten in der mexikanischen Stadt Matamoros gegen die Ermordung eines Jugendlichen durch die Polizei. Die Demonstranten griffen das Rathaus und Banken an, die sie teilweise in Brand setzten. Polizei- und Armee-Einheiten wurden gegen die Studenten eingesetzt. Sie gingen mit äußerster Brutalität gegen die Demonstranten vor und erschossen mindestens vier von ihnen.

## HÖRT RADIO TIRANA

| UHRZEIT | WELLENLÄNGE | | |
|---|---|---|---|
| | 1. Programm | | |
| 13.00-13.30 | 9350 kHz | 32,08 m | KW |
| | 7300 kHz | 41,10 m | KW |
| 14.30-15.00 | 9350 kHz | 32,08 m | KW |
| | 7300 kHz | 41,10 m | KW |
| 16.00-16.30 | 9350 kHz | 32,08 m | KW |
| | 7300 kHz | 41,10 m | KW |
| 18.00-18.30 | 9350 kHz | 32,08 m | KW |
| | 7300 kHz | 41,10 m | KW |
| 19.00-19.30 | 7300 kHz | 41,10 m | KW |
| | 5945 kHz | 50,46 m | KW |
| | 2. Programm | | |
| 21.30-22.00 | 7300 kHz | 41,10 m | KW |
| | 5945 kHz | 50,46 m | KW |
| | 1394 kHz | 215 m | MW |
| 23.00-23.30 | 7300 kHz | 41,10 m | KW |
| | 5945 kHz | 50,46 m | KW |
| | 1457 kHz | 206 m | MW |
| 06.00-06.30 | 7300 kHz | 41,10 m | KW |
| | 5945 kHz | 50,46 m | KW |
| | 1394 kHz | 215 m | MW |



### Schmidt in Afrika

# Wieder die alten, dreisten Lügen

**Es war das erste Mal, daß ein Bonner Kanzler Schwarzafrika besuchte. Schmidt hatte sich für seine Reise in der letzten Woche die Staaten Nigeria und Sambia ausgesucht. der Kanzler kam in der Maske eines reichen Onkels, der mit großzügigen Krediten nicht geizt. Er spielte sich auf als ein Freund der afrikanischen Völker und sparte nicht mit harten Worten gegen die Rassisten-Regime im südlichen Afrika. In Sambia traf er sogar mit einem Führer der Patrioten von Simbabwe zusammen und äußerte „Verständnis" für den Befreiungskampf gegen die Rassisten.**

Aber trotzdem blies dem Bonner Regierungschef ein scharfer Wind entgegen. Die Völker Afrikas nämlich sind nicht bereit, die großen Worte aus Bonn für bare Münze zu nehmen. So wurde Schmidt heftig angegriffen wegen der militärischen und atomaren Zusammenarbeit der westdeutschen Imperialisten mit den rassistischen Regime im südlichen Afrika. Schon auf der ersten Station seiner Reise, in Nigeria, sah sich der Bonner Kanzler gezwungen, zu diesen berechtigten Vorwürfen Stellung zu beziehen. Aber mit der unverschämten Arroganz, für die er bekannt ist, ging er über alle Tatsachen einfach hinweg. Ein Waffenexport nach Südafrika, so verkündete er, findet nicht statt, denn er ist nach dem Kriegswaffenkontroll- und Außenwirtschaftsgesetz der Bundesrepublik verboten. So einfach ist das also!

Sicher gibt es ein solches Gesetz, das den Waffenexport in Krisengebiete untersagt. Sicher ist aber auch, daß sich die westdeutschen Imperialisten einen Dreck um ihre eigenen Gesetze kümmern, wenn es um ihre Profite, um Einflußsphären geht, und daß es heute kaum ein Krisengebiet gibt, wo nicht mit Waffen aus westdeutschen Rüstungskonzernen geschossen wird. Und wie steht es mit Südafrika? Hier nur einige Beispiele:

- Der Siemens-Konzern hat Anlagen für die Raketenbasis St. Lucia am Indischen Ozean gebaut.
- Die AEG errichtete den riesigen Spionagestützpunkt „Advokaat". Federführend bei dem Projekt war der ehemalige Fernmeldeoffizier der Bundeswehr, Helmut Bodenbender.
- An der Errichtung einer Uran-Anreicherungsanlage in der Provinz Transvaal, die das Material für die Atomwaffen-Produktion der südafrikanischen Rassisten liefert, sind unter anderem beteiligt: Siemens, die STEAG, die Gutehoffnungshütte und Linde.
- der Rüstungskonzern MBB liefert Milan-Raketen, die Hamburger Werft Blohm & Voss Kriegsschiffe, die VFW-Flugzeugwerke Transall-Maschinen usw. usf. In einem einzigen Jahr — 1976 — gingen Waffen für 240 Millionen Mark aus westdeutschen Rüstungsfabriken nach Südafrika.



Schmidt inspiziert das VW-Werk in Lagos, Nigeria. 112 Wagen laufen hier pro Tag vom Band. VW hat einen Marktanteil von ca. 20 % in Nigeria. Der Stundenlohn eines angelernten Arbeiters liegt bei einer Mark.

Das sind die Tatsachen, die auch von den dreisten Lügen eines Schmidt nicht unter den Tisch gekehrt werden können. Er ist als der Vertreter einer Macht nach Afrika gekommen, die bedingungslos und mit allen Mitteln die Todfeinde der Völker Afrikas, die Rassisten, stützt. Die westdeutschen Imperialisten haben Milliarden in Südafrika investiert, und sie versuchen, auch im übrigen Afrika ihren Einfluß zu vergrößern. So schloß Schmidt etwa in Sambia ein Abkommen, das es den westdeutschen Gesellschaften „Saar-Bergbau" und „Interplan" erlaubt, in großem Maßstab die Uran-Vorkommen des Landes abzubauen.

Und einige Wochen ist es erst her, daß sich Bonn an der NATO-Invasion gegen den Kongo beteiligte. Heute steht die gesamte Wirtschaft dieses Landes unter der direkten Kontrolle der westlichen Imperialisten. Als „erster Direktor" der Zentralbank des Kongo wurde ein hoher Beamter aus Bonn eingesetzt. Welch ein Hohn — angesichts der Tatsachen — wenn Schmidt jetzt in Afrika davon sprach, seine Regierung stünde „immer an der Seite derjenigen, die sich für Gleichberechtigung einsetzen". Schrankenlose Ausplünderung der afrikanischen Rohstoffe, Ausbeutung der billigen Arbeitskraft, Eroberung von Märkten für ihre Waren — darum geht es den westdeutschen genau wie allen anderen Imperialisten in Afrika. Der Kampf, den die afrikanischen Völker gegen diese imperialistischen Räuber führen, ist gerecht und verdient die volle Unterstützung der Werktätigen unseres Landes.

### Chinesische Revisionisten

# Tito als „Marxist-Leninist" bezeichnet

**Zu dem Parteitag der jugoslawischen Tito-Clique, der kürzlich in Belgrad über die Bühne ging, sandten auch die chinesischen Revisionisten ein Grußtelegramm (der RM berichtete darüber). Jetzt liegt uns dieses Telegramm im Wortlaut vor. Es heißt darin unter anderem: „Der vom Genossen Tito, dem hervorragenden Führer der Völker aller Nationalitäten in Jugoslawien, geführten Bund der Kommunisten Jugoslawiens hat die allgemeine Wahrheit des Marxismus-Leninismus in konkreter Weise auf Jugoslawien angewandt."**

Man glaubt nicht richtig zu hören. Tito, den Schlächter an den Völkern Jugoslawiens, in dessen Zuchthäusern Tausende Werktätige gefoltert und hingemordet werden — ihn, den Vorreiter des modernen Revisionismus, bezeichnen die neuen Herren Pekings als einen Marxisten-Leninisten, als einen „hervorragenden Führer" der Völker. Und seine Clique — so heißt es weiter in dem Telegramm — habe „bei der Sache des Sozialismus fortwährend Siege errungen". Welch eine Verhöhnung der Völker Jugoslawiens, die im Elend leben, ihre Söhne und Töchter zur Arbeit ins Ausland schicken müssen; für die Werktätigen, die für die Profite der revisionistischen Herren schuften müssen, während diese Elemente — getreu dem Beispiel Titos — ein Luxusleben führen.

Weiter heißt es in dem Telegramm: „In der Geschichte teilen China und Jugoslawien eine gemeinsame Erfahrung. Nach dem Sieg in der Revolution hielten beide an der Politik eines unabhängigen und initiativen Aufbaus des Sozialismus fest." Das ist ein dreister und unverhohlener Angriff auf das damalige sozialistische Lager. Denn worin bestand denn dieser sogenannte „unabhängige Aufbau", wie er in Jugoslawien von der Tito-Clique betrieben wurde? Eben darin, die Grenzen des Landes weit zu öffnen für das amerikanische Kapital, den Kapitalismus allseitig wiederherzustellen und eine Wühl- und Spaltertätigkeit gegen das sozialistische Lager aufzunehmen.

Es ist bekannt, daß die damalige kommunistische Weltbewegung der Tito-Clique die Quittung gegeben, sie einhellig als Agenten-Truppe des US-Imperialismus gebrandmarkt und aus ihren Reihen ausgeschlossen hat. Heute nun stellen sich die chinesischen Revisionisten hin und bejubeln das Überlaufen der Tito-Clique zum US-Imperialismus als „unabhängigen Aufbau". Was wollen sie denn damit sagen? Doch genau das: Die Länder, die damals wirklich am Aufbau des Sozialismus, am proletarischen Internationalismus und an der Freundschaft mit der Stalinschen Sowjetunion festhielten, diese Länder sind angeblich nicht unabhängig gewesen. Damit wärmen die chinesischen Revisionisten die reaktionären Propaganda-Lügen auf, nach denen die Länder des damaligen sozialistischen Lagers unter der Knute Stalins gelitten hätten. Und was tun sie damit anderes, als genau das nachzuplappern, was alle Revisionisten vor ihnen auch erzählt haben, angefangen bei Tito selbst, über Chruschtschow bis hin zu Berlinguer.

Es ist bemerkenswert, daß die chinesischen Revisionisten im Zusammenhang mit Titos sogenanntem „unabhängigen Aufbau" von „gemeinsamen Erfahrungen" sprechen. Dadurch machen sie deutlich, daß dieser Aufbau nach Art von Jugoslawien — der Ausverkauf an den Imperialismus und die sozialfaschistische Niederhaltung der Volksmassen — ihr Vorbild ist.

## Frankreich: Vier Streikende verletzt

In Frankreich gingen auch in der letzten Woche die Streikkämpfe und Fabrikbesetzungen weiter. So hielten auch die Arbeiter im Preßwerk von Renault/Flins die Besetzung des Werkes aufrecht. Wie berichtet wird, kam es dort in der vergangenen Woche zu schweren Auseinandersetzungen mit Streikbrechern. Dabei wurden vier Streikende so stark verletzt, daß sie ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Aber auch dieser Terrorakt konnte den Streik der Kollegen nicht brechen. Er führte nur dazu, daß danach im gesamten Produktionsbereich von Renault in Flins die Arbeit zum Erliegen kam.

## Frankreich: Textilarbeiter errichten Straßensperren

Zehntausende von Textilarbeitern in Ostfrankreich sind von der Arbeitslosigkeit bedroht. So steht etwa der Boussac-Konzern (11.000 Arbeiter) kurz vor der Pleite. In anderen Textilbetrieben sind schon Massenentlassungen vorgenommen worden oder angekündigt. Um sich dagegen zu wehren und ihre Arbeitsplätze zu verteidigen, haben die Arbeiter unter anderem auch Straßensperren in der Nähe ihrer Betriebe errichtet. So sperrten etwa die Boussac-Arbeiter für mehrere Tage die Nationalstraße 57. Die Führer der revisionistischen Gewerkschaft CGT sind ihnen dabei in den Rücken gefallen, indem sie die Kampfaktionen der Arbeiter als „abenteuerlich" beschimpften.



## Spanien: Wieder Polizeimorde

Um die anhaltenden Massenkämpfe im Baskenland zu unterdrücken, hat die Polizei des Madrider Regime die ganze Provinz mit einem Netz von Straßenkontrollen überzogen. Mit faschistischem Terror gehen schwerbewaffnete Einheiten gegen die Werktätigen vor. So wurden allein in der vergangenen Woche zwei Jugendliche an den Straßensperren erschossen, weil sie angeblich nicht sofort auf Anordnungen der Polizei reagierten.

## Australien: Eisenbahnerstreik bringt Schienenverkehr zum Erliegen

In der vergangenen Woche sind 11.000 Lokomotivführer in Australien in einen unbefristeten Streik getreten. Sie wehren sich mit dieser Kampfmaßnahme gegen eine Aushöhlung der Lohntarife. Der Streik brachte nahezu den gesamten Eisenbahnverkehr zum Erliegen.

## Nicaragua: Streiks und bewaffnete Aktionen

Nach amtlichen Berichten sind allein in der Stadt Masaya in der letzen Zeit über 100 Anschläge auf Einrichtungen der faschistischen Diktatur verübt worden. Die Beschäftigten der Krankenhäuser traten in einen Streik für höhere Löhne. Die Schulen im ganzen Land mußten geschlossen werden, weil die Schüler in einen Proteststreik gegen das faschistische Regime getreten sind. Auch die Studenten beteiligten sich an den Kampfmaßnahmen. Sie fordern unter anderem die Freilassung von politischen Gefangenen.

## Simbabwe (Rhodesien): Massaker der Rassisten

In allen Einzelheiten malte die Bonner Presse in der vergangenen Woche mehrere Überfälle auf Missionsstationen in Simbabwe aus, bei denen auch zwei westdeutsche Jesuiten ermordet wurden. Dabei hetzte die Lumpenpresse auf einer Wellenlänge mit den rhodesischen Rassisten gegen die bewaffneten Patrioten von Simbabwe und machte sie für die Massaker verantwortlich. Sprecher der Patrioten erklärten jedoch, daß schwarze Söldnertruppen des rassistischen Regimes selbst die Massaker begangen hätten, um Stimmung gegen den gerechten Befreiungskampf des Volkes von Simbabwe zu machen. Tatsächlich kündete der Rassisten-Chef Smith an, seine Truppen würden mit noch größerer Härte gegen die Patrioten vorgehen. Und der rhodesische Bischof Burrough schrie sogar nach einem Einsatz britischer Truppen.



Die schmutzigen Manöver des Smith-Regime, mit denen den Patrioten Mordtaten in die Schuhe geschoben werden sollen, sind nicht neu. Das Regime unterhält für die Durchführung solcher Manöver eine eigene Truppe, die berüchtigten „Selous Scouts", in der ausländische Söldner — darunter auch ehemalige Soldaten der Bundeswehr — und schwarze Verräter dienen. Im letzten Jahr enthüllte zum Beispiel die Lehrerin Brigit Parsones ein solches Verbrechen. Die „Selous Scouts" hatten Kinder einer Schulklasse massakriert und am Ort des Verbrechens die Leiche eines Patrioten zurückgelassen. Sogar die katholische Bischofskonferenz von Rhodesien beschuldigte im vergangenen Jahr in einem Bericht das Smith-Regime, „für den größten Teil der Morde verantwortlich zu sein, die Guerillas und Aufständischen zur Last gelegt werden."

## Mexiko: Elendsviertel dem Erdboden gleichgemacht

18.000 Menschen lebten in der Barakkenstadt am südlichen Stadtrand von Mexiko City: ruinierte Bauern, andere Werktätige ohne Beschäftigung, die auf der Suche nach Arbeit in die Hauptstadt gekommen waren. Jetzt ist von ihren armseligen Behausungen nichts mehr übrig geblieben. Um die Hauptstadt zu „verschönern", wie es in offiziellen Erklärungen zynisch hieß, waren Tausende von Polizisten aufgeboten worden, um das Elendviertel zu zerstören. Dabei wurden auch Hubschrauber eingesetzt, von denen aus die Baracken mit Flammenwerfern in Brand gesetzt wurden. Um das nackte Leben zu retten, mußten viele Einwohner ihre Habe in der Flammenhölle zurücklassen.

Rund 4.500 Studenten demonstrierten in der mexikanischen Stadt Matamoros gegen die Ermordung eines Jugendlichen durch die Polizei. Die Demonstranten griffen das Rathaus und Banken an, die sie teilweise in Brand setzten. Polizei- und Armee-Einheiten wurden gegen die Studenten eingesetzt. Sie gingen mit äußerster Brutalität gegen die Demonstranten vor und erschossen mindestens vier von ihnen.

## HÖRT RADIO TIRANA

| UHRZEIT | WELLENLÄNGE | | |
|---|---|---|---|
| | 1. Programm | | |
| 13.00-13.30 | 9350 kHz | 32,08 m | KW |
| | 7300 kHz | 41,10 m | KW |
| 14.30-15.00 | 9350 kHz | 32,08 m | KW |
| | 7300 kHz | 41,10 m | KW |
| 16.00-16.30 | 9350 kHz | 32,08 m | KW |
| | 7300 kHz | 41,10 m | KW |
| 18.00-18.30 | 9350 kHz | 32,08 m | KW |
| | 7300 kHz | 41,10 m | KW |
| 19.00-19.30 | 7300 kHz | 41,10 m | KW |
| | 5945 kHz | 50,46 m | KW |
| | 2. Programm | | |
| 21.30-22.00 | 7300 kHz | 41,10 m | KW |
| | 5945 kHz | 50,46 m | KW |
| | 1394 kHz | 215 m | MW |
| 23.00-23.30 | 7300 kHz | 41,10 m | KW |
| | 5945 kHz | 50,46 m | KW |
| | 1457 kHz | 206 m | MW |
| 06.00-06.30 | 7300 kHz | 41,10 m | KW |
| | 5945 kHz | 50,46 m | KW |
| | 1394 kHz | 215 m | MW |



### Schmidt in Afrika

# Wieder die alten, dreisten Lügen

**Es war das erste Mal, daß ein Bonner Kanzler Schwarzafrika besuchte. Schmidt hatte sich für seine Reise in der letzten Woche die Staaten Nigeria und Sambia ausgesucht. der Kanzler kam in der Maske eines reichen Onkels, der mit großzügigen Krediten nicht geizt. Er spielte sich auf als ein Freund der afrikanischen Völker und sparte nicht mit harten Worten gegen die Rassisten-Regime im südlichen Afrika. In Sambia traf er sogar mit einem Führer der Patrioten von Simbabwe zusammen und äußerte „Verständnis" für den Befreiungskampf gegen die Rassisten.**

Aber trotzdem blies dem Bonner Regierungschef ein scharfer Wind entgegen. Die Völker Afrikas nämlich sind nicht bereit, die großen Worte aus Bonn für bare Münze zu nehmen. So wurde Schmidt heftig angegriffen wegen der militärischen und atomaren Zusammenarbeit der westdeutschen Imperialisten mit den rassistischen Regime im südlichen Afrika. Schon auf der ersten Station seiner Reise, in Nigeria, sah sich der Bonner Kanzler gezwungen, zu diesen berechtigten Vorwürfen Stellung zu beziehen. Aber mit der unverschämten Arroganz, für die er bekannt ist, ging er über alle Tatsachen einfach hinweg. Ein Waffenexport nach Südafrika, so verkündete er, findet nicht statt, denn er ist nach dem Kriegswaffenkontroll- und Außenwirtschaftsgesetz der Bundesrepublik verboten. So einfach ist das also!

Sicher gibt es ein solches Gesetz, das den Waffenexport in Krisengebiete untersagt. Sicher ist aber auch, daß sich die westdeutschen Imperialisten einen Dreck um ihre eigenen Gesetze kümmern, wenn es um ihre Profite, um Einflußsphären geht, und daß es heute kaum ein Krisengebiet gibt, wo nicht mit Waffen aus westdeutschen Rüstungskonzernen geschossen wird. Und wie steht es mit Südafrika? Hier nur einige Beispiele:

- Der Siemens-Konzern hat Anlagen für die Raketenbasis St. Lucia am Indischen Ozean gebaut.
- Die AEG errichtete den riesigen Spionagestützpunkt „Advokaat". Federführend bei dem Projekt war der ehemalige Fernmeldeoffizier der Bundeswehr, Helmut Bodenbender.
- An der Errichtung einer Uran-Anreicherungsanlage in der Provinz Transvaal, die das Material für die Atomwaffen-Produktion der südafrikanischen Rassisten liefert, sind unter anderem beteiligt: Siemens, die STEAG, die Gutehoffnungshütte und Linde.
- der Rüstungskonzern MBB liefert Milan-Raketen, die Hamburger Werft Blohm & Voss Kriegsschiffe, die VFW-Flugzeugwerke Transall-Maschinen usw. usf. In einem einzigen Jahr — 1976 — gingen Waffen für 240 Millionen Mark aus westdeutschen Rüstungsfabriken nach Südafrika.

Abkommen, das es den westdeutschen Gesellschaften „Saar-Bergbau" und „Interplan" erlaubt, in großem Maßstab die Uran-Vorkommen des Landes abzubauen.

Und einige Wochen ist es erst her, daß sich Bonn an der NATO-Invasion gegen den Kongo beteiligte. Heute steht die gesamte Wirtschaft dieses Landes unter der direkten Kontrolle der westlichen Imperialisten. Als „erster Direktor" der Zentralbank des Kongo wurde ein hoher Beamter aus Bonn eingesetzt. Welch ein Hohn — angesichts der Tatsachen — wenn Schmidt jetzt in Afrika davon sprach, seine Regierung stünde „immer an der Seite derjenigen, die



**Schmidt inspiziert das VW-Werk in Lagos, Nigeria. 112 Wagen laufen hier pro Tag vom Band. VW hat einen Marktanteil von ca. 20% in Nigeria. Der Stundenlohn eines angelernten Arbeiters liegt bei einer Mark.**

Das sind die Tatsachen, die auch von den dreisten Lügen eines Schmidt nicht unter den Tisch gekehrt werden können. Er ist als der Vertreter einer Macht nach Afrika gekommen, die bedingungslos und mit allen Mitteln die Todfeinde der Völker Afrikas, die Rassisten, stützt. Die westdeutschen Imperialisten haben Milliarden in Südafrika investiert, und sie versuchen, auch im übrigen Afrika ihren Einfluß zu vergrößern. So schloß Schmidt etwa in Sambia ein sich für Gleichberechtigung einsetzen". Schrankenlose Ausplünderung der afrikanischen Rohstoffe, Ausbeutung der billigen Arbeitskraft, Eroberung von Märkten für ihre Waren — darum geht es den westdeutschen genau wie allen anderen Imperialisten in Afrika. Der Kampf, den die afrikanischen Völker gegen diese imperialistischen Räuber führen, ist gerecht und verdient die volle Unterstützung der Werktätigen unseres Landes.

### Chinesische Revisionisten

# Tito als „Marxist-Leninist" bezeichnet

**Zu dem Parteitag der jugoslawischen Tito-Clique, der kürzlich in Belgrad über die Bühne ging, sandten auch die chinesischen Revisionisten ein Grußtelegramm (der RM berichtete darüber). Jetzt liegt uns dieses Telegramm im Wortlaut vor. Es heißt darin unter anderem: „Der vom Genossen Tito, dem hervorragenden Führer der Völker aller Nationalitäten in Jugoslawien, geführten Bund der Kommunisten Jugoslawiens hat die allgemeine Wahrheit des Marxismus-Leninismus in konkreter Weise auf Jugoslawien angewandt."**

Man glaubt nicht richtig zu hören. Tito, den Schlächter an den Völkern Jugoslawiens, in dessen Zuchthäusern Tausende Werktätige gefoltert und hingemordet werden — ihn, den Vorreiter des modernen Revisionismus, bezeichnen die neuen Herren Pekings als einen Marxisten-Leninisten, als einen „hervorragenden Führer" der Völker. Und seine Clique — so heißt es weiter in dem Telegramm — habe „bei der Sache des Sozialismus fortwährend Siege errungen". Welch eine Verhöhnung der Völker Jugoslawiens, die im Elend leben, ihre Söhne und Töchter zur Arbeit ins Ausland schicken müssen; für die Werktätigen, die für die Profite der revisionistischen Herren schuften müssen, während diese Elemente — getreu dem Beispiel Titos — ein Luxusleben führen.

Weiter heißt es in dem Telegramm: „In der Geschichte teilen China und Jugoslawien eine gemeinsame Erfahrung. Nach dem Sieg in der Revolution hielten beide an der Politik eines unabhängigen und initiativen Aufbaus des Sozialismus fest." Das ist ein dreister und unverhohlener Angriff auf das damalige sozialistische Lager. Denn worin bestand denn dieser sogenannte „unabhängige Aufbau", wie er in Jugoslawien von der Tito-Clique betrieben wurde? Eben darin, die Grenzen des Landes weit zu öffnen für das amerikanische Kapital, den Kapitalismus allseitig wiederherzustellen und eine Wühl- und Spaltertätigkeit gegen das sozialistische Lager aufzunehmen.

Es ist bekannt, daß die damalige kommunistische Weltbewegung der Tito-Clique die Quittung gegeben, sie einhellig als Agenten-Truppe des US-Imperialismus gebrandmarkt und aus ihren Reihen ausgeschlossen hat. Heute nun stellen sich die chinesischen Revisionisten hin und bejubeln das Überlaufen der Tito-Clique zum US-Imperialismus als „unabhängigen Aufbau". Was wollen sie denn damit sagen? Doch genau das: Die Länder, die damals wirklich am Aufbau des Sozialismus, am proletarischen Internationalismus und an der Freundschaft mit der Stalinschen Sowjetunion festhielten, diese Länder sind angeblich nicht unabhängig gewesen. Damit wärmen die chinesischen Revisionisten die reaktionären Propaganda-Lügen auf, nach denen die Länder des damaligen sozialistischen Lagers unter der Knute Stalins gelitten hätten. Und was tun sie damit anderes, als genau das nachzuplappern, was alle Revisionisten vor ihnen auch erzählt haben, angefangen bei Tito selbst, über Chruschtschow bis hin zu Berlinguer.

Es ist bemerkenswert, daß die chinesischen Revisionisten im Zusammenhang mit Titos sogenanntem „unabhängigen Aufbau" von „gemeinsamen Erfahrungen" sprechen. Dadurch machen sie deutlich, daß dieser Aufbau nach Art von Jugoslawien — der Ausverkauf an den Imperialismus und die sozialfaschistische Niederhaltung der Volksmassen — ihr Vorbild ist.

## Kommunistische Partei Dahomeys

# Wer sind die Feinde der Völker Afrikas?

**Chinesische Militärexperten sind im Kongo eingetroffen. Gemeinsam mit NATO-Experten trainieren sie die Truppen des faschistischen Mobutu-Regime. Die neuen Herren in Peking nennen das einen Beitrag zur Befreiung Afrikas. Sollte man ihnen und ihren Nachbetern glauben, so hätten die afrikanischen Völker die Aufgabe, den Kampf gegen ihre Unterdrücker einzustellen, sich mit ihnen und den westlichen Imperialisten zusammenzuschließen, um den angeblichen Hauptfeind, den russischen Sozialimperialismus, zu bekämpfen.**

**Im Folgenden veröffentlichen wir Auszüge aus einem Artikel, der in „La Flamme", dem Zentralorgan der Kommunistischen Partei Dahomeys, erschien. Dieser Artikel analysiert an vielen konkreten Beispielen die gegenwärtige Situation in Afrika. Er beschäftigt sich nicht nur mit der Rolle der beiden Supermächte, sondern deckt unter anderem auch den neokolonialistischen Charakter der EG-Staaten auf. So zerreißt er das konterrevolutionäre Lügengespinst der „Theorie der drei Welten" und zeigt, daß nur die Volksrevolution unter der Führung der Arbeiterklasse und ihre Partei den Völkern Afrikas die Befreiung bringen kann.**

### „Die USA kontrollieren drei Viertel der Reichtümer Afrikas

Die Vereinigten Staaten haben, begünstigt durch den Ausgang des 2. Weltkrieges und durch die relative Schwächung der Kolonialmächte (insbesondere Frankreich, Großbritannien, Belgien) seit 1945 mit der Durchdringung Afrikas begonnen. Das Aufkommen des Neokolonialismus hat dieses Faktum bestärkt. Wir wollen hier nicht von den portugiesischen Kolonien sprechen, die in Wirklichkeit schon immer den USA und ihren Verbündeten gehört haben. Auf dem Wege des Kapitalexports, der Schaffung von Gesellschaften mit gemischter Beteiligung, ihrer vielfältigen Monopole und Trusts, und nicht zu vergessen der internationalen, in Wirklichkeit aber amerikanischen Finanzorganisationen und vermittels ihrer westeuropäischen Verbündeten kontrollieren die USA mehr als 3/4 der riesigen Reichtümer Afrikas.

Mächtige amerikanische Monopole und Trusts wie ITT, General Electric, Aluminium Company of America (ALCOA), United States Steel, Export-Import Bank, Gulf Oil, die Gruppen Morgan, Rockefeller etc. etc., beherrschen entweder einzeln oder im Bündnis mit den westeuropäischen oder japanischen Trusts nicht nur die Wirtschaft der ehemals englischen Kolonien sondern auch die der ehemals belgischen, portugiesischen und zu einem großen Teil die der ehemals französischen Kolonien, Ägypten, der Sudan, Äthiopien, Marokko, Tunesien, Nigeria, Ghana, Malawi, Liberia, Guinea, Kenia usw. und nicht zu vergessen die rassistische Bastion des südlichen Afrika sind dafür Beispiele. Auf dem Rücken der afrikanischen Völker realisieren die Monopole Höchstprofite. Ganz nach ihrem Belieben ziehen sie ihre Profite aus der Wirtschaft mehrerer Länder. Der Fall von Kongo-Kinshasa, dem sogenannten Zaire, ist typisch für diese Situation. Die Herrschaft der USA bringt Afrika Elend, Hunger und Tod.

Während sich der Kampf der afrikanischen Völker verstärkt, betätigt sich der US-Imperialismus, indem er äußerst reaktionäre Mächte als seine Mittel benutzt, als Unterdrücker, Mörder und Drahtzieher von Putschen. Die Vereinigten Staaten halten den Rassismus in Südafrika am Leben, umgeben den Kontinent mit Stützpunkten für militärische Aggressionen und unterzeichnen zahlreiche neokolonialistische Abkommen mit den afrikanischen Ländern: Mit der NATO bilden sie die sicherste Stütze für die westeuropäischen imperialistischen Mächte, die ebenfalls mit der Aufteilung Afrikas beschäftigt sind. Die USA sind bestrebt, ihre Stellung auf dem Kontinent zu verstärken.

Der sowjetische Sozialimperialismus seinerseits, als Neuankömmling auf der internationalen Szene, besonders in Afrika, infiltriert überall und sucht den Platz der anderen imperialistischen Mächte, insbesondere der USA, in ihren traditionellen Einflußzonen einzunehmen. Er befindet sich gegenwärtig in Afrika wahrlich in einer Offensive. Die pseudorevolutionären Mächte erleichtern ihm die Aufgabe. Das sind Dahomey, Angola, Guinea, Kongo-Brazzaville, Madagaskar, gestern Somalia, heute Äthiopien usw. Wie seine amerikanischen und westeuropäischen Rivalen schließt er neokoloniale Verträge mit den Marionettenregimes ab. Unter dem Deckmantel der „Hilfe" und mit der Maske „des natürlichen Verbündeten der Völker" überschwemmt er den Kontinent mit seinen teuren Produkten und reißt zu niedrigen Preisen Agrarprodukte und Bodenschätze an sich. Die „Anleihen", die die sowjetischen Revisionisten gewähren, sind mit wirtschaftlichen, politischen und militärischen Bedingungen verbunden. Sie schaffen Gesellschaften mit „gemischter Beteiligung", um die afrikanischen Völker auszubeuten und versuchen gegen die Unabhängigkeit dieser Völker gerichtete aggressive Militärbasen zu errichten. Bei ihrem neokolonialistischen Treiben bedienen sich die sowjetischen Sozialimperialisten der Kubaner als Laufburschen und bewaffnetem Arm.

Die UdSSR ist entschlossen, den gegenwärtigen Status quo in Afrika, bei dem die USA im Vorteil sind, zu brechen. Es ist offensichtlich, daß diese Rivalität zwischen den beiden Supermächten die Ursache für reaktionäre Kriege und Konflikte hier und da auf dem Kontinent sind. Das war der Fall bei dem reaktionären Bürgerkrieg in Angola, bei dem in Kongo-Kinshasa; das ist heute der Fall bei dem Konflikt am Horn von Afrika — zwischen Äthiopien und Somalia. Das wird morgen in anderen Ländern der Fall sein. Für all diejenigen, die wirklich sehen wollen, wie die Lage ist, zeigt das, daß die USA wie auch die UdSSR in Afrika Spannungsherde schaffen und in ihnen das Feuer schüren; jedermann weiß, daß, während die UdSSR sich die Hacken ablaufen, um die Befreiungsbewegungen dazu zu bringen, die Entsendung von Söldnertruppen zu akzeptieren, die dann das Land militärisch besetzen, die USA und ihre Verbündeten „Friedenpläne" ausarbeiten, mit denen in Wirklichkeit der Kampf des Volkes von Zimbabwe in ihre Fahrwasser geleitet werden soll. Folglich ist der amerikanische Imperialismus keineswegs im Niedergang begriffen in dem Sinne, daß er etwa weniger aggressiv geworden wäre. Der notwendige Niedergang des amerikanischen Imperialismus ist verbunden mit seinem verfaulenden Grundcharakter und das ist ebenso gültig für den sowjetischen Sozialimperialismus. Der amerikanische Imperialismus wird, solange er besteht, immer eine große Gefahr für die Völker darstellen.

**Daher bedeutet es, wenn man die afrikanischen Völker aufruft, sich mit den Vereinigten Staaten zu verbünden, diesem internationalen Räuber, der Südafrika, Mobutu, Numeiry, Hassan II. etc. bewaffnet und aushält, der Lumumba ermordet hat und so viele Verbrechen gegen Afrika und die Menschheit begangen hat, sie aufzufordern, auf die Revolution zu verzichten. Es stellt sich also heraus, daß die These der drei Welten, die dazu aufruft, sich auf den amerikanischen Imperialismus zu stützen, um den Sozialimperialismus zu bekämpfen, unsinnig und konterrevolutionär ist. Die amerikanische Herrschaft über Kongo-Kinshasa, die zügellose Ausbeutung, die Hunger und Tod mit sich bringt — soll das kongolesische Volk all das der sowjetischen Herrschaft vorziehen? Nein, für das Volk „ist der eine so schlimm wie der andere".**

**Wir unterstützen ausdrücklich die Feststellung des Genossen Enver Hoxha vor dem 7. Parteitag der PAA: „Wenn die beiden Supermächte sich einander nähern, ebenso wie wenn sie sich streiten — es sind immer andere, die dafür aufkommen müssen." (. . .)**

### Dahomey (Benin)




Küstenland in Westafrika, an die EG assoziiert

Fläche: 122.622

Bevölkerung: über 3 Millionen

Bis 1960 französische Kolonie, seitdem weiter im Einflußbereich des französischen Imperialismus. 1974: Das Regime bildet eine sogenannte „Revolutionäre Volkspartei" und nennt sich selbst „sozialistisch". 1975: Umbenennung Dahomeys in „Volksrepublik Benin". Im gleichen Jahr wird ein Generalstreik blutig unterdrückt. 1976: Die Union der Kommunisten Dahomeys wird gegründet, aus der im Dezember 1977 die Kommunistische Partei Dahomeys hervorgeht. Damit verfügen das Proletariat und das Volk Dahomeys über einen Kampfstab, der im revolutionären Kampf gegen die einheimischen Unterdrücker und die imperialistischen Oberherren den richtigen Weg weist.

### Der französische Imperialismus ist der Hauptfeind unseres Volkes

In dem strategischen Schema der „Theorie der drei Welten", soll sich die „zweite Welt", d.h. die imperialistischen Länder Westeuropas, Japan, Kanada, Australien ebenso wie die osteuropäischen Satelliten der Sowjetunion mit den abhängigen Ländern der „dritten Welt" verbünden, um sich den beiden Supermächten entgegenzustellen. Um ihre Analyse zu stützen, weisen die „Theoretiker" der drei Welten auf die Existenz von Widersprüchen zwischen den genannten Ländern und der einen oder anderen der beiden Supermächte hin. Es ist unbestreitbar, daß die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten Druck und Drohungen gegen diese Länder ausüben. Jedoch sind jene Verbündete der einen oder anderen der beiden Supermächte. Gerade wir können dies sehr gut bestätigen, da wir in Dahomey, dem sogenannten Benin unter der Herrschaft eines der Länder der sogenannten „zweiten Welt", nämlich Frankreichs, stehen.

Zum ersten sieht man in den letzten Jahren angesichts der sowjetischen Offensive in Afrika, daß das Bündnis zwischen den USA und den westeuropäischen imperialistischen Mächten gefestigt wird. In Angola haben sie alle gemeinsam mit der rassistischen Bastion Südafrika die FNLA und die UNITA unterstützt. Kann man sich eine französische Aktion in Kongo-Kinshasa, dem sogenannten Zaire, der amerikanischen Neokolonie mit proamerikanischen Mächten wie Marokko, Ägypten, dem Sudan vorstellen ohne die Zustimmung der USA? Soll man vergessen, daß diese französische Aktion in Kongo-Kinshasa stattgefunden hat, nachdem die französische Regierung den amerikanischen Imperialismus darüber informiert hat und dessen Billigung erhalten hat? Das ist die Realität.

In Bezug auf Dahomey hat sich das Bündnis zwischen den Vereinigten Staaten und den westeuropäischen Imperialisten materialisiert in der Front der sogenannten „Befreiung und Rehabilitierung" von Dahomey (F„LER"D) mit dem Ziel, der Durchdringung seitens des Sozialimperialismus entgegenzutreten. Dieser arbeitet seinerseits, wie wir schon gesagt haben, in engem Bündnis mit seinen kubanischen Allierten und den anderen Revisionisten aus der Tschechoslowakei, Ungarn, der DDR usw. zusammen.

**Zum zweiten ist Afrika eine Milchkuh der Länder der sogenannten „zweiten Welt". Gegen Ende des 19. Jahrhunderts hat sich das imperialistische Europa, insbesondere Frankreich, Großbritannien und Belgien, große Kolonialreiche auf diesem Kontinent zugeteilt. Heute, nach den Erklärungen der formalen Unabhängigkeit in den sechziger Jahren, erhalten sie ihre Interessen in ihren ehemaligen Kolonien aufrecht und verstärken sie trotz der amerikanischen, japanischen und sowjetischen Konkurrenz.**

Der französische Imperialismus hält durch ungerechte Verträge und durch von ihm geschaffene neokolonialistische Strukturen seine Herrschaft über seine ehemaligen Kolonien mit Ausnahme von Guinea (amerikanische Neokolonie) aufrecht: durch die OCAM, durch Frankophonie (Französischsprachigkeit), durch die Franc-Zone, durch die französisch-afrikanische Konferenz, durch wirtschaftliche und militärische Abkommen. . . .

Frankreich interveniert militärisch, um seine Leute, wenn sie bedroht werden, zu unterstützen, oder um andere Leute einzusetzen, so in Kamerun, in Gabun, im Tschad und erst vor kurzem in Mauretanien. Es erhält Militärstützpunkte aufrecht in Fort-Buoet (Elfenbeinküste), in Libreville (Gabun), in Cap-Vert (Senegal) entsprechend einer logistischen Umorganisierung der französischen Militärpräsenz in Afrika, die Luftlande-Interventionen den Vorrang gibt. Seine Streitkräfte wurden im Jahre 1975 auf annährend 2.500 Mann geschätzt. Ungefährt 1.000 französische Militärangehörige, Offiziere und Unteroffiziere, drillen die neokolonialen Armeen der sogenannten frankophonen Länder Afrikas. „Beistands"pakte binden die meisten dieser Länder an Frankreich. (Quelle: Le Monde Diplomatique, Dezember 1975). **Der französische Imperialismus ist der Hauptfeind mehrerer afrikanischer Völker, darunter des Volkes von Dahomey. . . .**

### Notorische Agenten des Imperialismus

Die Anhänger der These von den drei Welten fassen unter diesem Begriff „dritte Welt" die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas einschließlich der sozialistischen Länder zusammen. Nach ihnen sind diese Länder „die revolutionäre Triebkraft die das Rad der Weltgeschichte vorwärtsdreht, wie auch die Hauptkraft im Kampf gegen Kolonialismus, Imperialismus und insbesondere gegen die beiden Supermächte." Diese Analyse ist eine grobe Revision des Marxismus und ein Abgehen vom proletarischen Klassenstandpunkt.

Die Erfahrung beweist, daß neben der kolonialen Beherrschung der Imperialismus ein Land immer noch auf indirekte Weise beherrscht. Das macht er immer über die einheimischen reaktionären, bürokratischen und kompradorischen Klassen, die durch ihn geschaffen wurden und eng mit ihm verbunden sind. In Afrika sind das insgesamt gesehen die Klassen, die an der Macht sind und dem Imperialismus als Treibriemen dienen. Solche Leute an der Spitze dieser Länder vertreten nicht die afrikanischen Völker. Sie sind in keiner Weise unabhängig; sie gehorchen alle ihren Herren und sind in keiner Weise „blockfrei". Der „Antiimperialismus" dieser Klassen ist eine einzige Verschleierung. 1973 sprach der Knecht Ould Daddah (Staatschef von Mauretanien — RM) von „Antiimperialismus" und von einer Revision der mit Frankreich abgeschlossenen Militärabkommen; heute fordert und erhält er Tausende von französischen Fallschirmjägern zur Unterdrückung der Völker Mauretaniens und der Sahara. Von den Bongo, Senghor, Mobutu ... wollen wir hier gar nicht weiter sprechen.

Je schärfer die Rivalität der beiden Supermächte bzw. ihrer beiden Blöcke in Afrika ist, um so deutlicher wird das Sich-Einreihen der Marionettenstaaten Afrikas, der sogenannten Blockfreien, auf der Seite der einen oder anderen der beiden Supermächte. Gegenwärtig sammelt der aggressive Nato-Block seine Lakaien, um sich dem Eindringen des Sozialimperialismus und seiner Satelliten in Afrika zu widersetzen. Frankreich ist dabei besonders aktiv. Es verstärkt die Militärhilfe an seine afrikanischen Lakaien und schließt sie in regionalen Militärpakten zusammen, um die Volkskämpfe zu ersticken, die sich in seinen Neokolonien ausweiten und um sich den expansionistischen Zielen des Sozialimperialismus entgegenzustellen ...

Solche notorischen Agenten des Imperialismus wie Bongo (Staatschef von Gabun — RM) als Antiimperialisten zu bezeichnen ist eine Beleidigung für das Volk von Gabun. Den Völkern des Senegal, von Dahomey, Volta, Elfenbeinküste zu empfehlen, sich mit Senghor, Kérékou, Lamizana und Houphouet zu verbünden, um gegen den Imperialismus zu kämpfen, das bedeutet, die Aufrechterhaltung der Herrschaft und der Ausbeutung dieser Völker zu predigen.

**Die Marxisten-Leninisten haben ihre Tätigkeit immer gegründet auf die Klasse, die im Mittelpunkt der heutigen Gesellschaft steht, der Arbeiterklasse, und auf den schonungslosen Kampf gegen ihre Feinde für die Revolution, das heißt, für die Errichtung ihrer Diktatur. Die Marxisten-Leninisten haben immer den Kampf für die nationale Unabhängigkeit mit dem Kampf für den Sozialismus verbunden. In den neokolonialen Ländern kann die Unabhängigkeit nicht errungen werden, wenn nicht gleichzeitig die inneren reaktionären Klassen gestürzt werden. Nur die Arbeiterklasse mit ihrer Partei an der Spitze der Volksmassen und in Einheit mit ihnen ist in der Lage, die wirkliche Unabhängigkeit dieser Länder zu erringen, die nationaldemokratische Volksrevolution zu verwirklichen und dann ohne Unterbrechung weiter zum Sozialismus voranzugehen.**

(Überschrift, Zwischenüberschriften und Hervorhebungen von uns — RM)

## Kommunistische Partei Dahomeys

# Wer sind die Feinde der Völker Afrikas?

**Chinesische Militärexperten sind im Kongo eingetroffen. Gemeinsam mit NATO-Experten trainieren sie die Truppen des faschistischen Mobutu-Regime. Die neuen Herren in Peking nennen das einen Beitrag zur Befreiung Afrikas. Sollte man ihnen und ihren Nachbetern glauben, so hätten die afrikanischen Völker die Aufgabe, den Kampf gegen ihre Unterdrücker einzustellen, sich mit ihnen und den westlichen Imperialisten zusammenzuschließen, um den angeblichen Hauptfeind, den russischen Sozialimperialismus, zu bekämpfen.**

**Im Folgenden veröffentlichen wir Auszüge aus einem Artikel, der in „La Flamme", dem Zentralorgan der Kommunistischen Partei Dahomeys, erschien. Dieser Artikel analysiert an vielen konkreten Beispielen die gegenwärtige Situation in Afrika. Er beschäftigt sich nicht nur mit der Rolle der beiden Supermächte, sondern deckt unter anderem auch den neokolonialistischen Charakter der EG-Staaten auf. So zerreißt er das konterrevolutionäre Lügengespinst der „Theorie der drei Welten" und zeigt, daß nur die Volksrevolution unter der Führung der Arbeiterklasse und ihre Partei den Völkern Afrikas die Befreiung bringen kann.**

### „Die USA kontrollieren drei Viertel der Reichtümer Afrikas

Die Vereinigten Staaten haben, begünstigt durch den Ausgang des 2. Weltkrieges und durch die relative Schwächung der Kolonialmächte (insbesondere Frankreich, Großbritannien, Belgien) seit 1945 mit der Durchdringung Afrikas begonnen. Das Aufkommen des Neokolonialismus hat dieses Faktum bestärkt. Wir wollen hier nicht von den portugiesischen Kolonien sprechen, die in Wirklichkeit schon immer den USA und ihren Verbündeten gehört haben. Auf dem Wege des Kapitalexports, der Schaffung von Gesellschaften mit gemischter Beteiligung, ihrer vielfältigen Monopole und Trusts, und nicht zu vergessen der internationalen, in Wirklichkeit aber amerikanischen Finanzorganisationen und vermittels ihrer westeuropäischen Verbündeten kontrollieren die USA mehr als 3/4 der riesigen Reichtümer Afrikas.

Mächtige amerikanische Monopole und Trusts wie ITT, General Electric, Aluminium Company of America (ALCOA), United States Steel, Export-Import Bank, Gulf Oil, die Gruppen Morgan, Rockefeller etc. etc., beherrschen entweder einzeln oder im Bündnis mit den westeuropäischen oder japanischen Trusts nicht nur die Wirtschaft der ehemals englischen Kolonien sondern auch die der ehemals belgischen, portugiesischen und zu einem großen Teil die der ehemals französischen Kolonien, Ägypten, der Sudan, Äthiopien, Marokko, Tunesien, Nigeria, Ghana, Malawi, Liberia, Guinea, Kenia usw. und nicht zu vergessen die rassistische Bastion des südlichen Afrika sind dafür Beispiele. Auf dem Rücken der afrikanischen Völker realisieren die Monopole Höchstprofite. Ganz nach ihrem Belieben ziehen sie ihre Profite aus der Wirtschaft mehrerer Länder. Der Fall von Kongo-Kinshasa, dem sogenannten Zaire, ist typisch für diese Situation. Die Herrschaft der USA bringt Afrika Elend, Hunger und Tod.

Während sich der Kampf der afrikanischen Völker verstärkt, betätigt sich der US-Imperialismus, indem er äußerst reaktionäre Mächte als seine Mittel benutzt, als Unterdrücker, Mörder und Drahtzieher von Putschen. Die Vereinigten Staaten halten den Rassismus in Südafrika am Leben, umgeben den Kontinent mit Stützpunkten für militärische Aggressionen und unterzeichnen zahlreiche neokolonialistische Abkommen mit den afrikanischen Ländern: Mit der NATO bilden sie die sicherste Stütze für die westeuropäischen imperialistischen Mächte, die ebenfalls mit der Aufteilung Afrikas beschäftigt sind. Die USA sind bestrebt, ihre Stellung auf dem Kontinent zu verstärken.

Der sowjetische Sozialimperialismus seinerseits, als Neuankömmling auf der internationalen Szene, besonders in Afrika, infiltriert überall und sucht den Platz der anderen imperialistischen Mächte, insbesondere der USA, in ihren traditionellen Einflußzonen einzunehmen. Er befindet sich gegenwärtig in Afrika wahrlich in einer Offensive. Die pseudorevolutionären Mächte erleichtern ihm die Aufgabe. Das sind Dahomey, Angola, Guinea, Kongo-Brazzaville, Madagaskar, gestern Somalia, heute Äthiopien usw. Wie seine amerikanischen und westeuropäischen Rivalen schließt er neokoloniale Verträge mit den Marionettenregimes ab. Unter dem Deckmantel der „Hilfe" und mit der Maske „des natürlichen Verbündeten der Völker" überschwemmt er den Kontinent mit seinen teuren Produkten und reißt zu niedrigen Preisen Agrarprodukte und Bodenschätze an sich. Die „Anleihen", die die sowjetischen Revisionisten gewähren, sind mit wirtschaftlichen, politischen und militärischen Bedingungen verbunden. Sie schaffen Gesellschaften mit „gemischter Beteiligung", um die afrikanischen Völker auszubeuten und versuchen gegen die Unabhängigkeit dieser Völker gerichtete aggressive Militärbasen zu errichten. Bei ihrem neokolonialistischen Treiben bedienen sich die sowjetischen Sozialimperialisten der Kubaner als Laufburschen und bewaffnetem Arm.

Die UdSSR ist entschlossen, den gegenwärtigen Status quo in Afrika, bei dem die USA im Vorteil sind, zu brechen. Es ist offensichtlich, daß diese Rivalität zwischen den beiden Supermächten die Ursache für reaktionäre Kriege und Konflikte hier und da auf dem Kontinent sind. Das war der Fall bei dem reaktionären Bürgerkrieg in Angola, bei dem in Kongo-Kinshasa; das ist heute der Fall bei dem Konflikt am Horn von Afrika — zwischen Äthiopien und Somalia. Das wird morgen in anderen Ländern der Fall sein. Für all diejenigen, die wirklich sehen wollen, wie die Lage ist, zeigt das, daß die USA wie auch die UdSSR in Afrika Spannungsherde schaffen und in ihnen das Feuer schüren; jedermann weiß, daß, während die UdSSR sich die Hacken ablaufen, um die Befreiungsbewegungen dazu zu bringen, die Entsendung von Söldnertruppen zu akzeptieren, die dann das Land militärisch besetzen, die USA und ihre Verbündeten „Friedenpläne" ausarbeiten, mit denen in Wirklichkeit der Kampf des Volkes von Zimbabwe in ihre Fahrwasser geleitet werden soll. Folglich ist der amerikanische Imperialismus keineswegs im Niedergang begriffen in dem Sinne, daß er etwa weniger aggressiv geworden wäre. Der notwendige Niedergang des amerikanischen Imperialismus ist verbunden mit seinem verfaulenden Grundcharakter und das ist ebenso gültig für den sowjetischen Sozialimperialismus. Der amerikanische Imperialismus wird, solange er besteht, immer eine große Gefahr für die Völker darstellen.

**Daher bedeutet es, wenn man die afrikanischen Völker aufruft, sich mit den Vereinigten Staaten zu verbünden, diesem internationalen Räuber, der Südafrika, Mobutu, Numeiry, Hassan II. etc. bewaffnet und aushält, der Lumumba ermordet hat und so viele Verbrechen gegen Afrika und die Menschheit begangen hat, sie aufzufordern, auf die Revolution zu verzichten. Es stellt sich also heraus, daß die These der drei Welten, die dazu aufruft, sich auf den amerikanischen Imperialismus zu stützen, um den Sozialimperialismus zu bekämpfen, unsinnig und konterrevolutionär ist. Die amerikanische Herrschaft über Kongo-Kinshasa, die zügellose Ausbeutung, die Hunger und Tod mit sich bringt — soll das kongolesische Volk all das der sowjetischen Herrschaft vorziehen? Nein, für das Volk „ist der eine so schlimm wie der andere".**

**Wir unterstützen ausdrücklich die Feststellung des Genossen Enver Hoxha vor dem 7. Parteitag der PAA: „Wenn die beiden Supermächte sich einander nähern, ebenso wie wenn sie sich streiten — es sind immer andere, die dafür aufkommen müssen." (. . .)**

## Dahomey (Benin)




Küstenland in Westafrika, an die EG assoziiert

Fläche: 122.622

Bevölkerung: über 3 Millionen

Bis 1960 französische Kolonie, seitdem weiter im Einflußbereich des französischen Imperialismus. 1974: Das Regime bildet eine sogenannte „Revolutionäre Volkspartei" und nennt sich selbst „sozialistisch". 1975: Umbenennung Dahomeys in „Volksrepublik Benin". Im gleichen Jahr wird ein Generalstreik blutig unterdrückt. 1976: Die Union der Kommunisten Dahomeys wird gegründet, aus der im Dezember 1977 die Kommunistische Partei Dahomeys hervorgeht. Damit verfügen das Proletariat und das Volk Dahomeys über einen Kampfstab, der im revolutionären Kampf gegen die einheimischen Unterdrücker und die imperialistischen Oberherren den richtigen Weg weist.

### Der französische Imperialismus ist der Hauptfeind unseres Volkes

In dem strategischen Schema der „Theorie der drei Welten", soll sich die „zweite Welt", d.h. die imperialistischen Länder Westeuropas, Japan, Kanada, Australien ebenso wie die osteuropäischen Satelliten der Sowjetunion mit den abhängigen Ländern der „dritten Welt" verbünden, um sich den beiden Supermächten entgegenzustellen. Um ihre Analyse zu stützen, weisen die „Theoretiker" der drei Welten auf die Existenz von Widersprüchen zwischen den genannten Ländern und der einen oder anderen der beiden Supermächte hin. Es ist unbestreitbar, daß die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten Druck und Drohungen gegen diese Länder ausüben. Jedoch sind jene Verbündete der einen oder anderen der beiden Supermächte. Gerade wir können dies sehr gut bestätigen, da wir in Dahomey, dem sogenannten Benin unter der Herrschaft eines der Länder der sogenannten „zweiten Welt", nämlich Frankreichs, stehen.

Zum ersten sieht man in den letzten Jahren angesichts der sowjetischen Offensive in Afrika, daß das Bündnis zwischen den USA und den westeuropäischen imperialistischen Mächten gefestigt wird. In Angola haben sie alle gemeinsam mit der rassistischen Bastion Südafrika die FNLA und die UNITA unterstützt. Kann man sich eine französische Aktion in Kongo-Kinshasa, dem sogenannten Zaire, der amerikanischen Neokolonie mit proamerikanischen Mächten wie Marokko, Ägypten, dem Sudan vorstellen ohne die Zustimmung der USA? Soll man vergessen, daß diese französische Aktion in Kongo-Kinshasa stattgefunden hat, nachdem die französische Regierung den amerikanischen Imperialismus darüber informiert hat und dessen Billigung erhalten hat? Das ist die Realität.

In Bezug auf Dahomey hat sich das Bündnis zwischen den Vereinigten Staaten und den westeuropäischen Imperialisten materialisiert in der Front der sogenannten „Befreiung und Rehabilitierung" von Dahomey (F„LER"D) mit dem Ziel, der Durchdringung seitens des Sozialimperialismus entgegenzutreten. Dieser arbeitet seinerseits, wie wir schon gesagt haben, in engem Bündnis mit seinen kubanischen Allierten und den anderen Revisionisten aus der Tschechoslowakei, Ungarn, der DDR usw. zusammen.

**Zum zweiten ist Afrika eine Milchkuh der Länder der sogenannten „zweiten Welt". Gegen Ende des 19. Jahrhunderts hat sich das imperialistische Europa, insbesondere Frankreich, Großbritannien und Belgien, große Kolonialreiche auf diesem Kontinent zugeteilt. Heute, nach den Erklärungen der formalen Unabhängigkeit in den sechziger Jahren, erhalten sie ihre Interessen in ihren ehemaligen Kolonien aufrecht und verstärken sie trotz der amerikanischen, japanischen und sowjetischen Konkurrenz.**

Der französische Imperialismus hält durch ungerechte Verträge und durch von ihm geschaffene neokolonialistische Strukturen seine Herrschaft über seine ehemaligen Kolonien mit Ausnahme von Guinea (amerikanische Neokolonie) aufrecht: durch die OCAM, durch Frankophonie (Französischsprachigkeit), durch die Franc-Zone, durch die französisch-afrikanische Konferenz, durch wirtschaftliche und militärische Abkommen. . . .

Frankreich interveniert militärisch, um seine Leute, wenn sie bedroht werden, zu unterstützen, oder um andere Leute einzusetzen, so in Kamerun, in Gabun, im Tschad und erst vor kurzem in Mauretanien. Es erhält Militärstützpunkte aufrecht in Fort-Buoet (Elfenbeinküste), in Libreville (Gabun), in Cap-Vert (Senegal) entsprechend einer logistischen Umorganisierung der französischen Militärpräsenz in Afrika, die Luftlande-Interventionen den Vorrang gibt. Seine Streitkräfte wurden im Jahre 1975 auf annährend 2.500 Mann geschätzt. Ungefährt 1.000 französische Militärangehörige, Offiziere und Unteroffiziere, drillen die neokolonialen Armeen der sogenannten frankophonen Länder Afrikas. „Beistands"pakte binden die meisten dieser Länder an Frankreich. (Quelle: Le Monde Diplomatique, Dezember 1975). **Der französische Imperialismus ist der Hauptfeind mehrerer afrikanischer Völker, darunter des Volkes von Dahomey. . . .**

### Notorische Agenten des Imperialismus

Die Anhänger der These von den drei Welten fassen unter diesem Begriff „dritte Welt" die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas einschließlich der sozialistischen Länder zusammen. Nach ihnen sind diese Länder „die revolutionäre Triebkraft die das Rad der Weltgeschichte vorwärtsdreht, wie auch die Hauptkraft im Kampf gegen Kolonialismus, Imperialismus und insbesondere gegen die beiden Supermächte." Diese Analyse ist eine grobe Revision des Marxismus und ein Abgehen vom proletarischen Klassenstandpunkt.

Die Erfahrung beweist, daß neben der kolonialen Beherrschung der Imperialismus ein Land immer noch auf indirekte Weise beherrscht. Das macht er immer über die einheimischen reaktionären, bürokratischen und kompradorischen Klassen, die durch ihn geschaffen wurden und eng mit ihm verbunden sind. In Afrika sind das insgesamt gesehen die Klassen, die an der Macht sind und dem Imperialismus als Treibriemen dienen. Solche Leute an der Spitze dieser Länder vertreten nicht die afrikanischen Völker. Sie sind in keiner Weise unabhängig; sie gehorchen alle ihren Herren und sind in keiner Weise „blockfrei". Der „Antiimperialismus" dieser Klassen ist eine einzige Verschleierung. 1973 sprach der Knecht Ould Daddah (Staatschef von Mauretanien — RM) von „Antiimperialismus" und von einer Revision der mit Frankreich abgeschlossenen Militärabkommen; heute fordert und erhält er Tausende von französischen Fallschirmjägern zur Unterdrückung der Völker Mauretaniens und der Sahara. Von den Bongo, Senghor, Mobutu ... wollen wir hier gar nicht weiter sprechen.

Je schärfer die Rivalität der beiden Supermächte bzw. ihrer beiden Blöcke in Afrika ist, um so deutlicher wird das Sich-Einreihen der Marionettenstaaten Afrikas, der sogenannten Blockfreien, auf der Seite der einen oder anderen der beiden Supermächte. Gegenwärtig sammelt der aggressive Nato-Block seine Lakaien, um sich dem Eindringen des Sozialimperialismus und seiner Satelliten in Afrika zu widersetzen. Frankreich ist dabei besonders aktiv. Es verstärkt die Militärhilfe an seine afrikanischen Lakaien und schließt sie in regionalen Militärpakten zusammen, um die Volkskämpfe zu ersticken, die sich in seinen Neokolonien ausweiten und um sich den expansionistischen Zielen des Sozialimperialismus entgegenzustellen ...

Solche notorischen Agenten des Imperialismus wie Bongo (Staatschef von Gabun — RM) als Antiimperialisten zu bezeichnen ist eine Beleidigung für das Volk von Gabun. Den Völkern des Senegal, von Dahomey, Volta, Elfenbeinküste zu empfehlen, sich mit Senghor, Kérékou, Lamizana und Houphouet zu verbünden, um gegen den Imperialismus zu kämpfen, das bedeutet, die Aufrechterhaltung der Herrschaft und der Ausbeutung dieser Völker zu predigen.

**Die Marxisten-Leninisten haben ihre Tätigkeit immer gegründet auf die Klasse, die im Mittelpunkt der heutigen Gesellschaft steht, der Arbeiterklasse, und auf den schonungslosen Kampf gegen ihre Feinde für die Revolution, das heißt, für die Errichtung ihrer Diktatur. Die Marxisten-Leninisten haben immer den Kampf für die nationale Unabhängigkeit mit dem Kampf für den Sozialismus verbunden. In den neokolonialen Ländern kann die Unabhängigkeit nicht errungen werden, wenn nicht gleichzeitig die inneren reaktionären Klassen gestürzt werden. Nur die Arbeiterklasse mit ihrer Partei an der Spitze der Volksmassen und in Einheit mit ihnen ist in der Lage, die wirkliche Unabhängigkeit dieser Länder zu erringen, die nationaldemokratische Volksrevolution zu verwirklichen und dann ohne Unterbrechung weiter zum Sozialismus voranzugehen.**

(Überschrift, Zwischenüberschriften und Hervorhebungen von uns — RM)

## Schwere Gasexplosion

# Zurück blieb nur ein Trümmerhaufen

Ein Bild wie nach einem Bombenangriff: So sah es in der lezten Woche in der Altstadt von Lohr am Main aus. Eine Gasexplosion hatte ganze Teile des Ortes in eine Trümmerwüste verwandelt. Die Bilanz: Über 50 Menschen wurden von den Trümmern begraben oder sonstwie verletzt. Eine alte Frau fand unter den einstürzenden Häusern den Tod. Der Schaden geht in die Millionen.



Wie nach einem Bombenangriff sah die Altstadt von Lohr nach der Explosion aus.

Die Ursache der Katastrophe ist — wie der Bürgermeister von Lohr selbst zugab — „Schlamperei" der Baubehörde. In der Innenstadt von Lohr wird zur Zeit eine Fußgängerzone gebaut. Die Baubehörde hatte die Anweisung gegeben, die Straße aufzureißen. Aber die Herren hatten es nicht für nötig gehalten, die Gaswerke zu informieren und für einen Schutz der Gasleitungen zu sorgen. Die Beschädigung einer Stichleitung durch einen Bagger löste dann die Explosion aus. Der Bürgermeister nennt es abwiegelnd eine „Schlamperei". Die Bewohner von Lohr jedoch sind zu Recht empört über dieses unglaubliche Vorgehen der Behörden, das einer Frau das Leben gekostet und viele andere um ihren gesamten Besitz gebracht hat.

# Wieder Unfall in Atomkraftwerk

Erst am vorletzten Mittwoch mußte das AKW Neckarwestheim wegen eines Störfalls abgeschaltet werden. Und in der vergangenen Woche war es schon wieder soweit: Ein Ausfall der Speisepumpen erzwang eine erneute Abschaltung der Anlage. Die Kette der Atomunfälle ruft immer größere Besorgnis und Empörung unter der Bevölkerung hervor. Der schwerste Unfall dieser Art in der letzten Zeit ereignete sich im Atomkraftwerk Brunsbüttel, wo 100 Tonnen radioaktiver Wasserdampf austraten. (Der RM berichtete darüber).

Immer weniger wird in unserem Land den Lügen der AKW-Betreiber geglaubt, daß ihre Anlagen absolut sicher seien. Denn die Tatsachen sprechen eine andere Sprache. Bezeichnend für die tatsächliche hohe Unfall-Anfälligkeit der AKWs ist die folgende Zahl: In den Atomkraftwerken mit Siedewasser-Reaktoren — vom Typ Brunsbüttel — ist die Zahl der Störfälle und der dadurch erzwungenen Abschaltungen so hoch, daß diese Anlagen im Durchschnitt nur zu 52 Prozent ausgelastet sind. Wie jetzt bekannt wurde, soll ein weiteres Kraftwerk dieses Typs, das bei Lingen steht, in naher Zukunft völlig stillgelegt werden. Neben dem ebenfalls stillgelegten AKW im bayrischen Niederaichbach wäre das dann schon die zweite radioaktive Ruine in der Bundesrepublik.

**Hinweis:** Im Zusammenhang mit der Protestdemonstration gegen das AKW Brunsbüttel am vorletzten Sonnabend berichtete der RM, daß „2.000 Brunsbütteler" demonstriert hätten. Wir sind darauf aufmerksam gemacht worden, daß sich nicht nur Brunsbütteler, sondern auch viele AKW-Gegner aus anderen Orten an der Demonstration beteiligten.

## Hubschrauberabsturz bei Würzburg

# „Ich dachte, er fällt auf mein Haus!"

Volkskorrespondenz

**Wir hörten es im Radio und machten uns sofort auf den Weg: In der Nähe von Würzburg war in den Dorf Unteraltertheim ein amerikanischer Militärhubschrauber abgestürzt. Als wir ankamen, war unser erster Eindruck: das Dorf ist von der amerikanischen Militärpolizei besetzt; in weitem Umkreis um den Absturzort war alles abgeriegelt.**



Die Absturzstelle, ganz nah am Wohnhaus.

Die Absturzstelle, an die man nur bis auf 100 Meter heran durfte, befand sich auf einem Stück Gemüsegarten zwischen einem Wohnhaus und einer Scheune. Ein paar Meter weiter — und die Maschine wäre genau in das Wohnhaus gestürzt. Der Hubschrauber befand sich auf dem Flug von Kitzingen nach Grafenwöhr, einem Truppenübungsplatz. Alle neun amerikanischen Soldaten, die in dem Hubschrauber waren, waren sofort tot, die Einzelteile der Maschine lagen weit im Umkreis verstreut. Wirklich fast ein Wunder, daß der Hubschrauber nicht auf ein Haus stürzte, und daß niemand von den herumfliegenden Einzelteilen verletzt wurde.

Die Leute im Dorf waren tief betroffen, entsetzt bei der Vorstellung, was ihnen hätte passieren können.



Ein Wunder, daß keinem Dorfbewohner etwas passiert ist.

„Ich sah ihn durchs Fenster runterkommen; ich rannte raus und schrie; ich dachte, er fällt genau auf mein Haus", berichtete eine Frau, deren Haus ungefähr 100 Meter von der Absturzstelle entfernt ist.

Auf der Dorfstraße, weiter weg vom Absturzort, unterhalte ich mich mit einem älteren Bauern, der gerade mit seiner Sense auf dem Rücken nach Hause geht. Er war Augenzeuge des Absturzes. Er vergleicht den Hubschrauberabsturz mit dem Absturz von zwei Flugzeugen im Zweiten Weltkrieg, beide am Rand des Dorfes. Nur haben wir heute keinen Krieg in Deutschland.

„Aber", sagt er, „wo so viel fliegt, muß auch was runterfallen!" In der Tat, Unteraltertheim liegt zwischen einigen amerikanischen Militärstützpunkten, und es kommt sehr oft vor, daß Hubschrauber sehr tief über das Dorf hinwegfliegen.

Eine Bäuerin erzählte sogar, sie hätte beim Heuen einmal oben auf dem Heuwagen gesessen, als ein Hubschrauber — um sie zu erschrekken — ganz tief auf sie runtergegangen wäre. „Da ist es kein Wunder, daß auch mal was passiert!" An diesem Absturz kann man wieder sehen, daß die Anwesenheit der Besatzertruppen keinen Schutz, sondern eine ständig drohende Gefahr für die Bevölkerung darstellt.




US-Besatzertruppen riegeln die Absturzstelle ab.

# US-Panzer bedrohen Gersfelder Werktätige

Glücklicherweise kamen sie noch einmal mit dem Schrecken davon — die Bewohner des Stadtteils Rommers der hessischen Stadt Gersfeld und Waldarbeiter, die in einem Waldstück in der Umgebung arbeiteten. Denn in unmittelbarer Nähe der Waldarbeiter gingen zwei Panzergranaten der US-Armee zu Boden. Eine andere 10,5cm-Panzergranate schlug im Stadtteil ein. Allerdings ohne zu explodieren.

Abgefeuert wurden die Granaten auf dem NATO-Truppenübungsplatz Wildflecken, einem Infanterieschießplatz, der von den US-Streitkräften aber immer zum Artillerieschießen benutzt wird. Und nicht zum ersten Mal bedrohten die US-Militärs mit ihren Schießübungen die in der Umgebung lebenden Menschen. Ähnliche Vorkommnisse gab es in den letzten Jahren bereits wiederholt. Immer wieder wurde dagegen protestiert. Es hat sich bereits eine Bürgerinitiative dagegen gebildet. Aber geschehen ist bisher nichts, um Leben und Gesundheit der Werktätigen zu schützen.


## Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
Roter Morgen
Postfach 30 05 26

4600 Dortmund 30




Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ..................................

Straße: ..................................

Plz/Ort: ..................................

Unterschrift: ........................ Datum: ........
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich DM 30,00 ○ halbjährlich DM 15,00 ○ vierteljährlich DM 7,50

Die jeweiligen Gebühren werden mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. um 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).


## Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

**Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.**

**ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN"**, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92

5100 **AACHEN**, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, geöffnet: Di 16.30-18.30, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4800 **BIELEFELD**, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521/17 74 04, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9.00-12.00 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 16.00-18.30, Mi 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Buchladen „Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 u. 43 36 92, geöffnet: Mo-Fr 9.00-12.00 u. 14.00-18.00, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Hamborner Bücherstube", Alleestr. 49, Tel.: 0203/55 06 23, geöffnet: Mo-Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4300 **ESSEN** (Altendorf), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Linkskurve", politische Buchhandlung, Helenenstr. 35, Tel.: 0201/62 42 99, geöffnet Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2390 **FLENSBURG** (Dubarg), Buchladen „Paul Hoffmann", Burgstr. 5, geöffnet: Mi 16.00-18.30, Sa 10.00-12.00 Uhr. Tel.: 0461/2 96 01

6000 **FRANKFURT**, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611/43 75 95, geöffnet: Di-Fr 16.30-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Di-Fr 17.00-19.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di u. Fr 17.00-19.00 Uhr.

3500 **KASSEL**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext", Mittelgasse 9, Tel.: 0561/1 65 07, geöffnet: Di-Fr 15.30-18.00, Sa 10.00-12.00 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchladen „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo-Mi u. Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.00, Do 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

5000 **KÖLN** 91, Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/85 41 24, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

2400 **LÜBECK**, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/7 69 39, geöffnet: Di, Do, Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 **MÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251/6 52 05, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11.00-14.00 Uhr.

2350 **NEUMÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Kieler Str. 21, Tel.: 04321/4 64 24, Mo, Mi, Fr 15.30-18.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 17.00-19.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089/53 59 87, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

**SEKTION WESTBERLIN**, 1000 WESTBERLIN 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4 65 39 66, geöffnet: Mo-Fr 11.00-18.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.